Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

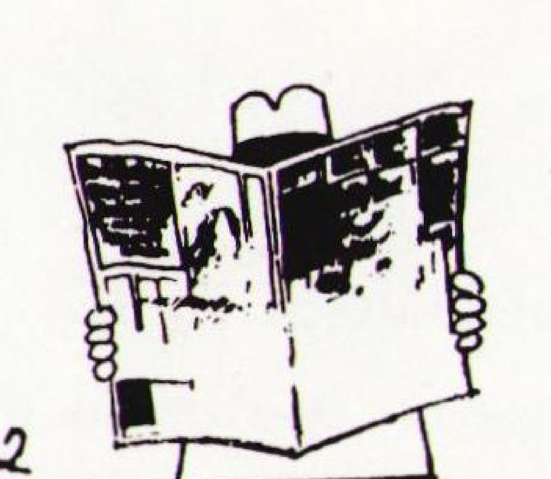


D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH — NR. 216 — 11. FEBRUAR 1978

Tips für BILD-Leser









frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60) bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adress noch besser: die abonummer

NEUES VOM BILDERDIENST

Wir haben weitere Bilder aus Berlin, von Straßenmalereien der Tunix-Demo und von der alternativen Stadtbegehung.
In Stuttgart war im vorigen Jahr die Bundesgarten schau, dabei wurde als alternatives Kunstprojekt ein ca. 10 m hoher Holtzbulle errichtet, Bilder vom Bau, von der Reaktion der Gartenschaubesucher und von der unvermeidlichen Bullenaktion, die versuchten, dies "Schandbild" zu entfernen.



ANTI–BILD–KAMPAGNE

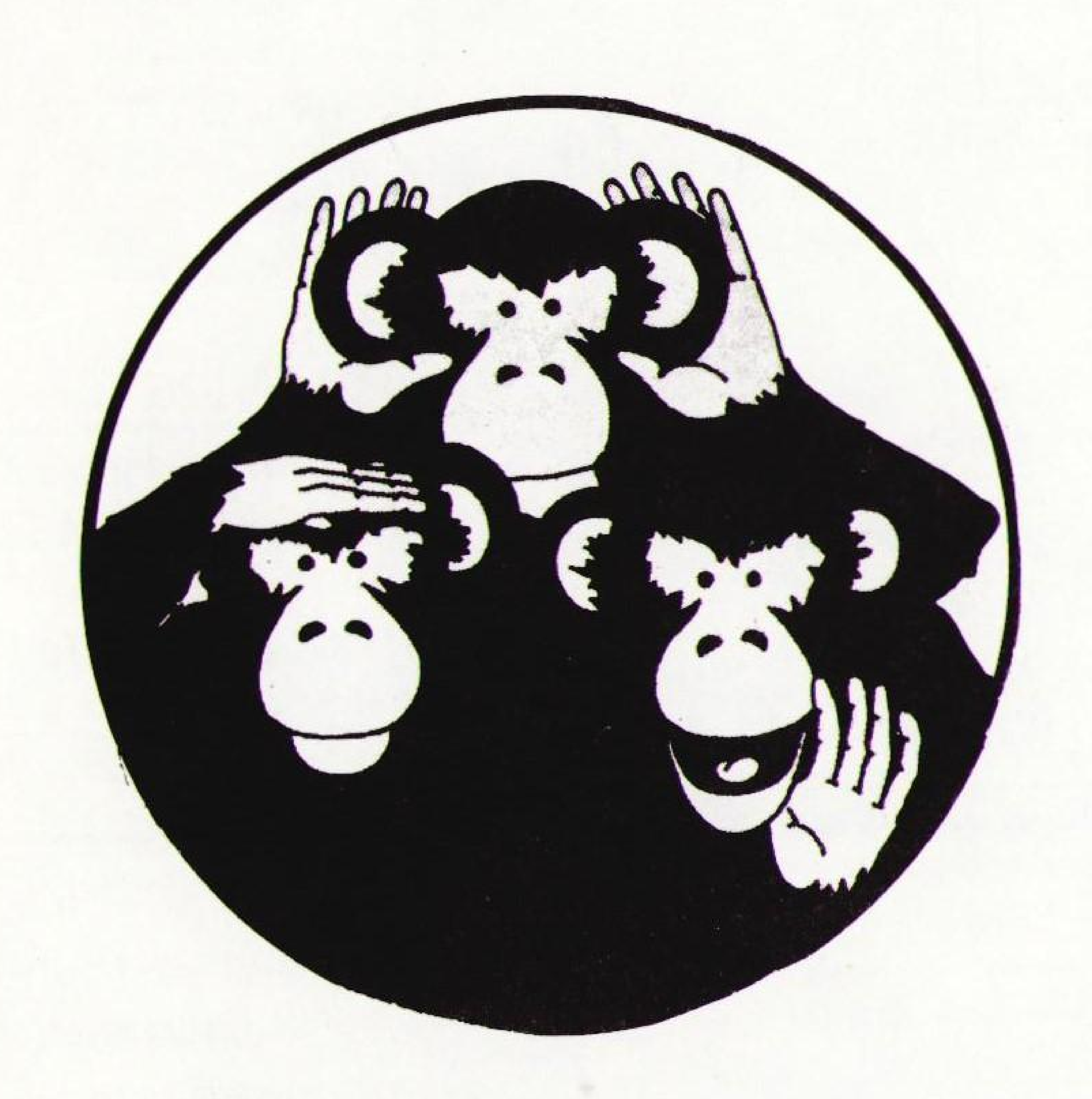
BERLIN
7. Februar

Wie im ID 215 berichtet, findet in Berlin vom 5. April bis 10. Juni 78 eine Ausstellung gegen die Bildzeitung statt. Im Rahmen dieser Anti-Springer-Kampagne gibt es jetzt auch Anti-Bild-Aufkleber, die in der
Galerie 70, Schillerstr. 70, 1 Berlin 12
zu beziehen sind.

PIRATENSENDER – EIN ERFAHRUNGSBERICHT

BERLIN
7. Februar

Seit ca. 2 Jahren wird in Westberlin in in unregelmäßigen Abständen ein UKW-Schwarzsender betrieben: der Piraten sender Unfreies Westberlin (PUW).
Es gibt nun eine Broschüre mit genauen Bauanleitungen und praktischen Erfahrungsberichten zum Betreiben eines Schwarzsenders.
PUW will bald wieder senden (auf 93 Mhz Kanal 21, so gegen 18 Uhr), der genaue Termin steht allerdings noch nicht fest.



HAFTVERSCHONUNG FÜR PETER SCHULT

MÜNCHEN
8. Februar

Am 7. Februar 1978 wurde Peter Schult gegen Auflagen (fester Wohnsitz, darf sich nicht mit den beiden Jungen treffen, die er angeblich verführt haben soll) und einer Kaution von 3.000,-- DM auf „freien Fuß" gesetzt worden.
Ein Verhandlungstermin ist noch nicht festgesetzt.



GROSSTADTPFLASTER IST DA

KIEL
6. Feb.

Das Großstadtpflaster Nr. 2 ist endlich (mit dreimonatiger Verspätung) da. Für alle, die sich nicht mehr erinnern: Das Großstadtpflaster ist eine Zeitung für Straßenmusikant(inn)en, Pflastermaler(innen), Straßendichter(innen) und Straßentheatergruppen. Die gerade erschiene Nummer enthält Artikel über Straßengedichte, einen "Männergesangverein", Bericht über Straßenmusikfestivals und vieles anderes mehr. Außerdem viele schöne Photos und 17 Lieder mit Noten und Gitarrengriffen fen. Erhältlich ist das "Großstadtpflaster" bei linken Buchläden oder direkt bei Stefan Matschoos, Schaßstr. 13, 23oo Kiel für DM 3.00. Wer ein bißchen Vertrauen in unseren Chaos-Vertrieb hat, kann auch im voraus bezahlen, was unsere Finanzschiwierigkeiten etwas abbauen würde. Unsere Konto nummer: 3965 64-201 (Peter Blum-Zeitung), Postscheckamt Hamburg.

Wer außerdem unseren Chaos-Vertrieb entchaotisieren möchte, kann das Großstadtpflaster auch abonnieren. Der Spaß kostet etwa 10 Mark pro Jahr.

ROSA - NR. 13

BREMEN
6. Februar

"ROSA" - eine Zeitung der schulen Bewegung - Nr. 13 soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Schwulenunterdrückung im 'freien' Westen - USA, Britanien, Dänemark, Westdeutschland u.a. - Punk-Rock Die verdrängte Seite des schwulen Antiimperialismus - Reaktion gegen die Schwulenbewegung - Gay American History und vieles mehr. Exemplar gegen Voreinsendung von DM 2 in Briefmarken an: ROSA, c/o SchwAB Postfach 101643, 28 Bremen 1

FRAUENFEST

NÜRNBERG
7. Februar

Am 25. Februar 78 findet in Nürnberg im Heilig Geist Spital um 19 Uhr ein Frauenfest statt. Aus Berlin ist die Frauen-Rock-Band 'Lyristrara' eingeladen. Außerdem wird Theater gespielt und es gibt einen Basar (zu dem eigener Krimskrams mitgebracht werden kann).
Das Fest wird zugunsten des Frauenhauses veranstaltet, in dem Frauen Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden soll (das Haus muß jedoch noch gefunden werden).

Kontaktadresse:
Christine Markl / Inge Albrecht, Rieterstr. 5, 85 Nürnberg,
Tel.: 0911/37 93 02

WOHNGEMEINSCHAFTSTREFFEN IN ENSCHEDE, HOLLAND

ENSCHEDE 31. Januar

Liebe Leute,
Also, am 4. und 5 März läuft in Enschede ein Wohngemeinschaftstreffen ab. Wir wollen euch dazu einladen. Thema: "Können WG's zur Veränderung der Gesellschaft beitragen? " Weil wir finden, daß viele WG's in einer Isolation stecken, wäre es bestimmt ganz wichtig:
-Erfahrungen und Informationen auszutauschen
-zusammen mit euch nach Möglichkeiten zu suchen, die uns weiterbringen und Vorstellungen uns klarer werden lassen.
-eine Kontaktadresse für Holland und Deutschland zu finden.
-zusammen zu überlegen und aufzuschreiben, was wir tun können, um die Wohn- und Lebenssituation von WG's zu verbessern.

Für Schlafplätze, Verpflegung und Kinderbetreuung sorgen wir schon. Das ganze kostet pro Nase DM 20,;. Meldet euch bis zum 8 Februar an, bis dahin auch das Geld unter dem Stichwort "kongress' auf das Girokonto 33 95 283 (Postgirokonto) G.E.T. Diks, Oostveenweg 46, Enschede, Holland überweisen. Wenn das Treffen aus irgendwelchen Gründen nicht stattfinden sollte, bekommt ihr euer Geld natürlich zurück.
Wenn ihr euch angemeldet habt, schicken wir auch noch weitere Informationen: Schlafmöglichkeiten, wo das Treffen laufen soll, noch näheres zum Programm.
Das ganze wird organisiert von der Wohngemeinschaftsinitiative Enschede: OLE.

Guus Diks (WG Brek'n), Oostveenweg 46, Enschede, Holland



"ROTE ZORA" SCHLUG ZU

KÖLN Februar

Unter dieser Überschrift schreibt die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 6.2.78:
"Die 'Rote Zora' schlug zu: Die Polizei hält es nicht für ausgeschlossen, daß dieser bisher unbekannte Geheimbund extremer Frauenrechtlerinnen in den letzten Wochen zur Nachtzeit sechs Kölner Sex-Shops überfallen und Pornoartikel im Wert von 100 000 DM aus dem Verkehr gezogen hat. Die aufgeschreckten Ladeninhaber setzten bereits DM 3.000 Belohnung für denjenigen aus, der dem Treiben ein Ende macht."

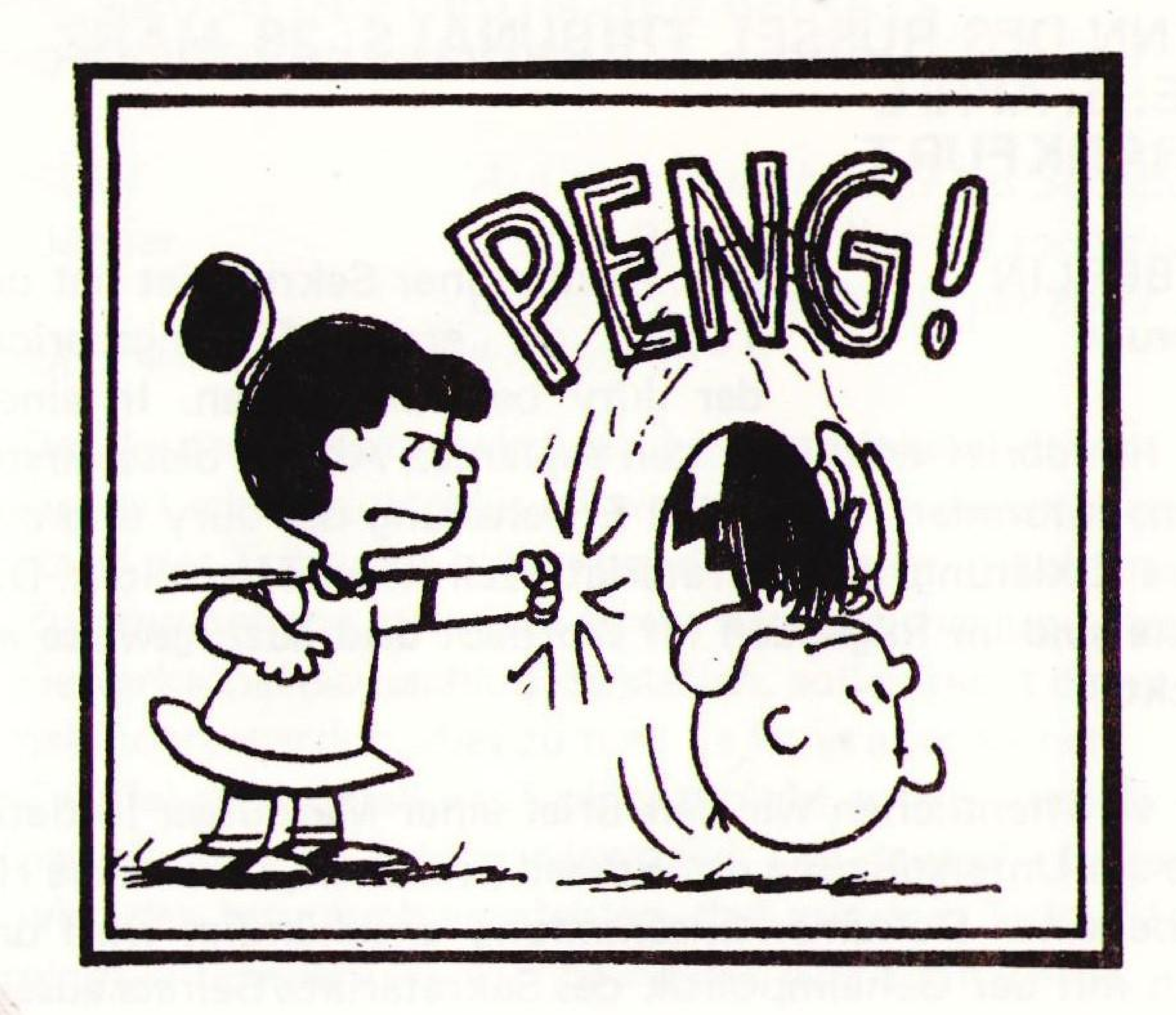
Zu diesem "Treiben" haben wir eine Erklärung von der "Roten Zora" (RZ) zugeschickt bekommen:

" DIE ROTEN ZORAS HABEN TRAINIERT UND AUS WÄSCHEKLAMMERN ZEITZÜNDER FABRIZIERT!

In der Karnevalszeit, wo die "Liebe" mal wieder hoch im Kurs steht, die Männer mal wieder die Gelegenheit erblicken, Frauen anzumachen und zu ihrem Spaß benutzen, haben wir uns auch mal unseren Weiberfastnachtsspaß erlaubt, nach der Devise:

Mit List und Tücke hauen wir die Pornoshops in Stücke!

Wir haben es nicht ganz so toll getrieben, nur ein bißchen Dr. Müllers Drecks-Shops ausgeräuchert. Diese Läden stinken uns schon lange, denn was dort als freie Liebe angeboten wird, heißt nichts anderes, als daß die Männer ihren gewalttätigen Phantasien freien Lauf lassen können. Die Frau wird auf ihren Körper reduziert - zur Sexmaschine degradiert - leblose Körper der nach Belieben der Käufer zu handhaben ist.



Das menschliche Bedürfnis nach Liebe und Zärtlichkeit hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Was als Liebe bezeichnet wird, ist nichts anderes als die Herrschaft der Männer über die Frauen. Die neuesten Errungenschaften der Pornoindustrie-Peep-Show und Oben-ohne-Boxen werden uns als emanzipatorischer Fortschritt verkauft. Dabei dienen sie nur dazu die jämmerlichen Instinkte der kaputtgemachten Typen zu befriedigen, die verkrüppelt genug sind für diese Scheinbefriedigung noch Millionen in den Rachen der Pornoindustrie zu schmeißen. Die Anmachereien und Gewalttätigkeiten, die wir täglich auf der Straße zu spüren bekommen, stehen im krassen Gegensatz zu der landläufigen These, die besagt, daß gerade die Freigabe der Pornografie dazu beiträgt, die Gewalt gegen Frauen zu verringern - was ein echtes Scheinargument ist, denn die Pornomacher wollen mit unserem Körper nur ihren Reibach machen.
Was die Herren bei ihrer unersättlichen Profitgier aber nicht mit einkalkuliert haben, ist unser wachsendes Selbstbewußtsein, unser Wille, Widerstand zu leisten und Frauenunterdrückung an jeder Ecke aufzuspüren und mit Phantasie zu bekämpfen.
Was wir uns an neuem aufgebaut haben und aufbauen wollen - Liebe, Solidarität, Menschlichkeit, unsere eigene Kultur - können wir nur dann erhalten und schaffen, wenn wir all das zerstören, was uns kaputt macht. Und das ist nicht nur das, was speziell dazu dient, uns Frauen zu unterdrücken, sondern gerade auch z.B. die Schmidt-Bande mit ihrem Modell Deutschland. Es gibt hier in diesem Land keinen, der Menschen unterdrückt, ausbeutet und verachtet, der denken kann, er stellt es so geschickt an, daß er sich vor uns sicher fühlen könnte. Dazu gibt es viele Mittel und Möglichkeiten, was viele bereits von Frauen praktizierte Beispiele zeigen: Autos von Frauenfeinden anmalen - Zucker in den Tank schütten, Reifen durchstechen, Frauenfeindliche Institutionen schließen durch Zumauern oder Verkitten der Schlösser mit Metallkitt, Frauenfeindliche Veranstaltungen stören, durch Gestank, herbeigeführten Kurzschluß, Bombenalarm, Klos verstopfen. Wichtig ist, daß wir uns unseren Kampfformen entsprechend organisieren, um uns dem Computerauge zu entziehen.

Wir werden uns hüten, den "großen Bruder" zu lieben
wir werden ihn bekämpfen und letztendlich besiegen
und jeder kleine Angriff nährt unseren Mut
und gibt uns Stärke auf dem Weg zum Sieg
Gründet Eure eigenen Banden
Gruß und Kuß die ROTE ZORA"

Anmerkung der Redaktion:

Die Rote Zora ist ein rothaariges Mädchen in einem Kinderroman, der 1941 erschienen ist. Dort führt die Rote Zora eine Kinderbande an, die sich durch Raubzüge und andere Tricks das Leben lebenswert zu machen versucht. Das Buch ist unheimlich spannend.

BEGINN DES RUSSEL TRIBUNALS: 28. MÄRZ ENDE: 5. APRIL IN FRANKFURT

WESTBERLIN
7. Februar

Das Westberliner Sekretariat hat den Termin der ersten Sitzungsperiode der Jury bekanntgegeben. In einem neuen Rundbrief wird über den geplanten Ablauf dieses ersten Treffens informiert, über eine Erweiterung der Jury und eine obskure Erklärung des Sekretariats/Beirats veröffentlicht. Diese Texte sind im folgenden im Wortlaut und auszugsweise abgedruckt.

Weiter veröffentlichen wir den Brief einer Marburger Initiativgruppe zur Unterstützung des Russell Tribunals, in dem die Herausgabe einer Dokumentensammlung angekündigt wird und die sich mit der Geheimpolitik des Sekretariats/Beirats auseinandersetzt.

„Der deutsche Beirat und die Mitglieder des Tribunals haben beschlossen, daß das Russell-Tribunal in zwei Sitzungsperioden stattfinden soll. Zum ersten Mal wird das Tribunal zwischen dem 28. März und dem 5. April 1978 tagen. Der Termin der zweiten Sitzungsperiode wird noch genauer festgelegt werden. Voraussichtlich wird er im Herbst dieses Jahres liegen.

Während der ersten Sitzungsperiode wird das Russell-Tribunal die Frage untersuchen, ob Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugungen das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben. Die Punkte Zensur und Grundrechtsverletzungen in Strafverfahren werden dann im Herbst behandelt werden.

Ausschlaggebend für die Entscheidung, zwei Sitzungsperioden abzuhalten, waren mehrere Gründe: die inhaltliche Vorbereitung des Tribunals muß sehr gewissenhaft geschehen. Es muß bei den öffentlichen Verhandlungen gewährleistet sein, Beweise und Zeugenaussagen umfassend und von verschiedenen Seiten her zu hören. Wollte man bei einer Sitzungsperiode auf alle drei Themenkomplexe in ausreichender Ausführlichkeit eingehen, so hätte die Jury etwa zwei Wochen tagen müssen. Nur die wenigsten Tribunalsmitglieder hätten sich aber für einen so langen Zeitraum von ihren anderen Verpflichtungen freimachen können. Darüber hinaus wird eine Konzentration der Arbeit des Tribunals auf die oben genannten jeweiligen Schwerpunkte der Sitzungsperioden dazu beitragen, die Sachprobleme eingehender zu klären und beurteilen zu können, nicht zuletzt deshalb, weil eine gründlichere inhaltliche Vorbereitung auf diesem Wege gewährleistet ist. Außerdem können dann nach Ostern erste Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zur Überprüfung vorgelegt werden, bevor das Tribunal in seiner Untersuchungstätigkeit voranschreitet. Das wird dazu beitragen, Angriffe gegen das Tribunal zu entkräften und unter Beweis zu stellen, daß eine unvoreingenommene Untersuchung durchgeführt wird. Als letztes Argument wurde genannt, daß in der jüngsten Vergangenheit Unterstützungsaktivitäten spürbar zugenommen haben. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung nach Abschluß der ersten und bei der Vorbereitung der zweiten Sitzungsperiode wächst, so daß das Russell-Tribunal dann während des gesamten Jahres 1978 politisch Einfluß nehmen und wirken kann.

Die erste Sitzungsperiode wird folgendermaßen ablaufen: Der deutsche Beirat hat in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat 10 bis 12 exemplarische Fälle ausgewählt, die vor dem Tribunal ausführlich dargestellt werden sollen. Die Auswahl der Fälle geschah nach folgenden Kriterien: verschiedene Bundesländer und verschiedene Berufe sollten repräsentiert sein, die Fälle sollten unterschiedliche politische Besonderheiten (Berufsverbot aufgrund von Organisationszugehörigkeiten, Teilnahme an Demonstrationen und ähnliches, politische Äußerungen etc.) enthalten. Die 10 bis 12 Betroffenen sollen als Zeugen gehört werden, ihnen wird jeweils ein Berichterstatter, in den meisten Fällen ein Jurist, zugeordnet. Diese sollen u. a. auf Parallelfälle hinweisen, um einen Eindruck über das Ausmaß der Berufsverbote zu vermitteln. Vor und während der Zeugenanhörungen werden dem Tribunal allgemeine Gutachten zur Kenntnis gebracht werden, so zur politischen Entwicklung der Bundesrepublik, der Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Überprüfung der Treuepflicht, den politischen und psychologischen Auswirkungen des Radikalenerlasses und der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes. Weiterhin werden Vertreter der zuständigen Behörden eingeladen, um die Position der Bundesregierung und der Länderregierungen darzustellen.

Um auf Parallelfälle hinweisen und ein umfassendes Bild des Ausmasses der Berufsverbotepraxis vermitteln zu können, sollte noch weiteres Material eingereicht werden. Das Sekretariat bittet deshalb darum alle Ihnen bekannten Fälle von Berufsverbotsmaßnahmen umgehend mitzuteilen. Dabei reicht es aus, wenn die einzelnen Fälle in stichpunktartiger Form dargestellt werden. Neben einer kurzen Chronologie benötigen wir insbesonders Angaben über Namen und Beruf des Betroffenen sowie die offizielle Begründung der Maßnahme. Eventuelle juristische und politische Besonderheiten sollten hervorgehoben werden. . . . "

**Sekretariat zur Vorbereitung des
Dritten Internationalen Russell-Tribunals
Ahornstraße 5
D-1000 Berlin 30
Tel.: (030) 211 91 38**



NEUE MITGLIEDER DES RUSSELL-TRIBUNALS

BERLIN
2. Februar

Der brasiliansiche Architekt Oscar Niemeyer, die portugiesische Schriftstellerin Maria Velho da Costa und die ungarische Philosophin Agnes Heller haben ihr Einverständnis erklärt, beim internationalen Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik mitzuwirken. Oscar Niemeyer entwarf gemeinsam mit anderen das New Yorker UNO-Gebäude und war Chefarchitekt bei der Planung der neuen brasiliansichen Hauptstadt Brasilia. Maria Velho da Costa gehört zu den drei Marias, die das Buch „Neue portugiesische Briefe" verfaßten. Agnes Heller lehrt augenblicklich an einer Universität in Australien. Sie ist bekannt durch ihr Buch „Theorie der Bedürfnisse".

RUSSEL-TRIBUNAL VERBITTER SICH BROSCHÜRE

MARBURG
5. Februar

Aus Marburg erhielten wir folgenden Bericht:

„Die letzten Gerangel bei der Vorbereitung des Russell-Tribunals bezogen sich auf Einschränkungsversuche des Sekretariats und des deutschen Beirats. Noch im Sommer 1977 sollten „alle" Fälle von Repression behandelt werden, darum wurden 16 verschiedene Gutachten eingeholt. Im Herbst kam die Beschränkung auf drei Teilbereiche (Berufsverbote, Zensur, Strafverfahren). Die Russell-Initiative Marburg hat jetzt eine Broschüre herausgegeben, in der auf 110 Seiten zehn der Gutachten (zum Teil nur in Auszügen) plus Kommentar abgedruckt sind. Zu erhalten ist diese Broschüre bei

Russell-Initiative, c/o Buchladen Roter Stern,
Am Grün 28, 3550 Marburg

Einzelpreis: 4,50 DM
Buchläden etc. 30 % Rabatt bei Sammelbestellung

Aus dem Inhalt: Berufsverbote (Autor Brandt), Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften (Zieger), Meinungsfreiheit (Ridder/Ladeur), Verfassungsschutz (Seifert), Asylrecht (Amnesty), Strafprozeßrecht (Preuß), Schlußplädoyer in Stammheim (Heldmann), Anwaltsverfolgung (Rühmann), Haftbedingungen (Rasch), Unterdrückung der Frauen oder Frauenzentren (Courage, Frauenzentren).

Jetzt, nachdem die Broschüre auslieferbar ist, wurde den Marburgern vom Sekretariat mitgeteilt, daß dies besser unterbleiben solle, da durch gewisse Gutachten (Stammheim, Unvereinbarkeitsbeschlüsse) die gegenwärtigen Bündnisgespräche mit dem Berufsverbote-Kommitee und GO-Gruppen und Jusos und Falken unzumutbar belastet werden könnten.

ERKLÄRUNG DES RUSSELL-SEKRETARIATS/-BEIRATS:

PFLICHTÜBUNG FÜR DUNKELMÄNNER

WESTBERLIN
7. Februar

Eine geradezu fatale Aktualität erhält dieser Schriftwechsel durch eine gemeinsame Erklärung von Sekretariat und deutschem Beirat (ebenfalls enthalten in dem neuen Rundbrief Nr. 9), den man beim besten Willen nur als Kniefall vor politischen Kräften/Gruppen verstehen kann, die nicht genannt werden, aber natürlich benannt werden müssen, als da sind: die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), der Sozialistische Hochschulbund (SHB), Teile bzw. Personen der SPD sowie der Jusos.

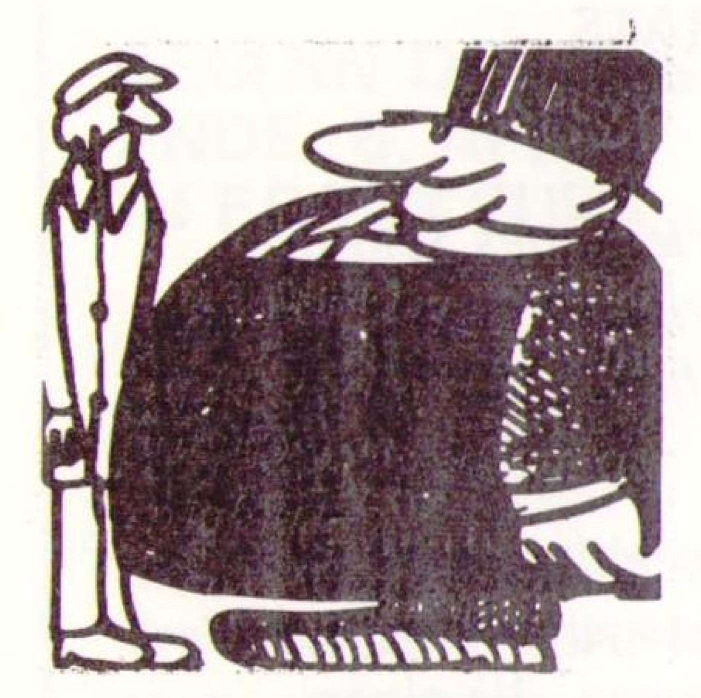
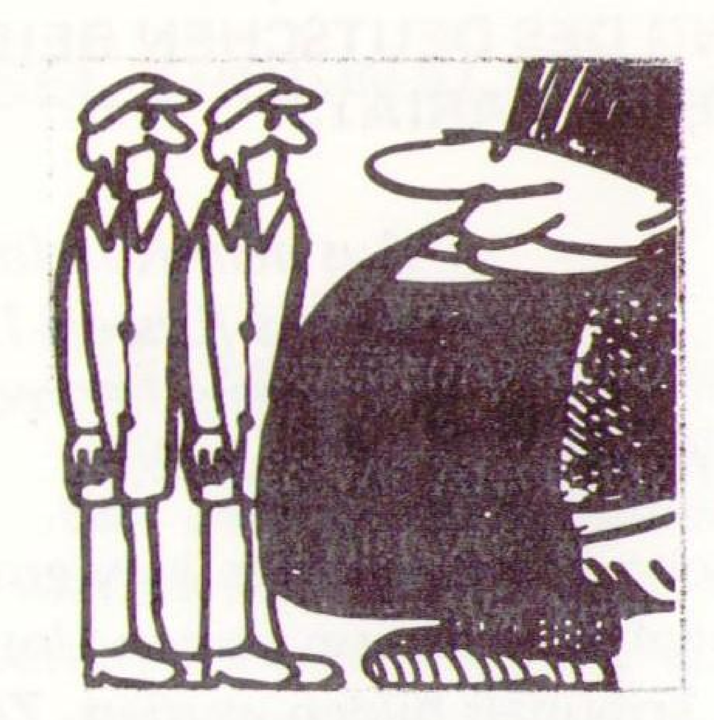
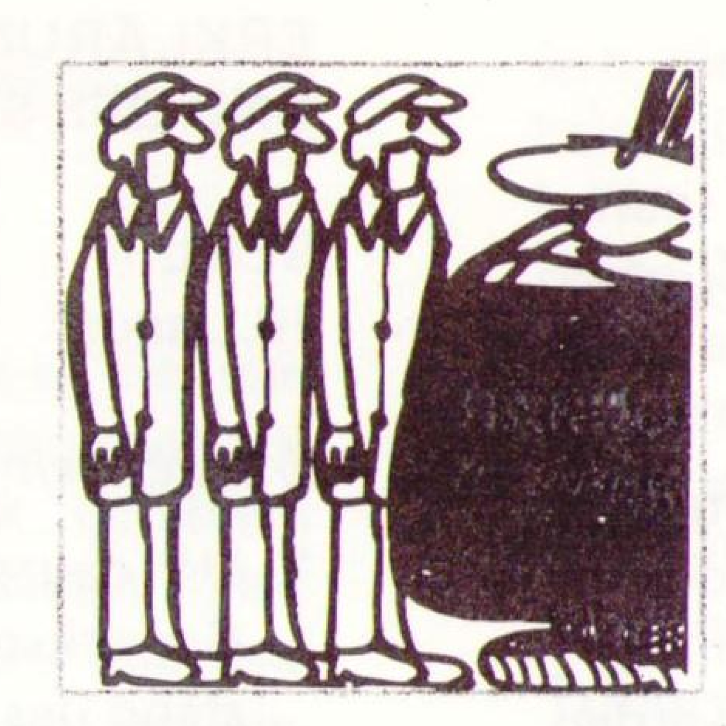
Es ist ein offenes Geheimnis, daß zwischen diesen Organisationen und dem deutschen Beirat/Sekretariat Treffen stattgefunden haben, die die im folgenden abgedruckte Erklärung unmittelbar zur Folge hatte. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kann als sicher gelten, daß alle Aktivitäten der Unterstützungsbewegung, die sich nicht die Beschränkungen des Sekretariats/Beitrats zu eigen machen (mit ihrer Arbeit aufhören!) als objektive Gegner und Störer des Tribunals denunziert werden. Dies klingt auch deutlich in Punkt 5 der Erklärung an, wo die DKP vom Beirat/Sekretariat verlangt hat, dafür zu sorgen, daß über das Tribunal hinaus keine geschlossene Unterstützungsbewegung erhalten bleiben darf. Da das Sekretariat/Beirat natürlich auch realistisch einschätzt, daß es darauf keinen großen Einfluß hat, versteigt es sich zu einer nichtssagenden Formulierung: „Die Frage zu beantworten, ob und wie die Gruppen und Organisationen, die das Tribunal unterstützen, nach dem Tribunal weiterarbeiten, ist nicht Angelegenheit des Beirats oder des Sekretariats." Pflichtübung für Dunkelmänner!

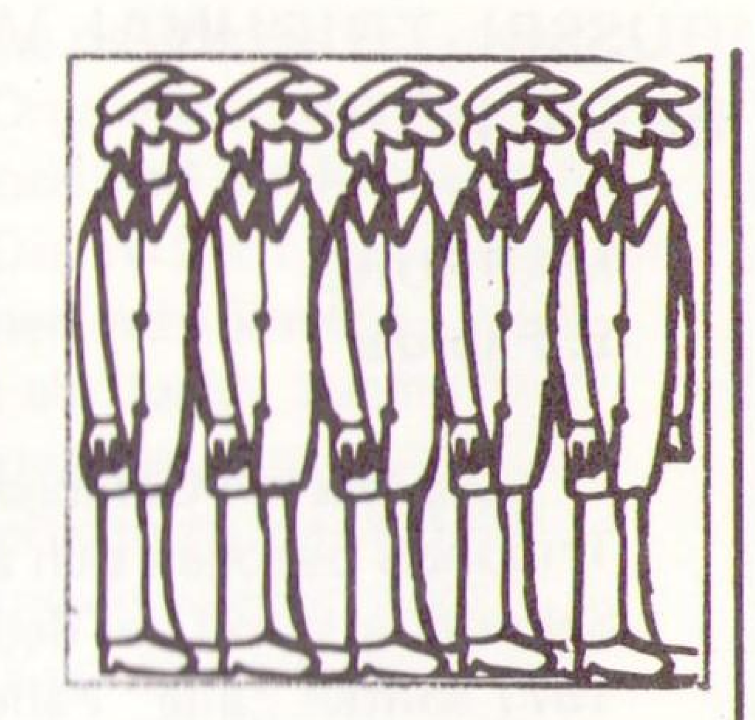
ERKLÄRUNG DES DEUTSCHEN BEIRATS UND DES SEKRETARIATS

BERLIN
10. Januar

Aus dem Rundbrief 9 des Sekretariats des Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD drucken wir folgende Erklärung ab:

1. Der deutsche Beirat wird der Jury empfehlen, daß Gewerkschaftsausschlüsse keinen Untersuchungsgegenstand des Tribunals bilden werden. Zeugen, die einen Zusammenhang zwischen ihrem Berufsverbot und ihrem Gewerkschaftsausschluß darstellen, sollen nicht daran gehindert werden, dies zu tun. Es kann aber keinen Zweifel geben, daß das Tribunal nicht zum Forum für parteipolitische Erklärungen wird. Der deutsche Beirat wird der Jury auch empfehlen, daß mit dem Tribunal nicht antigewerkschaftliche Politik betrieben werde.
2. Das Tribunal untersucht die Situation der Menschenrechte in der BRD und West-Berlin. Es wird keine Ausweitung über dieses Land hinaus geben.
3. Der Beirat wird der Jury empfehlen, sich nur mit Fällen zu befassen, die mit eindeutig beleg- und beweisbaren Fakten vorliegen und sich nicht mit Spekulationen auseinanderzusetzen. Folglich sollten die Todesfälle in Stammheim nicht Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein. Die Aufklärung dieser Vorgänge kann nur durch eine internationale Untersuchungskommission geleistet werden, wie sie von Amnesty International, der Vereinigung Demolratischer Juristen und anderen Organisationen gefordert wird.
4. Das Russell-Tribunal hat von Anfang an Gruppen angezogen, die Versuche unternommen haben, dem Tribunal ihre Linie aufzuzwingen bzw. es zum verlängerten Arm ihrer Politik zu machen. Die Jury des Tribunals, der deutsche Beirat wie auch das mit der Vorbereitung des Tribunals beauftragte Sekretariat sind unabhängig von parteipolitischen Positionen und Einflüssen. Für das Sekretariat gilt, daß es mit allen Gruppen zusammenarbeitet, die Ziele und Inhalte des Tribunals anerkennen und unterstützen. Es kann nicht Aufgabe des Sekretariats sein, diese Unterstützungsbewegung „vereinheitlichen" zu wollen. Das Sekretariat hat allerdings von Anfang an deutlich gemacht, daß eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die ein lediglich taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten haben, nicht möglich ist. Es hat neuerdings Versuche gegeben, daß Gruppen das Russell-Tribunal für ihre Zwecke umzufunktionieren versuchten. Die Gruppen mit den Namen „Antifaschistische Gruppe", „Antifolterkomitee" traten als Russell-Initiativen auf. Mit ihnen hat das Russell-Tribunal nichts zu tun.
5. Das Sekretariat sieht seine Aufgabe allein in der Vorbereitung und organisatorischen Durchführung des Tribunals. Seine Arbeit ist mit dem Abschluß des Tribunals beendet. Die Frage zu beantworten, ob und wie die Gruppen und Organisationen, die das Tribunal unterstützen, nach dem Tribunal weiterarbeiten, ist nicht Angelegenheit des Beirats oder des Sekretariats.
6. Der deutsche Beirat wird der Jury des Tribunals empfehlen, Fälle nicht gegen den erklärten Willen der Betroffenen zu behandeln.
7. Der deutsche Beirat beschließt, sich an den DGB zu wenden, um mit ihm ein Gespräch über das Russell-Tribunal zu führen.



STREIK DER DEUTSCHEN HAFENARBEITER

HAMBURG Feb. 78 Helmut Kern, ehemaliger Hamburger Wirtschaftssenator, mußte eine halbe Woche unter stark veränderten Arbeitsbedingungen zurecht kommen. Denn da war niemand mehr, der ihm Kaffee kochte, seine Briefe tippte oder Telephonate entgegen nahm. Anke Jensen, seine Sekretärin ist eine von etwa 18 000 Beschäftigten in 7 deutschen Häfen, die in der letzten Woche gestreikt haben. Und so mußte sich Kern, heute Chef des grössten deutschen Hafenunternehmens, allein auf seiner IBM-Schreibmaschine zurechtfinden und seinen Kaffee selbst zubereiten.

Der Streik der deutschen Hafenarbeiter hat nicht nur ihn, nicht nur die Unternehmer überrascht. Ein Streik, der von der Gewerkschaft zunächst scheinbar ohne größere Schwierigkeiten unter Kontrolle gehalten wurde, getragen von einer Arbeiterschaft ohne kämpferische Tradition — und dennoch ein Ereignis, das Unternehmer und Gewerkschaften gleichermaßen schockiert hat. Denn der Ausstand der Hafenarbeiter zerstört einen Mythos, den die Unternehmer in Hamburg, Bremen und anderswo lange gepflegt und als solide Grundlage ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Expansion angesehen hatten: "Hamburg ist stolz darauf", so erklärte der Hafendirektor Mönkemeier noch vor einigen Monaten, "daß es im Hafen seit 50 Jahren keinen Streik mehr gegeben hat." Der Hamburger Hafen, bei weitem der größte in Deutschland und das Herzstück einer ganzen Region, das schien ein Beweis der vollendeten Klassenharmonie zu sein, ein Glanzstück des "Modell Deutschland"

Der gute Ruf ist hin

Der Ruf der deutschen Häfen, "streiksicher" zu sein, war einer der Gründe, der viele Unternehmer bewog, ihre Schiffe in die BRD zu schicken. 1976, als die Umschlagszahlen von Hamburg erstmals die des Londoner Hafen übertrafen, wiesen die Hamburger Hafenunternehmer, nach Gründen befragt, nicht ohne Wohlbehagen auf die "Mentalität der Londoner Dockarbeiter", auf ihre "Streikfreude" hin.

Natürlich, ein halbes Jahrhundert Arbeitsfrieden — wie die Unternehmer behaupten — hat es auch in Hamburg nicht gegeben. 1951 hatten die Hamburger Hafenarbeiter wild gestreikt und auch in den siebziger Jahren gab es eine Reihe von kleineren Arbeitsniederlegungen und Boykottmaßnahmen. Und auch andere Methoden haben die Arbeiter entwickelt, um sich zur Wehr zu setzen. Ein Bremer Hafenarbeiter: "Wenn ein Meister zu hohe Leistungsanforderungen stellt oder sich im Stil vergreift, dann wird Dienst nach Vorschrift gemacht. Zum Beispiel beim Laufen die Schuhe besohlen und all diese Scherze Die Brücke wird langsam gefahren und wenn am LKW irgendein Defekt ist, z.B. die Hupe geht nicht, wird er in die Werkstatt gefahren. Da kann man unheimlich verzögern ..."

Dennoch, große Kämpfe wie in London, New York oder Antwerpen sind den Hafenunternehmen in den letzten Jahren erspart geblieben. Im Gegenteil, 1972, beim großen Docker-Streik in England waren Bremen und Hamburg voll gewesen von fremden Schiffen. Die Gewerkschaft ÖTV hatte ein Sympathie-Telegremm nach London geschickt, aber nichts dagegen unter nommen, als die deutschen Schauerleute die fremden Schiffe entluden und damit ihren englischen Kollegen in den Rücken fielen. Und so war es auch bei anderen Streiks gewesen.

Umwälzung der Arbeitsbedingungen

Kein Wunder, daß die deutschen Hafenunternehmer sich stark fühlten. Seit 1966/68 haben sie die Arbeitsbedingungen gehend verändert. Mit der Einführung des Container-Verkehrs ging eine drastische Reduzierung der im Hafen Beschäftigten einher. Von 13 467 auf 9 628 verringerte sich die Zahl der Hafenarbeiter in Hamburg zwischen 1965 und 1972. Zwar ist die körperliche Schwerstarbeit durch die Mechanisierung des Hafenbetriebes geringer geworden; gleichzeitig aber vergrößerten sich die Arbeitsintensität und die nervliche Belastung. In seinen Auswirkungen ist das Containersystem durchaus mit der Einführung des Fließbandes zu vergleichen. In London, New York und anderen Häfen hatten die Durchsetzung des Container-Verkehrs zu harten Kämpfen geführt, in denen die Arbeiter teilweise weitreichende Zugeständnisse errungen haben. In Deutschland sind solche Kämpfe ausgeblieben. Der Hamburger Hafendirektor Mönkemeier nannte 1976 zwei Gründe. "Wir haben in der Bundesrepublik", so lobte er, "eine sehr verantwortungsbewußte Hafenarbeitergewerkschaft, die einen Blick dafür hat, wieweit man mit den Forderungen gehen kann, ohne die milchspendende Kuh zu schlachten. Weiterhin möchte ich anführen, daß es die ungelernten Gelegenheitsarbeiter, die oft eine Quelle der Unruhe sind, in unserem Hafen kaum noch gibt."

In der Endphase des 19. Jahrhunderts bildeten diese ungelernten, unständigen Arbeiter die große Mehrheit der im Hafen Beschäftigten. Ohne Arbeitsverträge, ohne betriebliche Bindung bildeten sie ein radikales Potential, das den Unternehmen schwer zu schaffen machte. Als die Unternehmer einsahen, daß durch Repression allein die Aufsässigkeit dieser Arbeiter nicht zu bändigen war, begannen sie seit 1907 einen festen Kern von Hafenarbeitern zu schaffen, der gegenüber der Mehrheit der unständigen Arbeiter viele Privilegien genoß; Diese Privilegien waren jedoch unmittelbar an den Zwang zum Wohlverhalten gekoppelt. Wer streikte oder sich in anderer Weise nicht anpaßte, flog. Die unständigen Arbeiter wurden auf diese Weise immer mehr an den Rand gedrängt. Sie bildeten eine Reservearmee, die bei größerem Arbeitsanfall kurzfristig eingesetzt und wieder abgeschoben wurde.

Dieses Modell ist in den folgenden Jahrzehnten immer weiter ausgebaut und perfektioniert worden. Heute gibt es neben den von einzelnen Betrieben fest angestellten Stammarbeitern ein Reservoir von schlechter bezahlten Pendlern, die je nach Bedarf für beschränkte Zeiträume an einzelne Betriebe vermittelt werden. Unter ihnen sind in Hamburg ein Großteil Ausländer, meist Portugiesen. Sie sind von Entlassungen als erste betroffen. Benötigen die Unternehmer außerdem noch zusätzliche Arbeitskräfte, so heuern sie Gelegenheitsarbeiter an (im Hafen die "Wilden" genannt), oft durch die Vermittlung illegaler "Menschenhändler".

Besondere Attraktivität hat der Beruf des Hafenarbeiters nie besessen. In Bremen ergab eine Umfrage, daß die meisten Hafenarbeiter einen anderen — oft handwerklichen — Beruf erlernt haben und in den Hafen gegangen sind, weil sie die Möglichkeit reizte, durch viele Überstunden relativ schnell an Geld heranzukommen oder weil sie arbeitslos geworden waren. Die Fluktuation insbesondere unter den jüngeren Hafenarbeitern ist immer noch groß. Die ständige Arbeit im Freien auch bei schlechtestem Wetter, die körperliche Anstrengung und der Schmutz lassen wenig Möglichkeiten, sich mit der Arbeit zu identifizieren. Traditionell sticht die Hafenarbeit durch ihre Gefährlichkeit hervor: In Bremen hatten 83 % der Hafenarbeiter schon einmal einen Unfall. Unter solchen Bedingungen haben die Arbeiter dem Hafenkapital fast jedes Jahr neue Rekordumschlagsergebnisse ermöglicht.

Im "Schnellen Hafen" geht nichts mehr

Die Lasten einer 'Krise' zu übernehmen, von der im Hafen selbst wenig zu spüren ist, dazu sind die Arbeiter in den deutschen Seehäfen nicht mehr bereit. Etwa 80 % von ihnen sind gewerkschaftlich organisiert. Ihre Kampfbereitschaft in diesen Wochen hat auch die Gewerkschaft überrascht. Sie mußte ihre offizielle Lohnforderung von 8,5 auf 9% hochschrauben. Unter der Hand erklärten die Gewerkschaftsführer sich jedoch mit einer Erhöhung von 6% einverstanden. Daß die Unternehmer, die zuletzt 5,7 - 5,8 % mehr Lohn anboten auf die Forderung nach 6 % nicht einging und das Risiko eines Streiks auf sich nahmen, hat viele überrascht. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß sie die Streikbereitschaft der Arbeiter unterschätzt haben. Die Hafenbosse wissen, daß die Lohnabschlüsse in den Hafenbetrieben Signalwirkungen auf die weiteren Tarifauseinandersetzungen des Jahres haben werden.

Die Arbeiter lassen sich auch durch die Presse des Springer-Konzerns nicht beeindrucken, die eine drohende Lebensmittelknappheit, Arbeitslosigkeit und Preiserhöhungen an die Wand malte. Bei der gewerkschaftlichen Urabstimmung haben sich 97 % der beteiligten Arbeiter für Streik ausgesprochen. "Wenn die nicht mit 8 % oder ähnlich abschließen, dann streik ich, bis ich 63 bin" sagt ein Hamburger Schauermann und fährt unter dem Gelächter seiner Kollegen fort: "Und dann reich ich die Rente ein."

Angesichts solcher Stimmung und des eindeutigen Abstimmungsergebnisses konnte auch die Gewerkschaft nicht mehr zurück. Der Streik wurde offiziell ausgerufen. Gewerkschaftsführer Siegfried Mertens: "Wir sind dazu verpflichtet, damit es nicht zu unorganisierten Aktionen kommt."

Die Streikenden entwickeln schnell ein starkes Selbstbewußtsein. Sie wissen, daß die Unternehmer mit allen Mitteln verhindern wollen, daß Hamburgs Ruf als "schneller" und streiksicherer Hafen noch weiter ramponiert wird. Hingegen besteht für die Arbeiter mit 60 DM Streikgeld am Tag wenig Grund, ein schnelles Ende der Auseinandersetzung herbeizusehnen. Die Kassen der Gewerkschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten prall gefüllt. Diese Situation hat auch Auswirkungen auf die Gewerkschaft. Die Forderung nach 6 % wird gar nicht mehr erwähnt. "7 % müssen es mindestens sein", wird einhellig gesagt.

Und tatsächlich steht in den 7 bestreikten deutschen Häfen fast alles still. Nur in einigen Kleinbetrieben wird noch gearbeitet. Die Unternehmer werfen an einigen Stellen Angestellte an die Front und heuern Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter an. Aber die Wirkung ist gering. Neben den offiziellen Streikposten der Gewerkschaft, die Tag und Nacht an den Kais stehen, kommen in Hamburg auch viele andere Arbeiter zur Unterstützung. So gelingt es nur wenigen "Arbeitswilligen" — —teilweise unter Polizeischutz — an die im Hafen liegenden Schiffe heranzukommen. Eine Reihe von Streikbrechern hört nach Gesprächen mit den Arbeitern auf und tritt stattdessen in



die Gewerkschaft ein — um auf diese Weise in den Genuß des Streikgeldes zu kommen. Der Optimismus und die Bereitschaft, aktiv zu werden wächst. "Wir sind in unserem Betrieb 18 Leute", erzählt ein Arbeiter, "zuerst war ich der einzige Streikposten, jetzt sind wir schon fünf."

Verhändler und Verhandelte

Das Wochenende bricht an und damit wieder die Stunde der Verhandlungen. Hamburgs Bürgermeister Klose hat sich als "Vermittler" eingeschaltet. Und am Sonnabend verkünden abends die deutschen Medien, Unternehmer und Gewerkschaften hätten sich auf 7 % geeinigt.

Am Sonntag kommen dennoch viele Arbeiter in den Hafen, um dort Streikposten zu stehen. Aber sie finden das Hafengebiet verlassen. Die Gewerkschaftsorganisation ist nicht anwesend, die von ihr gemieteten Busse sind verschwunden. Was kaum jemand registriert hat: die Lohnerhöhung gilt nicht für das ganze Jahr, sondern erst ab Anfang Februar. Umgerechnet haben die Hafenarbeiter also nur 6,4 % mehr in der Tasche. Und am Montagmorgen, als sie sich wieder an den Kais, in den Speichern oder bei den Räumen der Arbeitsvermittlung sammeln, herrscht keine freudige Stimmung. "Wir sind verschaukelt worden, wie in den anderen Jahren auch" oder: "Wenn schon Streik, dann muß auch was Richtiges dabei herauskommen." 6,4 %, das ist kein Ergebnis, das der Macht entspricht, die sie in den letzten Tagen gespürt haben. "Noch eine Woche länger und wir hätten 8 % herausgeholt." heißt es. Vielleicht ist es nicht mal in erster Linie die Enttäuschung über das magere Verhandlungsergebnis. Viel schwerer wiegt bei vielen das Gefühl, für dumm verkauft worden zu sein, über das Ohr gehauen zu werden. Und die Wut, die sich daraus entwikkelt, richtet sich gegen die Gewerkschaftsführer ebenso wie gegen die Unternehmer. Dennoch kommt es nicht zur Aktion. Die meisten Arbeiter gehen wieder zur Arbeit — wenn auch fluchend und schimpfend. Die Erbitterung drückt sich in der Urabstimmung aus, mit der sich die Gewerkschaftsführer ihr Verhandlungsergebnis bestätigen lassen wollen. Während die Presse am gleichen Tag fast einstimmig über den "Schaden" lamentiert, den die deutsche Volkswirtschaft durch dieses Verhandlungsresultat erleiden werde, formulieren die Arbeiter ihr 'Nein'.

58 % sprechen sich gegen den von Unternehmern und Gewerkschaften ausgehandelten Kompromiß aus. Gegenüber der konzentrierten Stimmungsmache von Presse und Politikern, Gewerkschaftlern und Unternehmern hat sich die Arbeiterautonomie als erstaunlich immun erwiesen. "Der Schock kam kurz vor Mitternacht" schreibt Springers 'Abendblatt' am nächsten Tag. In der Tat ist diese Abstimmung für deutsche Verhältnisse eine Sensation. Ähnliches hat es in der BRD seit 20 Jahren nicht mehr gegeben.

Jetzt hat die Haltung der Arbeiter wiederum die Funktionäre auf den Plan gerufen. Die Gewerkschaftsvertreter versuchen, ihre Abstimmungsschlappe wettzumachen und nachträglich doch noch volle 7 % am Verhandlungstisch zu erstreiten. Mit den Unternehmern einigt sie die Angst vor einem erneuten Aufflackern des Streiks. Gleichzeitig aber befürchten Staat und Unternehmer, daß Nachgiebigkeit gegenüber diesen Forderungen die staatlichen Lohnrichtlinien für 1978 schon am Jahresanfang ad absurdum führen könnte. In Württemberg und Baden haben tausende von Metallarbeitern mit einer Reihe von Warnstreiks bereits gezeigt, daß auch sie bereit sind, den Weg der Hafenarbeiter zu gehen. Und auch die Auseinandersetzungen in der Druckindustire gewinnen immer noch an Schärfe. Alles zusammengenommen gibt es durchaus Anzeichen dafür, daß die Krise als Disziplinierungsinstrument gegen die Arbeiter in der Bundesrepublik an Wirksamkeit zu verlieren beginnt.

HAFENARBEITERSTREIK: STREIKPOSTEN FRISTLOS ENTLASSEN

HAMBURG 3. Februar — Am 27.1. war der Maschinenschlosser Jürgen D. Von der Streikleitung der ÖTV als Streikposten im Hamburger Hafen eingeteilt. Bei seinem Einsatz sah er, daß auf dem Betriebsgelände der Firma Buss, die ihn seit 1976 als Schlosser beschäftigt, vereinzelt gearbeitet wurde. Er begab sich zum Büro der Betriebsleitung, um über den Umfang der Arbeit während des Streiks Informationen einzuholen. Vom Betriebsleiter erhielt er statt einer Auskunft die Aufforderung, das Gelände zu verlassen. Der Arbeiter ging sofort, erhielt aber noch am selben Tag eine fristlose Kündigung:

„...haben Sie trotz Verbot der Betriebsleitung (begründet durch Streik) unbefugt das Firmengelände betreten."

Den Betriebsrat hat die Firma vor Ausspruch der Kündigung gar nicht erst angehört.

Die Kündigung: Ein Akt exemplarischer Vergeltung eines Hafenkapitalisten an einem einzelnen Hafenarbeiter für den Streik und der Versuch der Einschüchterung aller bei Fortsetzung des Streiks.

Über eine einstweilige Verfügung zur Durchsetzung des Weiterbeschäftigungrechts verhandelt das Arbeitsgericht Hamburg am 9.2. Das Gericht wird sich mit der Rechtmäßigkeit des gegen die Streikenden ausgesprochenen generellen Betriebsverbots und mit den Rechten eines Betriebsrats in der Streiksituation auseinanderzusetzen haben.

Kontakt: **Rechtsanwalt Uwe Maeffert, 2102 Hamburg 93, Tel.: (o4o) 753 5014/13**



NOCH KANN DER VERFASSUNGSSCHTZ EINEN LUFTHANSA-ELEKTRIKER NICHT ENTLASSEN

HAMBURG 3. Feb. 78 — Auf der Hamburger Düsen-Werft der Lufthansa (Reparaturhalle für Düsenflugzeuge mit 7000 Beschäftigten) arbeitete seit Juni 1977 der Elektriker Ralph Horn. Nach zweieinhalb Monaten — noch in der Probezeit von 1/2 Jahr — kündigte ihm die Lufthansa. Man brauche jetzt Elektroniker für diesen Arbeitsplatz. Der Betriebsrat widersprach: so etwas hätte die Firma schließlich früher wissen müssen.

Der Gekündigte ging vors Arbeitsgericht, bewarb sich aber gleichzeitig bei anderen Firmen (was allein schon wegen des Arbeitslosengeldes notwendig ist). Als er bei mehreren Betrieben während der Probezeit rausflog, verstärkte sich sein Verdacht, daß die Kündigung politisch motiviert war, und daß es in Hamburg schwarze Listen gibt (s. ID 211/212), die auf Berufsverbote für politisch gekündigte Arbeiter hinauslaufen. Ralph Horn hatte sich nämlich in seinem früheren Betrieb, der Norddeutschen Affinerie (Hamburger Kupferhütte mit 3500 Beschäftigten), wo er Vertrauensmann war, für die Betriebsratswahlen 1975 als Kandidat eines oppositionellen Blocks innerhalb der IG-Chemie-Liste aufstellen lassen. Die „Argumente"-Kandidaten (nach ihren Flugblättern so genannt) kämpften gegen die „persönliche Bewertung", eine Arbeitsplatzbewertung nach Verhalten, die in dem Werk eingeführt werden sollte, und für die Unfallverhütung, nachdem in drei Jahren sechs Kollegen durch Unfälle getötet worden waren. Nachdem Ralph bei einer gewerkschaftlich nicht abgesegneten Betriebsräteversammlung 1975 mitgemacht hatte, flog er aus der IG Chemie. (Inzwischen ist er IG-Metall-Mitglied.) Ralphs Aktivitäten waren völlig legal , aber politisch bei Firmen und Gewerkschaftsapparaten unbeliebt. Doch wie konnte man herauskriegen, ob das für die Lufthansa ihre eigentlichen Kündigungsgründe wa-r[illegible]

Die Lufthansa selbst half weiter. Nachdem sie in einem ersten Schriftsatz behauptet hatte, eine Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit finde nicht statt, und Ralphs politische Aktivitäten seien nicht die Kündigungsgründe gewesen, mußte sie auf das Bohren von Ralphs Anwalt schließlich zugeben, daß die Lufthansa von Verkehrsministerium Informationen über Neueingestellte bekommt. Diese Angaben können politische oder persönliche Einzelheiten enthalten. Auch über Ralph seien solche Informationen gekommen, darunter auch politische; für die Entscheidung, ihn zu entlassen, seien diese jedoch nicht relevant gewesen. Der Lufthansa-Anwalt „konnte" jedoch nicht sagen, welche Informationen das gewesen seien. Und der Leiter der Abteilung Äußere Sicherheit der Lufthansa, Kanther („Äußere Sicherheit" versucht die Lufthansa vor allem zu schützen, was von außen auf die Flugzeuge einwirkt; „Innere" vor dem Übel, das von innen kommt: so ist das aufgeteilt) – dieser Mann war zwar der Ladung des Gerichts gefolgt, mochte aber aus tiefen Empfindungen seiner Verpflichtung gegenüber der Bundesregierung heraus nichts aussagen. D[illegible] Gericht war anderer Meinung: Als Lufthansa-Beschäftigter s[illegible] Kanther kein Öffentlicher Amtsträger, sondern Mitglied einer privaten Firma und habe kein Zeugnisverweigerungsrecht. Dazu gebe es bereits ein Urteil eines Hamburger Gerichts. Nachdem aber der Lufthansa-Anwalt die Existenz der politischen Informationen bereits zugegeben habe, brauche man gar keine Zeugenaussage des Sicherheits-Mannes mehr. Die Lufthansa müsse die politischen Informationen im Detail darlegen und beweisen, daß sie nicht zur Kündigung geführt hätten. Andernfalls müsse sich das Gericht eben ohne diese Aussagen ein Bild machen.

Die Gerichtsentscheidung: die Kündigung Ralph Horns ist nach § 102 Betriebsverfassungsgesetz unwirksam, weil mindestens zweifelhaft ist, ob dem Betriebsrat die Motivation der Kündigung wahrheitsgemäß mitgeteilt wurde. Man könne der Lufthansa ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis angesichts der jüngsten Vorgänge zwar nicht abstreiten. Es sei aber denkbar, daß gerade im Zusammenhang mit diesem Sicherheitsbedürfnis die politische Betätigung der wahre Anlaß für die Kündigung war. Die Lufthansa als Großunternehmen betreibe gewiß keine so dilettantische Personalplanung, daß sie erst nach zwei Monaten erkannte, daß der Arbeitsplatz Ralphs eine ganz andere Qualifikation erforderte.

Dieser Vorgang hat wohl zum ersten Mal die politische Überprüfung und Entlassung von Arbeitern in einem privaten Unternehmen gerichtsöffentlich gemacht. Ein Leugnen hätte der Lufthansa wenig genutzt, seit ein [illegible]erk über eine Besprechung bekanntgeworden ist, der s[illegible]uf Meldungen von Neueinstellungen an den Verfassungsschutz bezieht. Teilgenommen hatten Lufthansa-Vertreter, unter anderem der erwähnte Kanther von der „Äußeren Sicherheit", und Mitglieder des Konzern-Betriebsrats aus Köln. Danach werden alle neueingestellten Mitarbeiter von der Lufthansa-Abteilung CJ 3 an das Verkehrsministerium gemeldet. Von dort geht die Meldung ans Innenministerium und an den Verfassungsschutz weiter, und auf demselben Weg kommen die dort vorliegenden Informationen an die Lufthansa zurück. Jede Information, z.B. auch „Schläger", „Spieler" und Angaben aus der Bundeswehrzeit, bleibt bei der Lufthansa registriert; die Zettel werden angeblich nach einem Jahr vernichtet. „Positive" Meldungen kämen über das Verkehrsministerium in 2 bis 3 von 100 Fällen. Über diese würden dem Personaldienst Mitteilung gemacht, und dieser entscheide dann gemeinsam mit dem Dienststellenleiter, ob der Betreffende übernommen oder (während der Probezeit) entlassen wird. Die Rechtsgrundlage für dieses Verfahren sei eine Verordnung ungefähr aus dem Jahr 1958, die allerdings nicht vorlag, sondern zur Zeit aus dem Verkehrsministerium „beschafft" wird. Das Meldungsformular der Lufthansa entspreche im übrigen „vermutlich" dem der staatlichen Behörden. Unter anderem sind darauf die Wohnanschriften der letzten zehn Jahre (bei Leuten aus der „Zone": Anschriften seit 1945) anzugeben.

Die Lufthansa wird möglicherweise, als honorige Firma, Ralph Horn wieder Düsenflugzeugen die Angst vorm Fliegen nehmen lassen. Das wird man sehen, wenn das Urteil ausgefertigt ist. Doch ein großer Erfolg könnte der Prozeß sein, wenn er sich als Bruchlandung für schwarze Listen und Verfassungsschutz-Kündigungen in Hamburg und anderswo erweist. Was zu hoffen ist.

Wie sie selbst aber derartige Bruchlandungen vermeiden und und sich weiterhin der Dienste des Verfassungsschutzes für die Führung schwarzer Listen versichern kann, überlegt offenbar zur Zeit die Lufthansa. Wie ihr Anwalt auf dem Prozeß beklagte, muß die Lufthansa möglicherweise ihre gesamte Einstellungspraxis grundlegend ändern. Ihr Problem ist: sobald einer eingestellt ist, muß dem Betriebsrat bei einer Kündigung die wirkliche Kündigungsmotivation mitgeteilt werden – das gilt auch für die Kündigungen in der Probezeit! Wenn die Lufthansa diese wirkliche Motivation dem Betriebsrat nicht mitteilen will und ihr keine plausiblen anderen Gründe einfallen, landet sie leicht auf dem Bauch. Häuft sich das, bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Überprüfung durch den Verfassungsschutz vor der Einstellung vorzunehmen. Damit entzöge sie sich der Kontrolle durch Betriebsrat und Arbeitsgericht. Dieser Vorteil müßte allerdings damit bezahlt werden, daß sich die Einstellung um die Zeit verzögert, die die Behörden für die Überprüfung brauchen. Das sind zur Zeit vier bis acht Wochen.

Näheres: Rechtsanwalt Uwe Maeffert, Neuenfelder Str. 4, 2102 Hamburg, Tel. (040) 753 5013/14

KÜNDIGUNG FÜR STREIKENDEN SOZIALARBEITER

FRANKFURT
9. Februar

Zum Sozialarbeiterstreik und den Jugendlichenaktionen um Jugendhaus, Spielstube und Planstellenbesetzung am Frankfurter Berg gibt es folgende Neuigkeiten:
Am Freitag, dem 3. Februar 1978 wurde im Magistrat die allerletzte Voraussetzung zum lang geplanten (und lang verzögerten) Jugendhausbau geschaffen. Der Magistrat entschied, daß das Jugendhaus nach der Fertigstellung von der Stadt auf lange Zeit angemietet wird (siehe ID 213/214). Am gleichen Tag wurde dem hauptamtlichen Sozialarbeiter Helmut Schönber-

ger durch den zukünftigen Träger des Jugendhauses, den Internationalen Bund für Sozialarbeit, gekündigt. Die Begründung der Kündigung: Verweigerung der Arbeit.

Zwar ist das formal möglich und kam eigentlich auch nicht unerwartet. Seltsam ist aber der Zeitpunkt: nach drei Wochen Streik und der Erfüllung der zentralen Streikforderung durch den Magistrat. Vom Sozialarbeiterteam wurde des öfteren öffentlich erklärt, daß sich der Streik nicht primär gegen den Arbeitgeber richtet, sondern gegen die Verschleppung des Jugendhausbaus und einer Spielstube. Der Frankfurter Bürgermeister und Sozialdezernent Berg hat wiederholt öffentlich erklärt, er werde sich um Vermittlung zwischen dem gekündigten Sozialarbeiter und dessen Arbeitgeber bemühen, „... um das Klima nicht zu verschärfen". Der evangelische Regionalverband, zusammen mit dem Internationalen Bund für Sozialarbeit Träger der Arbeitsgemeinschaft am Frankfurter Berg, betonte noch am 1. Februar auf einer Bürgerversammlung: „An arbeitsrechtliche Konsequenzen wird nicht gedacht". Inhaltlich stimmten die Träger der Arbeitsgemeinschaft dem Streik der Sozialarbeiter zwar zu, aber die Form machte ihnen zu schaffen: „So geht's nicht".

Bei den Sozialarbeitern sieht es derzeit so aus: „Obwohl nach dem besonders starken Engagement der Vor- und Streikzeit und der relativ großen Öffentlichkeit, die für die Mißstände am Berg und die Forderungen erreicht wurde, die Kündigung für Sozialarbeiter und die Jugendlichen ziemlich enttäuschend waren, und die Jugendlichen relativ wenig Initiative für die Wiedereinstellung des Sozialarbeiters entfaltet haben, würden die Sozialarbeiter in der gleichen Situation wohl wieder so handeln. Denn zieht man eine Art Bilanz, so ist es wohl trotz unterschiedlich starker persönlicher Betroffenheit durch Kündigung immer noch besser, sich mit, wenn auch begrenzten Mitteln gegen die Verhältnisse zu wehren, als sie nur zu verwalten und langfristig gegen sich selbst zu wenden. Genau das wäre aber meines Erachtens die Alternative zum Streik am Frankfurter Berg gewesen. Moralische Forderungen an Jugendliche, wie: „Na, tut doch mal was für euer Jugendhaus!" waren lange auf taube Ohren gestoßen; solange die Sozialarbeiter für ihre eigenen Interessen, nämlich Arbeitsbedingungen und ausreichend Stellen zu schaffen, nicht bereit gewesen waren, selbst was zu riskieren."

WO SICHERT KERNENERGIE EIGENTLICH ARBEITSPLÄTZE ?

HAMBURG 10. Januar In der AKW-Nein-Resolution der Fachgruppen „Großhandel" und „Wirtschaftsdienste" der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hamburg (der Text fehlte aus Versehen im letzten ID) heißt es:

„Es wird behauptet, Wiedererlangung der Vollbeschäftigung, Sicherung und Humanisierung der Arbeitsplätze wären bedingt durch Energie in ausreichendem Umfang zu akzeptablen Kosten, und hierzu wäre Kernenergie unabdingbar notwenidg.

Tatsächlich dient die vermehrte Energie unter kapitalistischen Produktionsbedingungen dem Einsatz von mehr und schnelleren Maschinen, was eine Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinenkraft bedeutet. Selbstverständlich sind Arbeiter und Angestellte nicht gegen bessere Maschinen, aber sie sind gegen Rationalisierung um jeden Preis – nämlich um den Preis des Abbaues von Arbeitsplätzen.

Es wird behauptet, Kernenergie sei zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit notwendig und diese sichere wiederum die Arbeitsplätze.

Tatsächlich bewirkt der ‚internationale Wettbewerb' über die Rationalisierung und damit Entlassung von Arbeitern und Angestellten eine Konkurrenz innerhalb der internationalen Arbeiterklasse, das heißt, jedes betroffene Land wird versuchen, den ‚Kostenfaktor Arbeit' zu verringern. Ein Wettbewerbsvorteil der BRD bedeutet, daß die Arbeiter in einem anderen Land ihre Arbeitsplätze verlieren, bzw. Lohnsenkungen hinnehmen müssen.
Die Konkurrenz ist eine Konkurrenz des Kapitals und keine Konkurrenz Land gegen Land – Arbeiter gegen Arbeiter. Die Spaltung verläuft vielmehr zwischen Arbeit und Kapital. Demnach ist die Wettbewerbsfähigkeit kein Problem der Gewerkschaften, sondern ein Problem des Kapitals...

Wir fordern, daß die DGB-Gewerkschaften sich eindeutig gegen das Energieprogramm und den Bau von Kernkraftwerken wenden, weil es uns Arbeitern und Angestellten nur schadet. Es zerstört die Umwelt, zerstört Arbeitsplätze und soll obendrein noch von uns bezahlt werden. 187 Milliarden DM soll es bis 1985 kosten. Das ist unser Geld.

Wir fordern den DGB-Bundesvorstand ebenso auf, dem sich auch in der Auseinandersetzung um den Einsatz von Kernenergie zeigenden Abbau demokratischer Rechte und Gesinnungsschnüffelei in der BRD (‚Fall Traube') entschieden entgegenzutreten."



NORDSEEKÜSTE DURCH RADIOAKTIVE STOFFE AUS LA HAGUE UND WINDSCALE VERSEUCHT

HUSUM Januar 1978 Nach Berichten der Zeitungen „Flensborg Avis" und „Husumer Nachrichten" wurden entlang der gesamten Nordseeküste radioaktive Stoffe, besonders Cäsium 137, festgestellt, die aus den Wiederaufbereitungsanlagen von Windscale und besonders der von La Hague stammen. Nach Untersuchungen des Deutschen Hydrographischen Instituts in Hamburg sind diese „beträchtlichen" Mengen von Atommüll durch Strömungen in der Nordsee transportiert und angeschwemmt worden.

Diese Untersuchungsergebnisse sind quasi ein Nebenprodukt der Meeresforschung, die sich mit den Strömungen der Nordsee seit Jahren beschäftigte. Als im Februar 1971 aus der Atommüll-Verwertungsanlage La Hague an der französischen Kanalküste bei Cherbourg infolge eines Betriebsunfalles größere Mengen radioaktiver Stoffe in den Kanal, der Frankreich von Großbritannien trennt, gelangten, ließ sich dabei das Isotop Cäsium 137, sozusagen zur „Markierung" des Meerwassers benutzen. Mit Hilfe hochempfindlicher Geräte konnten die Meeresforscher den Weg dieser radioaktiven Produkte aus der atomaren „Abdeckerei" La Hague bis in die Deutsche Bucht weiterverfolgen.

Aber nicht allein aus La Hague kommt der radioaktive Müll an der Nordseeküste: die Briten schwemmen „regelmäßig und mit erheblicher Unbekümmertheit" (Husumer Nachrichten) aus ihren Wiederaufbereitungsanlagen Windscale (an der irischen See) und Dounreay (an der Nordspitze Schottlands) ebenfalls

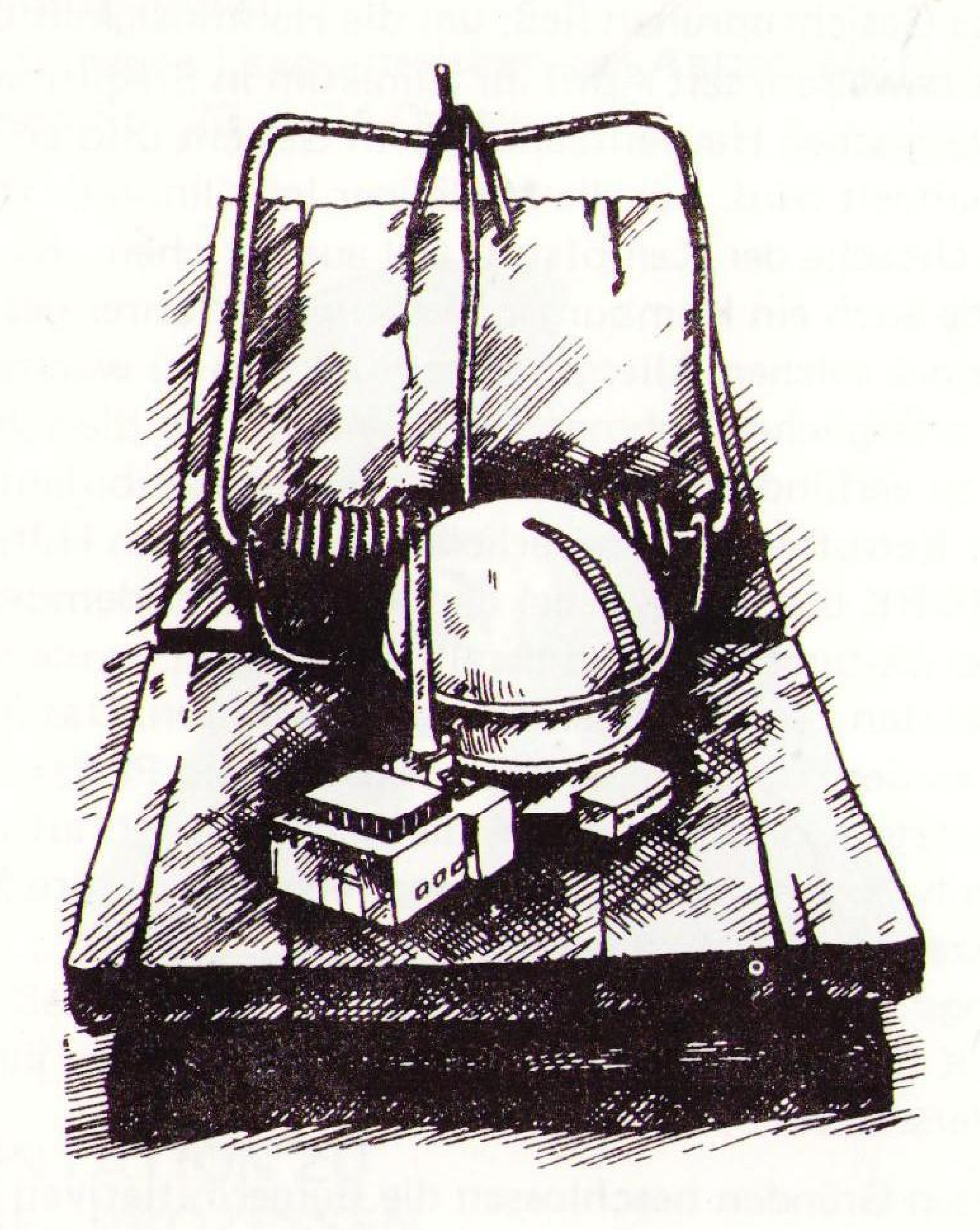
„nennenswerte" (Husumer Nachrichten) Mengen radioaktiven Materials ins Meer. Auch dieser Atommüll trifft auf den Nordseeküstenbereich von Schleswig-Holstein bis Jütland.

Nun transportieren diese Meeresströmungen nicht bloß hochgiftige radioaktive Substanzen, sondern auch Unmengen zum Teil ebenfalls giftiger Abwässer, die aus den an ihren Mündungen eher Kloaken ähnelnden europäischen Flüssen (Maas/Schelde, Rhein, Weser und Elbe) in die Nordsee strömen, an den Nordseeküsten entlang.

Für die „Husumer Nachrichten" ist es ein „Treppenwitz des Umweltschutzes", daß auf diesem Wege „ein Großteil des hochradioaktiven Abfalls deutscher Atomanlagen gerade in die genannten Aufbereitungsanlagen nach Frankreich und Großbritannien geht und möglicherweise über die geschilderten Vorgänge übers Meer wieder zurücktransportiert wird".

Strahlenschutzexperten stellen beruhigend fest, daß jene in der Nordsee heute festgestellte Radioaktivität weit unter der Alarmgrenze liegt, die von Atomwissenschaftlern warnend genannt wird. Was passiert aber nach einem g r ö ß e r e n Unfall in einer der Wiederaufbereitungsanlagen? Die Meereskundler haben berechnet, daß es beispielsweise im Falle eines nuklearen Unglücks in La Hague mit einer Verzögerung von eineinhalb Jahren zu einer radioaktiven Aufheizung der Küstengewässer von Nordfriesland kommt.

Aber nicht nur der Atommüll aus den europäischen Wiederaufbereitungsanlagen verseucht Meer und Küsten. Wegen der Meeresströmungen ist besonders auch interessant, was sich im Nordatlantik abspielt. Etwa 900 km vor der britischen Küste beginnt ein internationales Atommüllager, wo unter anderem die Schweiz, Belgien, die Niederlande und vor allem Großbritannien und die USA seit etwa 1949 regelmäßig ihren Atommüll (auch Plutonium!) in etwa 4.500 m Tiefe versenken. Die USA haben allein im Atlantik rund 70.000 Fässer mit – meist niedrigaktivem – Atomabfall versenkt, die Briten geben rund 7.000 t an.



Die US-Umweltbehörde hat bereits 1976 festgestellt, daß der Atommüll nicht umweltsicher verpackt ist und insbesondere im Atlantik das bereits genannte Cäsium 137 abgibt. Die britische nationale Strahlenschutzbehörde geht sogar davon aus, daß der Stahlmantel der Fässer unter dem Einfluß des aggressiven Seewassers zerfällt und radioaktive Stoffe ins Wasser entweichen.

In einem Informationsflugblatt der „Husumer Bürgerinitiative gegen AKW" zu diesen Vorgängen und der besonderen Gefährlichkeit des Cäsium 137 heißt es:

„ ... Was ist Caesium 137, das uns direkt vor die Haustür gespült wird?

Caesium 137 ist eines der radioaktiven Spaltprodukte, die bei der Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben in großen Mengen anfallen. Es hat eine Halbwertzeit von 33 Jahren, d. h. die Hälfte der Radioaktivität ist nach 33 Jahren abgebaut. Caesium 137 hat eine große Strahlungskraft. Es ist eines der Elemente, die in alle Zellen des menschlichen Körpers eindringen können. Der empfohlene Höchstwert für die Bevölkerung ist laut der 'International Commission of radiological Protection' nur 0,3 Millionstel Curie.

Wenn demnach nur eines von 100 Millionen Teilchen entweichen würde, so wäre diese Menge ausreichend, um 300 Millionen Menschen dem Höchstwert auszusetzen (nach H. Strohm, „Friedlich in die Katastrophe", S. 133/134). „Es ist bekannt geworden, daß im Jahre 1975 rund 1.000 Curie Caesium 134 und 137 aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague ins Meer gelangten." (Stern Nr. 47)

Caesium 137 gelangt so durch das Wasser, aber auch durch die Atmosphäre in Pflanzen und Tiere und so über die Nahrungskette in den Menschen und reichert sich dort an, d. h. die Radioaktivität 'vervielfältigt' sich. So reichert es sich in Fischen 30mal und in Algen und Muscheltieren 10mal an („Friedlich in die Katastrophe", S. 143). Die Anreicherung von Caesium 137 im Menschen ist 2- bis 4mal höher als in seiner Nahrung (ebenda, S. 133).

Diese radioaktiven Stoffe führen zu schweren körperlichen Schädigungen, insbesondere zu schweren Erbschäden. Sie haben bereits schwere Schäden in der Natur angerichtet. So berichtet der Stern (Nr. 47) über die Wiederaufbereitungsanlage La Hague: „Die Fischer erzählen von warzenartigen Flecken, die sich auf der Haut von Barschen, Butten und Neunaugen gebildet haben. Das Fleisch einiger Fische, so wird geflüstert, habe sich verfärbt und man habe sogar in den Netzen kleine Seemonster mit mehreren Köpfen und Schwänzen gefunden. Solche Gerüchte sprechen sich schnell herum. Die früher berühmten Krabben von La Hague will niemand mehr kaufen. Die Markenbutter „Beurre de La Hague" mußte in „Beurre du Val de Saire" umgetauft werden, weil sich viele Leute nicht mehr trauten, sie aufs Brot zu streichen."

Da zu befürchten ist, daß durch die an der Nordseeküste festgestellten radioaktiven Substanzen wie Caesium 137eine große gesundheitliche Gefahr besonders für die nordfriesische Bevölkerung und die Fischerei besteht,

FORDERN WIR VON UNSEREN KOMMUNAL-POLITIKERN:

die SOFORTIGE UNTERSUCHUNG der festgestellten radioaktiven Stoffe und der dadurch entstandenen Schäden DURCH UNABHÄNGIGE (von den nordfriesischen Bürgerinitiativen mitbenannten) WISSENSCHAFTLER UND GUTACHTER, sowie die VERÖFFENTLICHUNG DER GESAMTEN FORSCHUNGSERGEBNISSE!"

Kontakt:
Klaus Lorenzen, Herzog-Adolf-Straße 25, 2250 Husum

AKW–GEGNER GEGEN DIE CHEMISCHE KEULE

HAMBURG 31. Januar *Die Sanitätergruppe der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) hat Strafanzeige gegen zwei Innenminister (Schleswig-Holstein, Niedersachsen) gegen die Einsatzleiter der Polizei während der Brokdorf-Demonstration und gegen einzelne Polizeibeamte erstattet. In der Anzeige heißt es u.a.:*

"...chemische Kampfmittel sind in bisher nicht bekanntem Ausmaß zur Anwendung gekommen. Insbesondere der Kampfstoff CN (Chloracetophenon) wurde in Form der sog. "Chemischen Keule", als Zusatz zum Wasser der Wasserwerfer und in Granatenform von Hubschraubern und den Bauplätzen aus gegen Menschenmengen eingesetzt. Diese Kampfmittel stellen besonders gefährliche Polizeiwaffen dar und sind durch die Genfer Konvention international verboten.
Die Unterzeichnenden wenden sich gegen die Anwendung von als Kriegswaffen geächteten Giftgasen und chemischen Waffen, wie dies am 30.10. und 13.11.76 in Brokdorf und am 19.3.77 in Grohnde geschehen ist.
Sie erstatten deswegen Strafanzeige (...) wegen Verleitung von Untergebenen zu Straftaten § 357 StGB Nötigung § 240 StGB, gefährliche Körperverletzung § 223 a StGB und Körperverletzung im Amt § 340 StGB."

Diese Anzeige wurde der Staatsanwaltschaft Itzehoe während eines Prozesses übergeben, der gegen einen AKW-Gegner geführt wurde. Er war u.a. wegen unerlaubtem Waffenbesitz angeklagt. Die Waffe, die er unerlaubt besaß, war eine kleine Spraydose zum Schutz gegen Hunde. Die während der Demonstration von der Polizei eingesetzten Tränengasbomben enthielten den gleichen Wirkstoff wie in der Hundespraydose, allerdings in weit höherer Konzentration. Die Strafanzeige ist bisher durch eineige tausend Unterschriften unterstützt worden. Die Anklage wegen unerlaubten Waffenbesitz wurde fallengelassen. Verurteilt wurde der AKW-Gegner zu sieben Tagessätzen a 40,-- wegen Hausfriedensbruch.



Sanitätergruppe der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, c/o Ökologieladen, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel. 040/40 27 82

In einem Flugblatt der Sanitätergruppe der BUU heißt es zur chemischen Keule u.a.:

"Das Chloracetphenon (CN) der chemischen Keule hat außer der Tränenerzeugung noch viele andere giftige Wirkungen. Der Begriff Augenreizstoff ist eine glatte Irreführung. In stärkerer Dosierung schädigt CN die Haut, die gesamten Atemwege einschließlich der Lunge und hat wissenschaftlich nachgewiesene Langzeitwirkungen, deren schlimmste wohl Krebs ist.

- Augenverletzungen: Schon bei geringer Dosis führt CN zu starken Schmerzen, Tränenfluß und Bindehautentzündung. Bei stärkerer Dosis kann CN Dauerschäden hinterlassen, wie Verätzungen mit Narbenbildung, Hornhauttrübungen, dauernde Sehstörungen, Erblindung oder sogar operative Entfernung des Augapfels notwendig machen.
- Hautverletzungen: Sehr geringe Mengen CN können zu Hautentzündungen und Allergien führen. Stärkere Dosen rufen Verbrennungen 1. u. 2. Grades hervor.
- Schädigungen der Atemwege: Wenn CN in den Mund und/oder in die Atemwege eindringt, ruft es Schleimhautreizungen, Hustenkrämpfe, Würgereiz, Atemnot sowie Angstzustände (Erstickungsangst) hervor. Bei höherer Konzentration können lebensgefährliche Lungenödeme eintreten. (Die Lunge füllt sich mit Flüssigkeit, der Körper kann nicht mehr mit Sauerstoff versorgt werden. Ohne sofortige Hilfe und ärztliche Versorgung tritt ein qualvoller Tod durch Ersticken und Herzversagen ein).
- Langzeitwirkungen: Die gravierendste ist die Krebserzeugung. Schon 1953 entdeckte das Krebsforschungsinstitut der Londoner Universität bei Tierversuchen, daß CN hervorruft. Diese Ergebnisse sind inzwischen mehrfach bestätigt worden.

(...)

Im April 1977 wurde bekannt, daß der Polizist Harry Bergau, der sich am 18.10.76 bei der offiziellen Vorstellung der CN-Waffe im Westberliner Polizeipräsidium freiwillig mit der chem. Keule ins Gesicht sprühen ließ, um die Harmlosigkeit des Giftgases zu beweisen, seit April im Klinikum in Steglitz wegen einer allergischen Hautentzündung im Gesicht und an den Händen behandelt wird. Für die Mediziner im Klinikum steht fest, daß die Ursache der Kampfstoff CN aus der chem. Keule ist.
So wurde auch ein Hamburger Wasserwerferfahrer gezwungen, wegen einer solchen Allergie seine Funktion zu wechseln.
Um die erträglichen Schmerzen zu lindern und die schlimmen Folgen zu verhindern, ist eine unverzügliche ambulante Behandlung der Betroffenen erforderlich. Die offiziellen Hilfsorganisationen (DRK usw.) waren bei den letzten Großdemonstrationen von ihrer Leitung her nicht bereit, eine ausreichende Versorgung der verletzten Demonstranten zu gewährleisten. Das liegt nicht zuletzt an der Zusammenarbeit von DRK und Polizei. So müssen verletzte Atomkraftgegner, die sich in die Obhut des DRK begeben haben, mit Strafverfolgung rechnen, da ihre Namen der Polizei preisgegeben werden.
Allerdings konnten wir immer wieder feststellen, daß die einzelnen DRK Sanitäter sich gegen solche Anweisungen ihrer Führungen widersetzten.

Aus diesen Gründen beschlossen die Bürgerinitiativen eigene Sanitätergruppen zu bilden, deren Mitglieder jedoch einer besonderen Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt sind. Es ist uns verboten, das rote Kreuz als international bekanntes Zeichen für erste Hilfe zu führen. Vom DRK wurde uns diesbezüglich Strafverfolgung angedroht! Immer wieder wird behauptet, unsere Sanibusse dienten als Waffentransporter. Als Schlagwaffen wurden die Tragestangen unserer Krankenwagen bezeichnet. Flaschen für Infusionen wurden zu Molotow-Cocktails. Ebenso wurden Wasserflaschen für Augenspülungen zu gefährlichen Brandflaschen. Desinfektionsspray ist so sehr eine Waffe, wie Mullbinden zu Bombenzündern werden. Kopfschmerztabletten werden als Rauschgift beschlagnahmt. (...)"

DEMONSTRATION GEGEN URANANREICHERUNGSFABRIK IN ALMELO (NIEDERLANDE) AM 4. MÄRZ 1978

GRONAU
Februar 1978

In Almelo, nahe der deutsch-holländischen Grenze steht eine Urananreicherungsfabrik, die von holländischen, britischen und westdeutschen Unternehmen betrieben wird. Vor kurzem wurde die Vergrößerung dieser Fabrik beschlossen. Wegen ihrer Bedeutung für das euopäische Atomprogramm veranstalten holländische und deutsche AKW-Gegner am **4. März** *eine Demonstration gegen diese Fabrik.*

Auf deutscher Seite bereitet diese Demonstration die Bürgerinitiative Gronau vor (Gronau ist der fast sichere Standort einer deutschen Urananreicherungsanlage etwa 30 km von Almelo entfernt). In einem Aufruf der BI Gronau heißt es:

"Die BI Gronau hat sich dafür ausgesprochen, am 4. März alle Busse und PKWs, die zur Almelo Demo wollen, über Gronau fahren zu lassen. Wir organisieren einen Verkehrsausschuß mit den an der West-Münsterland-Konferenz beteiligten Gruppen. Dies wurde bisher von der Landeskonferenz NRW an die BIs und Arbeitskreise als Empfehlung weitergegeben.

Falls einige Leute nicht über die Grenze kommen, weil die Behörden die Einreise verweigern sollten, wird eine Alternativ-Aktion auf BRD-Gebiet vorbereitet. Wir betonen allerdings: Unser Ziel ist es, nach Almelo zu kommen, um die holländischen AKW-Gegner zu unterstützen. Wir arbeiten mit dem holländischen Grenzkomitee zusammen. Wir wollen nicht, daß einige sich den weiten WEg umsonst machen, um dann 30 km vor Ort um zukehren, ohne gezeigt zu haben: weshalb sie den weiten Weg zurückgelegt haben. Wir sollen einen gewissen Druck erzeugen, damit wir Almelo alle erreichen. Der Demonstrationszug wird vom Almeloer Markt zur Anreicherungsfabrik führen, wo auch die Schlußveranstaltung sein wird.

Weitere Informationen:
Gronauer BI gegen Uran-Anreicherungs-Anlage, c/o H. Doths, Aug.-Wibbelt-Str. 23, 4434 Ochtrup



DOKUMENTATION ZU GROHNDE–PROZESSEN

FRANKFURT
9. Februar

Der Ermittlungsausschuß Hannover hat eine Dokumentation über die Prozesse in Hannover und die Vorgeschichte um die Demonstration am 19.3. herausgebracht. Sie umfaßt 40 Seiten, kostet 2 DM, zu zahlen plus Porto auf *Konto der Stadtsparkasse 267 80127, G. Buchholz.*
Zu bestellen bei: *Atominfobüro, Kornstr. 28/30, 3 Hannover, Tel.: 0511 / 71 50 33.*

AUCH DIE ENGEL MISCHEN MIT

HANNOVER
1. Februar

Am 19. Januar besetzten ca. 70 Leute die Marktkirche in Hannover anläßlich der Grohnde-Prozesse. Die 'Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft' gab folgende Erklärung ab:

„Die evangelische Kirche ist öffentlich, weil Gottes Wort sich an alle richtet. Gottes Wort ist parteilich für alle Menschen, denen die Grundlagen des täglichen Lebens von anderen Menschen und auch Einrichtungen vorenthalten werden.
Die evangelische Kirche hat ein Wächter zu sein vor Gottes Zorn, der sich in Katastrophen menschlicher Fehlentscheidungen zeigt.





Wo immer ein Programm, wie die Energiegewinnung aus Atomspaltung nur dadurch erreicht werden kann, daß jetzt schon Menschen ums tägliche Brot gebracht werden – mehr Energie / weniger Arbeitsplätze
und die Gerechtigkeit vor Gericht zum Mittel wird und nicht mehr klar erkennbares Ziel ist ; damit ist die Beweisführung, Verhaftung und die Unsicherheit gemeint, ob die Verhafteten wirklich die Gesuchten sind, dann kann sich die Kirche nicht verschließen als Ort, an dem tägliches Brot und Gerechtigkeit die Grundlagen alles geschaffenen menschlichen Lebens als das gelten, was sie sind.

Wir fordern daher alle Christen auf, Kontakte mit den Betroffenen und den sie unterstützenden Gruppen zu suchen. Wir fordern die Kirchenbeamten, die Kontakte mit Regierung und staatlichen Stellen pflegen, auf, sich dafür einzusetzen, daß die Prozesse dem Wissen um Gerechtigkeit keinen Abbruch tun, die politische Auseinandersetzung nicht gerichtlich, sondern politisch geführt wird.
Alle Christen mit Kontakten zu Bürgerinitiativen sollen diese Kontakte verstärken.

Kontaktadresse: **Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft c/o Pastor Gellermann Bethlehemplatz 1, 3000 Hannover**





STUMME PROZESSBEOBACHTER ....

HANNOVER
8. Februar

Eine an den Grohnde-Prozessen Beteiligte hat uns einen Brief geschrieben, in dem sie ihre eigene Einschätzung kundtut:

„Als die Prozesse begannen, waren wir zuerst immer einige hundert Leute, die ihre Solidarität dadurch ausdrückten, daß sie im und vor dem Gerichtssaal waren. Wir konnten eine grössere Öffentlichkeit fordern; die Angeklagten emotional unterstützen; lustige Aktionen machen; die Öffentlichkeit im Saal austauschen, wenn geräumt wurde; unseren Forderungen nach Nachdruck verleihen und dokumentieren, daß nicht nur einzelne AKW-Gegner von der ‚freiheitlich-dämokratischen Unordnung' bedroht werden. Das ist nun alles langsam im Sande verlaufen.

Wir hatten anfangs die Möglichkeit mit vielen Bullen zu sprechen, die zum Großteil noch sehr jung sind. In vielen ruhigen Diskussionen konnten wir feststellen, daß die Jungbullen selbst in Widersprüchen stecken, daß sie viele Argumente von uns verstehen und oft verstummten nach unserem „...aber"; wenn wir immer wieder unsere Erfahrungen berichteten. Oftmals sah ich Betroffenheit und teilweise ein starkes Zögern bei Einsatzbefehlen.

Wir sind von Tag zu Tag weniger geworden, haben Mühe gehabt, den Saal überhaupt voll zu kriegen (da wirken Forderungen der Anwälte nach mehr Öffentlichkeit lächerlich, wenn leere Stuhlreihen gähnen). Mittlerweile werden wir so wenig ernst genommen, daß nur noch ca. 3 Bullen in normaler Uniform vor dem Landgericht stehen und gucken, daß wir ja den vorgeschriebenen Weg durch die Sperren nehmen. Für die Bullen und die Verfassungsschützer besteht so die Möglichkeit, die Übriggebliebenen als ‚harten Kern' herauszufiltern.

Die Leute, die sich bemühen und ständig dabei sind, werden langsam ausgezehrt — denn es sind oft diejenigen, die auch die Info- und Schreibarbeit machen. Es bleibt ihnen keine Zeit mehr für irgendwelche anderen, vielleicht persönlichen Angelegenheiten. Die Phantasie und die Kraft in bezug auf Aktionsformen schwindet immer mehr; wir werden zu reagierenden, trottenden, stummen Prozeßbeobachtern!

Es könnten ansich noch mehr Leute aus Hannover zu den Prozessen kommen, doch ihnen stehen persönliche Schwierigkeiten im Wege, wie z.B. Ekel und Angst vor der entwürdigenden Behandlung — wir gehen durch mehrere Sperren, werden ab abgetatscht, Gegenstände wie Schlüssel, Schriften etc. werden abgenommen, die Pässe werden abgelichtet und wir sind der Willkür der Sado-Bullen und der autoritären Richter ausgeliefert. Diese Gefühle könnten verringert werden, wenn z.B. Leute zusammen schlafen und morgens gemeinsam zum Prozeß gehen; und überhaupt mehr Leute um uns spüren. Wir alle können auch mehr Kraft spüren, wenn regelmäßig nach den Prozessen Besprechungen im gegenüberliegenden Raschplatzpavillon stattfinden.

Nun scheinen sich viele Leute aus dem gesamten Bundesgebiet darauf zu verlassen, daß die Hannoveraner die Sache schon schaukeln. Von den vielen tausend AKW-Gegner", müßte jeder einen Tag im Monat erscheinen können....

Das Ganze soll so verstanden werden, daß sich alle AKW-Gegner mehr Gedanken darüber machen, was diese Anklage eigentlich heißt: nicht nur die rationale Forderung „Keine Kriminalisierung der AKW-Gegner" sondern lange Haftstrafen für gute Freunde ... Daß Jerry nach 6 1/2 Monaten Haft endlich freigekommen ist, ist nur der größeren Öffentlichkeit zu verdanken, die das Oberlandesgericht Celle gezwungen hat, sich an die noch bestehenden Gesetze zu halten."

DER AKTUELLE STAND DER GROHNDE-PROZESSE

HANNOVER
7. Februar

Zweiter und dritter Prozeßtermin gegen Eso (Helmut Oldefest)

Nach der Verlesung der Anklageschrift ging der Rechtsanwalt noch einmal auf die Einschränkung der Öffentlichkeit und die Einstellung des Verfahrens ein. In der Gegenrede des Staatsanwalts wurde deutlich, daß er mit einer Verurteilung rechnet und sich somit, ohne auf die einzelnen Tatsachen bei der Ausführung des Einstellungsantrages einzugehen, gegen diesen Antrag ausgesprochen hat.

Der Anwalt stellte dann den Antrag auf ein Tonbandprotokoll, was jedoch vom Gericht und Staatsanwalt abgelehnt wurde. Die Verteidigung erhob daraufhin Beschwerde beim OLG, die Beschwerde ist inzwischen abgelehnt, so daß der Prozeß am 6.2. weiterging.



An diesem dritten Prozeßtag verlas Eso seine persönliche Erklärung, danach wurden „endlich" die Polizeizeugen vernommen: Die Polizisten haben nur partielle Aussagegenehmigung, was eine Fernsteuerung von außen (von der Polizeiführung) bedeutet. Die Kammer lehnte die Aufhebung dieser Beschränkung ab. Die sich ständig widersprechenden Aussagen eines Polizisten wurden von den Zuschauern mit Unmutsäußerungen beantwortet, was der Richter zum Anlaß nahm, den Saal räumen zu lassen.

Während der Verhandlungspause sah man auf dem Flur den Staatsanwalt mit dem nächsten Zeugen in einem sehr intensiven Gespräch. Dieses Gespräch wirkte sich bei der Vernehmung des Zeugen dahingehend aus, daß er sehr präzise die am Anfang gestellten Fragen beantwortete. Jedoch verwickelte er sich im weiteren Verlauf der Vernehmung auch in Widersprüche. Beide Zeugen wurden vorsichtshalber nicht vereidigt. Der 4. Verhandlungstag wurde auf den 9.2.1978 festgelegt.

Zweiter Termin gegen Jerry

Ein wichtiger Punkt an diesem Tag war der Antrag der Verteidigung Jerrys Haftbefehl auszusetzen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß Jerry's U-Haft nicht Bestandteil dieses Verfahrens sei. Außerdem ging es um die Sicherheitsbestimmungen der Grohnde Prozesse und ihre Rechtmäßigkeit.
Jerry ist inzwischen aus der U-Haft entlassen worden.

Vierter Verhandlungstag gegen Rüdiger

Erfreulich war zunächst einmal, daß der Zuschauerraum endlich mal wieder voll besetzt war.
Dem Anwalt gelingt es, sich gegen den Staatsanwalt durchzusetzen und den Prozeßeinstellungsantrag vorzutragen. Das Gericht lehnt diesen Antrag jedoch - erwartungsgemäß - ab, einzige Begründung: Eine Behinderung des Verfahrens besteht nicht (darauf hatte sich der Einstellungsantrag teilweise aufgebaut). Weiterhin wird der Antrag gestellt, den Haftbefehl gegen Rüdiger aufzuheben (bisher war er nur außer Vollzug gesetzt). Nach einem heftigen und chaotischen Streit zwischen Richter, Staatsanwalt und Verteidigung wird auch dieser Antrag abgelehnt. Der Richter scheint diesem Prozeß nicht mehr gewachsen zu sein, er verliert des öfteren den Durchblick und ist unsicher in der Prozeßführung.

Dritter Prozeßtag Andreas (31.1.78)

Zunächst geht es auch in diesem Prozeß um die außergewöhnlichen Sicherheitsbestimmungen, in der Sache wird auch ein weiterer Einstellungsantrag gestellt und ausführlich begründet. Auch dieser Antrag wird - ratet mal ... abgelehnt. Bei der Vernehmung der Zeugen geht es wieder darum, daß die Bullen nur beschränkte Aussagegenehmigung haben, was nach Ansicht des Gerichts jedoch nicht den Prozeß beeinträchtige.

Daraufhin begann die Beweisaufnahme. Als erster Zeuge wurde der angeblich von Andreas „verletzte" Polizist Laass vernommen. Es stellte sich heraus, daß seine „Verletzung" eine 2 bis 3 mm lange Schürfwunde im Ohr war. Erst am 22.3.77, also erst drei Tage nach der Demonstration ging Laass zum Arzt. Aus dem Attest des Dr. Möglich (hieß wirklich so) ging hervor, daß eine Beeinträchtigung des Ohrs nicht bestand. So kehrte Laass auch, nachdem er „sich ein bißchen ausgeruht hatte", wieder zu seiner Einheit zurück. Das ganze geschah an der Polizeisperre in Kirchohsen (etwa 1 km vom AKW-Gelände entfernt, die von den Demonstranten beiseite geräumt wurde.

Der zweite Zeuge war der Einsatzleiter Eggers, der behaupte-te, Andreas festgenommen zu haben. Bei Eggers' Vernehmugn

te, Andreas festgenommen zu haben. Bei Eggers' Vernehmung stellte sich heraus, daß noch ein anderer Polizist, Herr Pifo, behauptet, Andreas festgenommen zu haben. Herr Pifo berichtet in seiner Aussage, die Teil der Ermittlungsakte ist, von ganz anderen Umständen der Festnahme als Herr Eggers. Das Gericht beschloß auf Drängen des Rechtsanwalts, beim nächsten Termin die beiden, Eggers und Pifo, gemeinsam zu vernehmen.

ERKLÄRUNG ZUR PERSON: HELMUT OLDEFEST

Folgende persönliche Erklärung gab Eso (Helmut Oldefest), einer der 14 Angeklagten in den Grohnde-Prozessen, während der Verhandlung am 31. Januar ab:

30.1.78 Nach dem Scheitern meiner Lehre brach für mich eine Welt zusammen. In einem Alter von 4 Jahren wußte ich bereits was ich einmal werden wollte und nun war dieser seit den frühen Tagen meiner Kindheit gehütete Wunsch Bootsbauer zu werden, nach 2 1/2 Jahren Lehre geplatzt wie eine Seifenblase. Mein Selbstvertrauen hatte einen argen Knacks bekommen. Auch die Versuche, eine neue Lehre anzufangen, waren nicht vom Erfolg gekrönt. So fing ich als Hilfsarbeiter auf dem Bau an. Nur befriedigen tat mich das Ganze nicht. Nachdem sich auch der damalige Freundeskreis auflöste, wurde zunächst einmal König Alkohol mein Freund. Ich hatte aber bald raus, daß das auch nicht der wahre Jacob ist. Irgendwann traf ich dann an Leute, durch die ich an Preludin geriet. So konnte ich twar gut auf dem Bau Akkord arbeiten; hielt das aber nicht lange durch.

So ließ ich Arbeit Arbeit sein, und trampte durch Italien gen Griechenland. Unterwegs machte ich die Bekanntschaft von Shit und anderen Sachen. Später, in Kopenhagen geriet ich dann auch ans Fixen. Damit war mein Weg für die nächste Zeit vorgegeben. Insgesamt ca. 5 Jahre lang sollte dieser Irrtum dauern. Auch diese Zeit, insbesondere jene, die ich in der Ballermühle zugebracht habe, war nicht gerade geeignet, meine angeknackste Persönlichkeitsstruktur zu verbessern. Ganz im Gegenteil! Nach meiner Entlassung war ich kaputter als vorher. Erst als ein guter Bekannter mir die Möglichkeit gab bei Releas e mitzuarbeiten, fand ich einen Ausstieg. Immer mehr erkannte ich: ein Leben in der Stadt ist für mich gestorben. Auch mein Verhältnis zur Leistungsgesellschaft hat seit jenen Tagen einen mörderischen Knacks weg. Und so zog ich im Sommer 75 in den Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo ich abseits der großen Hektik ein zunächst ruhiges und beschauliches Leben führte. Ich war bereit mich mit der Gesellschaft auszusöhnen und wieder Fuß zu fassen.
Dann zogen die ersten Gewitterwolken am Himmel auf: Brokdorf füllte das Faß weiter und ich wurde Sympathisant der Anti-AKW-Bewegung, wenn auch zunächst ohne Hintergrundinformationen. Als dann wenige TAge nach Brokdorf Gorleben als Standort der WAA genannt wurde, war das der berühmte Tropfen, welcher da s Faß zum Überlaufen brachte. Ich war doch aufs Land gezogen um meinen Frieden mit dem System zu machen — jetzt holte mich die ganze Scheiße wieder ein. Ich ging mit fliegenden Fahnen ins Lager der AKW-Gegner über, da ich nicht mehr bereit war, mich von den Profitwölfen kaputtmachen zu lassen.
Wenn militant sein heißt, daß ich Möglichkeiten nutze, daß ich jeden möglichen SChritt tue und alle nur möglichen Aktionen, um ein für allemal die natürliche Lebensweise der Menschen wieder einzuführen, wenn das militant ist, dann bitte ich meinen Vater, die Sonne, und meine Mutter, die Erde, daß sie mir Leben und Kraft geben, um von allen der Militanteste zu werden!
Der Widerstand geht weiter und der Sieg ist unser!
eso

DEMONSTRATION GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DER ANTI–AKW–BEWEGUNG IN HANNOVER

GÖTTINGEN
5. Februar

Wie im letzten ID schon angekündigt, wird es am 25. Februar in Hannover eine Großdemonstration der AKW-Gegner geben. In einem Aufruf des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie heißt es dazu:

„Trotz des Widerstandes großer Teile der Bevölkerung gegen diese lebensbedrohende Technologie, versuchen Regierung, Parteien und Atomindustrie, ihr Atomprogramm nun endgültig durchzusetzen:

- SPD und FDP haben auf ihren Parteitagen grünes Licht für den weiteren Ausbau der Atomenergie gegeben;
- Eine beispiellose Kampagne in den Massenmedien, Schulen und Betrieben soll die berechtigten Bedenken vieler Menschen ausräumen. Lügen über eine angeblich bevorstehende Energielücke, über Massenarbeitslosigkeit durch Baustops an Atomkraftwerken, werden Tag für Tag verbreitet, vorwiegend auf Kosten der Steuerzahler. Vor allem die Angst vieler Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz wird von den Befürwortern schamlos ausgenutzt.
- Das aktive Einsetzen für die Lebensinteressen der Menschen

wird in die Nähe des Terrorismus gerückt, Bauplätze und Gerichtssäle werden zu Festungen ausgebaut.
In Hannover und Hameln sollen 14 wahllos herausgegriffene Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 zu hohen Gefängnisstrafeh verurteilt werden und dazu noch die Kosten des gesamten Polizeieinsatzes zahlen, auch die Bewohner der Anti-Atom-Dörfer in Grohnde und Brokdorf sollen die Bürgerkriegsmanöver der Polizei finanzieren. Die groteske Begründung für die Räumungen lautete: "Verstoß gegen das Landschaftsschutz-Gesetz".
In Hamburg ist es den Lehrern an den Schulen verboten, Plaketten mit der Aufschrift "Atomkraft – Nein danke" zu tragen, viele sind von Berufsverboten betroffen oder bedroht, weil sie sich öffentlich gegen das Atomprogramm ausgesprochen haben und sich aktiv für ihre Überzeugung einsetzen.

Mit all diesen Maßnahmen haben Regierung, Parteien und sogar Teile der Gewerkschaftsführung gezeigt, daß sie sich für die Profitinteressen einiger weniger einspannen lassen und die Bedenken der Bevölkerung mit Füßen treten.
Die Bürgerinitiativen fordern alle verantwortungsbewußten Bürger auf, sich mit uns zu solidarisieren und unseren Protest gegen den Versuch, das Atomprogramm nun endgültig durchzusetzen, auf der Demonstration in Hannover am 25. Februar um 11 Uhr 30 auszudrücken.
Diese Demonstration richtet sich zugleich gegen die in Hannover und Hameln stattfindenden "Grohnde–Prozesse".
Unabhängig davon, ob das konkrete Vorgehen am 19.3.77 in Grohnde für richtig gehalten wird oder nicht, erklären wir:
"Vor Gericht gehören diejenigen, die Atomanlagen bauen und damit die Gesundheit und das Leben vieler Menschen bedrohen, und nicht diejenigen, die den Bau zu verhindern suchen!"

Deshalb fordern wir:
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren !!
- sofortige Aufhebung der Haftbefehle gegen Grohnde-Demonstranten, Freilassung der bereits inhaftierten Atomkraftwerksgegner !!!
- keine Atomkraftwerke, Zwischenlager, Wiederaufbereitungs anlagen und Atommülldeponien !!!

Wir wollen keinen Atomstaat !!!"

Kontaktadresse und Unterschriftenlisten:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Burgstr. 46, 34 Göttingen, Tel.: 0551/54 077

AKW ESENSHAMM WEITER GESTOPPT
GERICHT GEGEN REGIERUNGSTRICKS

BREMEN
Februar 78

Dem „Bremer Blatt" entnehmen wir folgenden Artikel zum Prozeß gegen die Inbetriebnahme des AKW Esenshamm:

„Mit einem Trick sollte die niedersächsische Landesregierung versuchen, dem Konzern Preußen-Elektra doch noch zur schnellen Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Esenshamm zu verhelfen: Ein rechtskräftiges Urteil des Oldenburger Verwaltungsgerichtes, in dem den Kraftwerksbetreibern Auflagen gemacht werden, sollte mit Hilfe eines knappen Änderungsbescheides außer Kraft gesetzt werden. Motto: Wenn ein Gericht verbietet, einen öffentlichen Weg ausschließlich privat zu nutzen, dann stellen wir von der Regierung einfach andere Schilder auf, die die private Nutzung ermöglichen. Jetzt wurde der niedersächsischen Landesregierung der Änderungsbescheid durch Gerichtsbeschluß aus der Hand geschlagen.

Die Hauptprobleme in dem Änderungsbescheid lagen in der Aufwärmung des Weserwassers und in befürchteter Schädigung der Landwirtschaft in weiten Gebieten links der Weser, die aus dem Fluß bewässert werden. Das Oldenburger Verwaltungsgericht hob den Änderungsbescheid auf, und das heißt: **Esenshamm steht weiter still.** Da helfen auch keine Tricks aus Niedersachsens Hauptstadt.

Wesentlich an diesem Gerichsurteil ist auch die Feststellung in der mündlichen Begründung, daß die Anwohner-Interessen beim Esenshammer Kernkraftwerk zu wenig beachtet worden seien. Es hätten sowohl die Interessen des Preußen-Elektra-Konzerns als auch die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden müssen. Bemängelt wird durch das Gericht, daß der niedersächsische Sozialminister nur nach den Konzern-Interessen verfahren sei.

Die Bürgeraktion Küste stellt zu diesem Urteil fest: Das heutige Urteil ist ein Teilerfolg im Widerstand gegen die Pläne von Industrie, Regierungen und Gewerkschaftsführungen, Atomkraftwerke um jeden Preis durchzusetzen, kann aber keinesfalls Anlaß zu großem Optimismus sein. Die Bürgeraktion Küste mit ihren Klägern wird weiterhin mit allen ihr zu Verfügung stehenden gewaltfreien Mitteln dafür kämpfen, die Inbetriebnahme des AKW's Esenshamm zu verhindern."



KONGRESS ZU ANTI-AKW-WAHLBÜNDNIS IN NIEDERSACHSEN

HANNOVER
29.1.78

Die Wählergemeinschaft „Atomkraft-Nein Danke", die sich schon an den vergangenen Kreistagswahlen beteiligt hat, ruft alle Anti-AKW-Initiativen, aber auch Basisgruppen aus den Bereichen Jugendarbeit, Fraueninitiativen, Betrieb, Schule, Hochschule und Stadtteilarbeit, auf, sich an dem Kongreß über ein gemeinsames Wahlbündnis für die niedersächsischen Landtagswahlen zu beteiligen:

„Der Kongreß findet statt : am 25./26. Februar in Hannover, Pädagogische Hochschule, Bismarckstraße, Beginn: 14 Uhr

Geplanter Ablauf:
1. Einleitungsreferat der Wählergemeinschaft „Atomkraft - Nein Danke" (WGA) aus Hameln der

Nein Danke" (WGA) aus Hameln über ihre Erfahrungen im Wahlkampf und die Einschätzung der Probleme und Aufgaben der Anti-AKW-Bewegung.

2. Darstellung der teilnehmenden Anti-Atom-Parteien, Wählergemeinschaften, Initiativen, in je 10 bis 15minütigen Referaten, insbesondere zu folgenden Fragen: unter welchen Gesichtspunkten wird eine Kandidatur befürwortet oder abgelehnt? Unter welchen Gesichtspunkten wurden etwaige Plattformen aufgestellt? Mit welchen Schwerpunkten? Wie wird das Verhältnis von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen beurteilt?

Um einen vernünftigen Kongreßverlauf zu ermöglichen, sollen sich Sorecher aus den verschiedenen Initiativen rechtzeitig vor dem Kongreß bei der WGA anmelden.

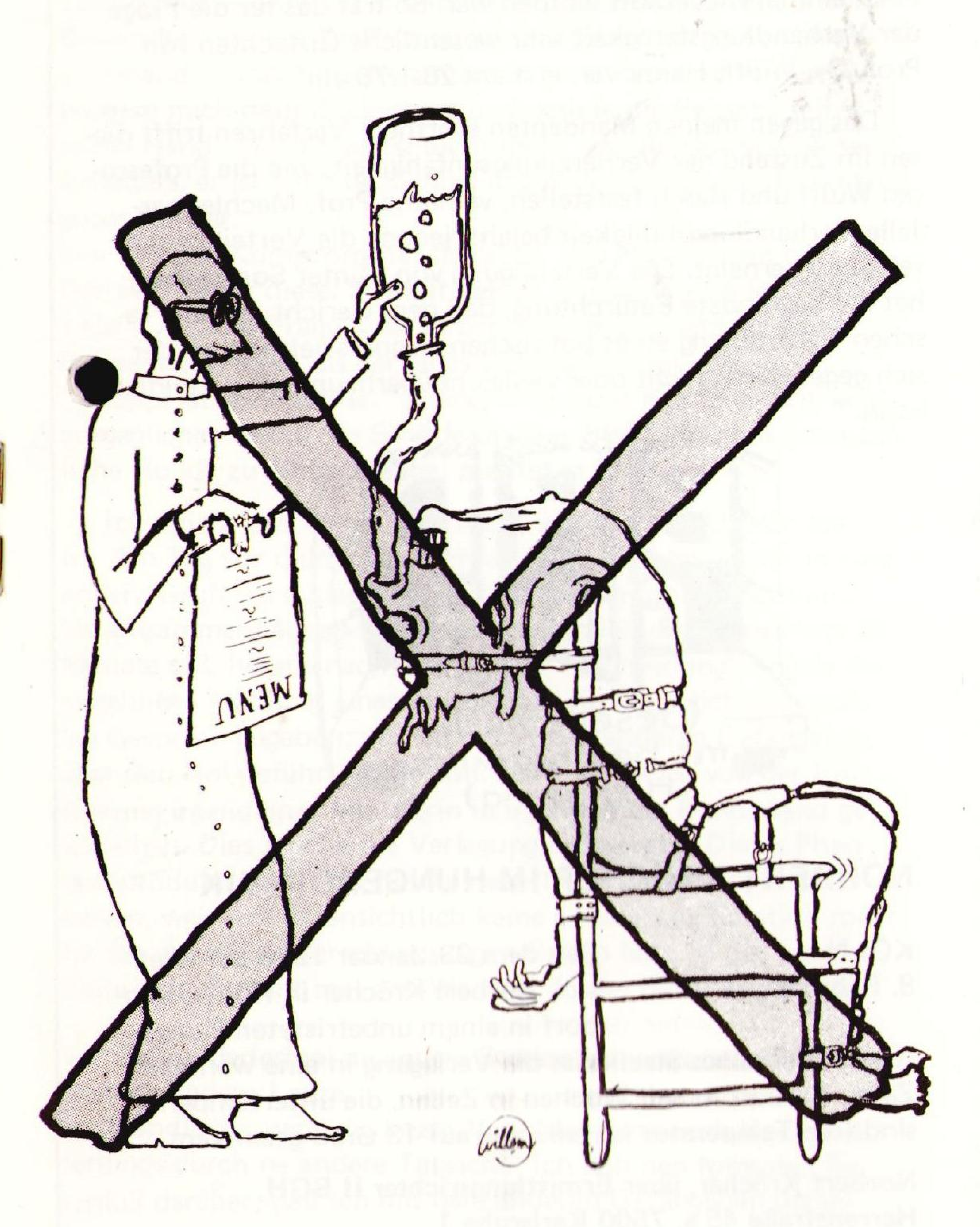
3. Offene Diskussion über die vorgelegten Referate und über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Kandidatur und Unterstützung des Wahlkampfes.

Wir gehen davon aus, daß die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) die uns gegenüber die Bereitschaft zur Diskussion bekundet hat, teilnehmen wird.

Es wird eine Kongreßmappe mit den unterschiedlichen Vorstellungen zur Wahl erstellt. Sie ist zu beziehen über das Büro des Glttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie, Göttingen, Burgstr. 46

des Gl

des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie, Göttingen, Burgstr. 46. Ein Exemplar kostet 1,50 DM; bei Abnahme von zehnen und mehr reduziert sich der Stückpreis auf 1 DM. Konto: 101022 75, Städt. Sparkasse Göttingen.
Anfragen und Anmeldungen zur Teilnahme am Kongreß an:
WGA-Büro, Papenstr. 2, 325 Hameln, Tel.: 05151 - 28425.



PSYCHIATRISCHE GEFANGENE FORDERN NORMALVOLLZUG

GÖTTINGEN
6. Februar

Am Samstagabend, dem 14.1.78 herrschte bei der Polizei in Göttingen und Umgebung Alarmbereitschaft und Hektik. Der Grund dafür war, daß acht Männer aus dem Verwahrhaus des Landeskrankenhauses (LKH), einer psychiatrischen Klinik, geflohen waren. Die acht hatten drei Pfleger überwältigt und einen schwer verletzt.

Dieser Vorfall machte es den Klinikchefs, der Polizei und ihrer Presse leicht, ein Geschrei über die "kaltblütig planenden und brutalen" Ausbrecher anzustimmen und von den brutalen Zuständen in der Klappsmühle abzulenken. Dabei hat sich das Göttinger LKH seinen schlechten Ruf redlich verdient: Was immer kritisches über Zustände in deutschen psychiatrischen Anstalten gesagt und geschrieben wurde, das trifft hier bestimmt zu. Und das Verwahrhaus ist das Loch, in das die Gefangenen gesteckt werden, die von Richter und gerichtlichem Gutachter den "Paragraphen" gekriegt haben, oder zur "Beobachtung" eingeliefert werden.

Schon im letzten Oktober hatten vier Gefangene des LKH mit einem kollektiven Selbstmordversuch gegen ihre Lage zu protestieren versucht: Sie hatten sich gegenseitig mit dem Deckel einer Konservendose die Pulsadern aufgeschnitten. Auch beim zweiten bundesweiten Hungerstreik der RAF und anderer Gefangener im letzten Jahr hatten sich drei Gefangene des LKH mit zusätzlichen Forderungen angeschlossen.

Aber der "Skandal" bei dem Ausbruch war nicht die totale Entrechtung und Entwürdigung der Menschen hinter diesen Mauern, sondern deren mangelnde Sicherheit. Der niedersächsische Sozialminister, H. Schnipkoweit, kam wieder mal aus Hannover angereist. Diesmal nicht mehr, um den Gefangenen Verbesserungen zu versprechen, wie er es schon öfter gemacht hatte, sondern um nach dem Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen zu sehen.

Die Tage der "Freiheit" für die Ausgebrochenen waren kurz: Die ersten liefen gleich am ersten Tag der Polizei in die Arme, die sie bei Verwandten schon erwartet hatten. Weitere vier wurden von der Polizei in Göttingens nächster Umgebung eingesammelt. Allein die letzten zwei stellten sich selbst, aber auf folgende Weise:
(Zitate aus "ASTA-Information", vom 19.1.78)

"Vorgestern abend haben sich die beiden letzten ausgebrochenen 'kriminellen Gewalttäter ', Nik Karpinsky (25) und Gerhard Mrohs (19) in den Schutz von 2.000 anderen kriminellen Gewalttätern begeben, die sich auf einer Universitätsvollversammlung anläßlich einer Propagandaveranstaltung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel für ein sauberes, rechtsstaatliches "Modell Deutschland" versammelt hatten. Sie haben sich auf die Uni-VV begeben, um sich dort öffentlich der Polizei zu stellen. Vielleicht, weil sie erfahren mußten, daß sie sich nach dem Ausbruch nicht auf "freiem Fuß" befanden, nicht hingehen konnte, wo sie vielleicht gerne hingegangen wären. Sie haben sich nach drei Tagen unter dem Druck einer nach "Terroristen-Vorbild" aufgezogenen Großfahndung gestellt (oder stellen müssen). Und ganz nach "Terroristen"--Vorbild haben das Göttinger Tageblatt, Presse, Funk und Fernsehen, sie als Monster, als kaltblütige Kriminelle, verrückte und behandlungsbedürftige Gewaltttäter hingestellt, vor denen jeder Angst haben muß und soll!"

Auf der Uni-VV nahmen die beiden die Gelegenheit wahr, sich und ihre Bedingungen im LKH s e l b e r darzustellen.

"Ihre erste Forderungen, die sie auf der VV vortrugen, war die nach einer Verlegung in den sog. normalen Vollzug, weg von den Tabletten und Spritzen, weg von der nicht vorhandenen medizinischen Betreuung durch Ärzte, die ihr Vertrauen besitzen.
... Es kommt selten vor (zu selten!), daß das Schweigen, welches die psychiatrischen Anstalten und Asyle umgibt, durchbrochen wird. Wir haben Grund, den Worten der Betroffenen Gehör zu verschaffen, Grund, uns ihren Forderungen zu stellen, Grund, mit ihnen dafür zu sorgen, daß endlich Schluß ist mit den menschenverachtenden und lebenszerstörenden Bedingungen in den Strafinstitutionen. Und Grund, dafür zu sorgen, daß diese Institutionen selbst verschwinden."

In diesem Sinne wird sich in den nächsten Tagen ein Komitee zusammensetzen. Der Rechtsanwalt Bernd Huesmann , Kassel, der schon dabei war, als sich die beiden der Polizei stellten, hat seine weitere Mitarbeit zugesagt.

ZUR SITUATION VON GÜNTER SONNENBERG

STUTTGART 6. Februar — *Günter Sonnenberg befindet sich in totaler Einzelisolation in der JVA Hohenasperg/ Stuttgart. Seit dem 27.1.78 lehnt er die Besuche von Angehörigen und Bekannten ab, weil seinen Besuchern durch eine Verfügung des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart folgende Auflagen gemacht werden:*

"...3a) Informationen über Aktivitäten der Terroristenscene oder der diese unterstützenden Gruppen dürfen nicht zum Inhalt der Gespräche gemacht werden. Im Falle der Zuwiderhandlung ist das Gespräch durch den Aufsichtsbeamten sofort abzubrechen.

3b) Körperlichen Kontakt zwischen dem Angeschuldigten und Besuchern sind - mit Ausnahme eines kurzen Händedruckes zu Beginn und Ende des Besuches - sind untersagt.

Begründung:

... Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Versorgung des Angeschuldigten mit Informationen aus dem genannten Bereich unter den Tatbestand des § 129 StGB fallen kann, wenn sie mit einer bestimmten Zielrichtung verbunden ist.

Dazu schreibt Rechtsanwalt Heinisch (1 Berlin 30, Magdeburger Platz 2)

"Damit steht jeder Besucher potentiell schon unter dem Druck eines Ermittlungsverfahrens, wenn er sich mit meinem Mandanten über außerhalb der Anstalt frei verfügbare Informationen aus Presse und Fernsehen unterhält. Der Aufsichtsbeamte soll dann gleichzeitig noch feststellen, mit welcher Zielrichtung die Weitergabe einer solchen Information verbunden ist.
Mein Mandant weigert sich, unter solchen Bedingungen Besuche zu empfangen, - dies, obwohl damit praktisch seine letzten sozialen Kontakte aufgehoben sind. ...
Dessen ungeachtet hat das Oberlandesgericht Stuttgart mit Verfügung vom 31.1.78 auch noch die Bedingungen der Verteidigung verschärft. Nach Anhörung der Bundesanwaltschaft, aber ohne Anhörung der Verteidigung wurde angeordnet, daß sämtliche Aktenblätter und persönliche Aufzeichnungen meines Mandanten mit amtlichem Stempel durchzunumerieren seien, um zu verhindern, daß dem Mandanten unkontrolliert Schriftstücke vom Verteidiger übergeben werden. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben:

"Gerade die jüngsten Erfahrungen in verschiedenen Vollzugsanstalten und die dabei getroffenen Feststellungen über den illegalen Schmuggel von gefährlichen Gegenständen, woran beteiligt gewesen zu sein auch ein als Verteidiger fungierender Rechtsanwalt verdächtigt ist, lassen die angeordnete Maßnahme als geboten erscheinen."

Die Verteidigung von Günter Sonnenberg verwahrt sich gegen derartige Verdächtigungen. Es ist bekannt, daß bei Verteidigerbesuchen Blatt für Blatt der Handakte des Verteidigers kontrolliert wird. Es ist ebenfalls bekannt, daß Durchsuchungsbeamte aus Stammheim der These des Generalbundesanwaltes widersprochen haben, derzufolge gefährliche Gegenstände in besonders präparierten Akten eingeschmuggelt worden sind. Es ist ferner bekannt, daß diese verdächtigten Kollegen mit Presseerklärung vom 16.1.78 diesen Vorwurf unzweideutig von sich gewiesen haben.

Das Gericht praktiziert mit seinen Entscheidungen, angefangen von der Kontrolle der elektrischen Rasur bishin zum Einbau eines Toilettenschlosses in der Zelle meines Mandanten, die totale Entindividualisierung meines Mandanten...."

In einer weiteren Presseerklärung vom 6.2.78 heißt es:

Das OLG Stuttgart hat den Beginn der Hauptverhandlung auf den 2. März 78 anberaumt und zugleich bis zum 26.4.78 terminiert (16 Prozeßtage).
Diese Terminanberaumung erfolgte, ohne daß dem Verteidiger des Vertrauens von Günter Sonnenberg Gelegenheit gegeben wurde, in Kenntnis des gesamten Akteninhalts Einwendungen gegen das Verfahren vorzutragen. So erhielt der Verteidiger erst am 3.2.78 6 Leitzordner mit Akten aus dem Zeitraum vom 20.6.77 bis Ende des Jahres 77, obwohl vollständige Akteneinsicht bereits am 8.11.77 beantragt worden und am 16.1.78 noch einmal wiederholt worden war. So traf das für die Frage der Verhandlungsfähigkeit sehr wesentliche Gutachten von Prof. Dr. Wulff, Hannover, erst am 26.1.78 ein.

Das gegen meinen Mandanten eröffnete Verfahren trifft diesen im Zustand der Verhandlungsunfähigkeit, wie die Professoren Wulff und Rasch feststellen, während Prof. Mechler partielle Verhandlungsfähigkeit bejaht, jedoch die Verteidigungsfähigkeit verneint. Die Verteidigung von Günter Sonnenberg hat die begründete Befürchtung, daß dem Gericht an einer raschen Verurteilung eines politischen Gegners gelegen ist, der sich gegenwärtig nicht oder vielleicht überhaupt nie verteidigen kann."



NORBERT KRÖCHER IM HUNGERSTREIK

KÖLN 8. Februar — Seit dem 23. Januar 1978 befindet sich Norbert Kröcher in Köln-Ossendorf in einem unbefristeten Hungerstreik. Ziel seines Streiks ist die Verlegung in eine wärmere Zelle. Norbert ist seit Wochen in Zellen, die untertemperiert sind (die Temperatur ist teilweise auf 13 Grad gesunken).

Norbert Kröcher, über Ermittlungsrichter II BGH, Herrenstraße 45 a, 7500 Karlsruhe 1

BRIEF VON EBERHARD DREHER

BERLIN
7. Februar

Eberhard Dreher (31) sitzt seit knapp zwei Jahren in U-Haft, ihm wird die Unterstützung einer "kriminellen Vereinigung" vorgeworfen.
Juristischer Leckerbissen: der "kriminellen Vereinigung" wurde bisher noch nicht der Prozeß gemacht.
E. Derhers Prozeß läuft schon seit dem 9.9.77 (jeden Dienstag und Donnerstag im Moabiter Kriminalgericht, Saal 7), aber es wird eigentlich weniger über ihn als vielmehr über die Bewegung 2. Juni verhandelt.
Vorverurteilung ohne Angeklagte, ohne Verteidigung.
Die Tatvorwürfe: E. D. habe ein mutmaßliches Mitglied, Andreas Vogel, der mutmaßlichen kriminellen Vereinigung in seinem Auto chauffiert, weiter: er wurde mit Andreas Vogel zusammen in einer Wohnung verhaftet.

E. Derhers Haftbedingungen: 7 Monate strenge Isolationshaft, 6 Monate allle 2 Stunden Nachtkontrollen, Einschalten des Deckenlichts, Zellenrazzien, häufige Verlegung.
Gesundheitlich geht es ihm deshalb auch nicht sehr gut. Zeitweilig starke Kreislaufbeschwerden, extreme Schlafstörungen, Ohrenschmerzen, Konzentrationsschwäche.

Sein Brief:

„An meiner Lage hat sich nichts verändert — ich sitze in diesem Loch auf dem Bett, Decken um mich, Papiere, Tabak, Zeitungen von heute: Ich habe aufgehört, mich im Knast einzurichten! Das ist das Neue. Ich empfinde es als einen qualitativen Bewußtseinssprung. Was hier an Materiellem in der Zelle ist, es interessiert mich nicht mehr. Ich bin stark genug geworden, daß ichs nicht mehr brauche. Das ist das Neue, und ich er-lebe es wohltuend und befreiend.
Zuckerbrot — ohnehin in minimalen Portionen verteilt und als Bestandteil meiner Bedürfnisstruktur bislang partiell noch bestimmend — und Peitsche schmecken mir nicht mehr! Ich verweigere mich dem Zuckerbrot und nehme die Peitsche selbst in die Hand. Der Knast ist nicht mehr nur die Universität des Arbeiters, er ist auch die Schule des Widerstandes — ich bin ein guter Schüler.
Die Zeit der Kompromisse ist vorbei. Das Hundeleben hört auf. Der sich Leiter dieser Anstalt nennt, wurde neulich im "Stern" zitiert. Auf die Frage, warum der Verpfegungssatz für einen Polizeihund höher als der eines Gefangenen sei, meinte er: "Chappi ist eben teurer." Keine Bange, das Kostendefizit wird ausgeglichen durch die Schärfe unseres Bisses. Er denkt menschliche Hunde zu füttern, dabei züchtet er Wölfe.

Ich sag dir mal etwas konkreter, was hier im Kleinen los ist. Am Tag vor deinem Besuch wurde ich schon wieder in eine andere Gruft verschleppt. Diesmal aus allen ohnehin minimalen Zusammenhängen in Haus 1, in dem ich die ganzen fast 22 Monate saß, heraus nach Haus 2. Als "Begründung" wurde die angebliche Meldung eines Bullen über ein angeblich belauschtes Gespräch gegeben, das ich mit einem anderen Gefangenen über den Hof geführt haben soll. Darin hätte ich von der Entführung irgendeiner Ministerin in irgendeinem Bundesland gesprochen. Dies mache die Verlegung notwendig. Dieses Phantasieprodukt muß jetzt für die neuerliche Verschleppung herhalten, weil sich offensichtlich keine andere Legitimation mehr für die ständigen Verschleppungen finden läßt. In der letzten Zelle saß ich nicht mal drei Wochen. In der davor auch nicht viel länger. Jedesmal ne andere Station in nem anderen Flügel. Ständig andere Leute.
Verständlicher wird die letzte Verschleppung nach Haus 2 allerdings durch ne andere Tatsache: Ich hab nen formalen Beschluß darüber, daß ich mit nem anderen Gefangenen derselben Station Zusammenschluß haben darf. Durch ständige Verlegungen wird der Beschluß natürlich total sabotiert. So auch zuletzt. Ich kannte auf der ersten Station nen Typen. Er und ich sagten also, daß wir Umschluß haben wollen. Ich teilte das dem Anstaltsleiter mit und berief mich auf den gültigen Beschluß. Der andere machte bei seinem zuständigen Haftrichter — weil er noch U-Gefangener ist, entscheidet das der Richter und nicht der Anstaltsleiter — nen Antrag. Als Antwort bekam er ne Ablehnung mit der Begründung — und jetzt wirds spannend: der Anstaltsleiter hätte mitgeteilt, daß der Antragssteller nicht zu dem Personenkreis zähle, mit dem ich Zusammenschluß haben könnte (der Typ issen ex-user). Mir selber teilte der Anstaltsleiter mit, der Richter des Typen habe den Zusammenschluß abgelehnt. Daß die Ablehnung auf Betreiben des Anstaltsleiters mit völlig undurchsichtigen Filtern über einen angeblich "in Betracht kommenden Personenkreis" erfolgte, wird mir gegenüber natürlich verschwiegen. Da aber vorauszusehen war, daß wir den wirklich üblen Trick rauskriegen, uns das nicht gefallen lassen, nachhaken, bot sich die Verlegung als eleganteste Lösung an. Mit der "Begründung" hoffte man dann gleichzeitig auch noch ins volle zu greifen.
Am Mittwoch dauerte dann die Verlegung von 7 Uhr morgens bis um 4 Uhr nachmittags. Und dann hier in diese Zelle: wahnsinnig kalt, es zieht selbst bei geschlossenem Fenster, die Bude ist ständig unterkühlt, dierkt an einer Treppe, die alle 5 Stockwerke in diesem Bau verbindet, direkt an dem Gang, über den sich der Schichtwechsel der Bullen abspielt, und die Verlegungen und Entlassungen. Ein Höllenlärm den ganzen Tag und die ganze Nacht.
Und ne weitere Fliege wurde mit der selben Klappe auch noch geschlagen: Ich bin mal wieder der einzige Untersuchungsgefangene auf der ganzen Station, ständige Fluktuation, weil viele nur Kurzstrafen, andere verlegt werden.
Daß die Zelle viel kleiner ist, die Möblierung nicht mal Maschine schreibend auf dem Ding, was sich wohl "Tisch" nennt, erlaubt, mistig und dreckig ist, ist schon fast unwichtig. So sieht das aus.
Nun kennst du die Bedingungen und kannst vielleicht besser verstehen, was ich sage und warum ich es sage.
Freiheit für alle!"

Kontaktadresse:
Eberhard Dreher, U-Haftanstalt Moabit

PROZESS GEGEN KLAUS DORFF UND JÜRGEN TAURAS

FRANKFURT
2. Februar

Von einem Prozeßbesucher erhielten wir folgenden Bericht (leicht gekürzt):

„1. Verhandlungstag, 25. Januar 1978

Die Sitzordnung wurde bereits vor Prozeßbeginn von den Anwälten geklärt, die Zwangsverteidiger sitzen dort, wo sie hingehören, auf der Seite der Staatsanwaltschaft.

Zu Veranstaltungsbeginn werden die Gutachterberichte von Professor Dr. Dr. Schumann und einem Internisten verteilt; deren Quintessenz: die Angeklagten seien voll verhandlungsfähig, was die bestellten Vertrauensanwälte Ronte und Weidenhammer zunächst mal anzweifeln.
Richter Schäfer teilt die Ergebnisse der beiden Gutachter mit und will mit dem Ablauf der Verhandlung fortfahren.
Die Verteidigung beantragt dagegen erst einmal die Verhandlungsfähigkeit von Klaus und Jürgen festzustellen und fragt nach, ob die Öffentlichkeit auf irgendeine Art und Weise daran gehindert wird, den Saal zu betreten. Schäfer verneint und konkretisiert, daß eine Ausweiskontrolle stattfindet. Danach schildert der anwesende Internist den Ablauf der Untersuchung

und zählt die medizinischen Meßdaten auf. Schäfer beauftragt den Internisten, Klaus und Jürgen im Laufe der nächsten Woche ergänzend zu untersuchen.

Der Sachverständige mußte noch zu einzelnen Punkten und zu der Bedeutung bzw. dem Anteil des internistischen Gutachtens an der Gesamtbeurteilung der Verteidigungsfähigkeit von Klaus und Jürgen befragt werden. Im wesentlichen sagte er dazu, sein Gutachten decke nur einen Teilbereich, und vor allem sagte er eindeutig, daß er natürlich nicht die Konzentrationsfähigkeit beurteilen kann und alles zum ersten Mal gemacht habe.

Die Rolle und Funktion der Zwangsverteidiger kristallisiert sich in zunehmendem Maß heraus. Durch deren ständiges Intervenieren mit juristischen Spiegelfechtereien werden Schäfer immer wieder Möglichkeiten zugespielt, um Inhalten, die zur Sprache kommen müssen, auszuweichen bzw. sie zu zerstückeln.

2. Verhandlungstag, 1. Februar 1978

Die von Klaus Dorff und Jürgen Tauras gewählten Pflichtverteidiger Ronte und Weidenhammer sowie der Wahlverteidiger Funke lehnen den Vorsitzenden Richter Schäfer wegen Befangenheit ab: in einem Beschluß redet er von „Mittätern", was eine Vorverurteilung ist. Rechtsanwalt Ronte sagte dazu, rechtlich bestünde keine klare Aussage darüber, ob ein Richter zugleich Haftrichter und erkennender Richter sein dürfe – strafprozeßmäßig jedoch käme es hier immer wieder zu Konflikten, wobei durch diesen Prozeß nun auch einmal grundsätzliche Klarheit über diesen rechtlichen Aspekt geschaffen werden müsse. RA Weidenhammer erinnerte den Vorsitzenden Richter in diesem Zusammenhang eindringlich an seine Sorgfaltspflicht bei der Wort- und Begriffswahl in derartigen Konfliktsituationen.

Danach ergriffen die Zwangsverteidiger anstelle der Staatsanwaltschaft das Wort: sie sähen keinen Grund, sich dem Antrag der Verteidigung anzuschließen, was die anwesende Öffentlichkeit in einem derartigen klassischen Fall von richterlicher Voreingenommenheit mißbilligte.

Dieses Verhalten provozierte Klaus Dorff zu Zwischenrufen. Er rief: „Wir lassen Sie hier nicht ausreden, Sie vertreten nicht unsere Interessen, Sie sind uns aufgezwungen worden." Zwangsverteidiger Steinacker ließ sich nicht grösser beeindrucken und plapperte weiter. Klaus Dorff versuchte, den Zwangsverteidiger am Sprechen zu hindern und haute dann auf das Mikro. Der Zwangsverteidiger Steinacker verstieg sich dann zu dem tollen Satz, daß er sich von den Angeklagten nicht daran hindern lassen würde, deren Interessen zu vertreten. Klaus und Jürgen protestierten lautstark gegen diese Art von 'Interessenvertretung'.

Der Vorsitzende Richter Schäfer erklärte sich in einem Satz lapidar nach § soundso als nicht befangen.

Nach der Pause schloß das Gericht die beiden Gefangenen wegen ordnungswidrigen Benehmens für die Dauer von fünf Sitzungstagen von der Teilnahme an der Hauptverhandlung aus!

Nach der Verkündung dieses Beschlusses beantragten die Verteidiger die Entpflichtung der Zwangsverteidiger, weil diese sich unkollegial verhielten, Konflikte in der Hauptverhandlung provozierten und vor den Augen aller Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit unverhüllt ihre Parteinahme für die Anklagevertretung zu erkennen gäben.

Nach der OLG-Rechtsprechung sind die Zwangsverteidiger dafür da, den ordnungsgemäßen Gang der Hauptverhandlung dann zu sichern, wenn die Vertrauensverteidiger oder Vertrauensanwälte ausfallen oder verhindert sind. Demnach haben sie, solange das nicht der Fall ist, im Gerichtssaal auch nicht das Recht, Anträge zu stellen oder irgendwelche Erklärungen für die Gefangenen abzugeben.

Die Verteidigung beantragte zum Schluß Aussetzung oder Unterbrechung der Hauptverhandlung, bis vollständige Akteneinsicht für sie gewährleistet ist und die Frage der Verhandlungsfähigkeit der Gefangenen abschließend aufgeklärt ist.

Die politischen Inhalte des Prozesses liegen darin, daß die Angeklagten einer kriminellen Vereinigung zugerechnet werden, die (was es bisher noch nicht gab) von der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht benannt und nur durch Nennung von Personen konstruiert wird, die überhaupt nicht rechtskräftig verurteilt sind. Die Aktivitäten der Zwangsverteidiger sollen durch das Aufbauschen juristischer Fragen den Anschein erwecken, daß die Gefangenen durch die juristischen Kriterien bzw. aufgestellten Regeln erfaßbar und justiziabel gemacht worden sind.

Die Verhandlung wird am nächsten Dienstag, dem **14. Februar 1978, um 9.15 Uhr, in Frankfurt, Gerichtsgebäude A, Staatsschutzsaal 146**, fortgesetzt."

ROOS/SCHULZ – EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT
8. Februar

Der 8. Verhandlungstag bringt wenig Neues. Zu berichten ist, daß das Gericht sich zum zweiten Mal für unbefangen erklärte. Fehlende Akten wolle es ganz bestimmt besorgen.

Der Zeuge, Polizeiwachtmeister Korol, zeichnete sich an diesem Verhandlungstag durch einen bemerkenswerten Gedächtnisverlust aus. Nachdem er, wie die Vernehmung noch einmal ergab, seinerzeit mindestens drei „Täter" außer den Angeklagten (siehe ID 198) bei Gegenüberstellungen sicher identifiziert hatte und den Tathergang an den vorangegangenen zwei Verhandlungstagen und bei früheren Vernehmungen halbwegs fließend schildern konnte (allerdings mittlerweile in drei Varianten), hielt er es diesmal sechs Stunden durch, ständig zu wiederholen: „Ich weiß nicht mehr. Ich kann mich nicht erinnern. Ich kann das nicht mehr genau sagen."

Richter Spahn hatte seinen schlechten Tag. Der leichterregbare Gerichtsvorsitzende ließ heute sogar protokollieren, Roos habe während der Verhandlung gelacht, und notierte gewissenhaft den Zusatz von Johannes: „Herzlich gelacht." Und verstand „verrückt" als Johannes „korrekt" sagte, drohte Johannes mit Ausschluß von der Verhandlung und fauchte schweigende Zuhörer an, sie sollten den Lärm lassen.

Seine Unsicherheit zeigte sich auf allen Ebenen. Er war verärgert über die Rechtsanwälte, die ihm zuviel fragten, die Staatsanwaltschaft, die dagegen nichts tat (Staatsanwalt: „Dürfte ich auch ein paar Fragen stellen?" Spahn: „Aber ich bitte doch darum!"), über den Zeugen, der absolut nicht glaubwürdig war und und sich an nichts erinnern konnte.

Am Nachmittag des Verhandlungstages gab Richter Spahn seine Ansicht zur Tatortrekonstruktion, die u.a. nach Angaben des Zeugen Korol vorgenommen worden war, kund. (Dieser lieferte übrigens eine vierte Variante des Geschehens.) Alte Prozeßhasen, erklärte er, wüßten, daß solche Rekonstruktionen nicht stimmten. So ein „kleiner abkommandierter Beamter" wie der Zeuge Korol habe da halt nichts zu sagen, weil seine Vorgesetzten „Regie" führten.

Zeuge Korol erhielt einen sichtbaren Schock, als er aus den Akten vorgelesen bekam, daß ein Beamter des BKA ihn für einen unbrauchbaren Zeugen hält.

Weiterverhandelt wird Freitag, 10.2., und dann wieder mittwochs und freitags.

SONDERVERHÖR

FRANKFURT
6. Februar

Mit folgendem Schreiben stellt die liberale Frankfurter Unibürokratie erneut unter Beweis, was unter ihrer schon sprichwörtlichen „Bereitschaft zum Dialog zur rationalen Verständigung" mit den Studenten zu verstehen ist. Ihr „durchaus berechtigtes Unbehagen", so Uni-Präsident Krupp zur Aktion gegen das HRG, fördert er dennoch nach Leibeskräften:

„Betr.: Einstellungsüberprüfung für den öffentlichen Dienst

Sehr geehrter Herr L.,

die Überprüfung Ihrer Verfassungstreue anläßlich Ihrer Beschäftigung im öffentlichen Dienst hat zu Bedenken Anlaß gegeben.

- Sie sollen einer Gruppe von Anhängern der „Liga gegen den Imperialismus" angehört haben, die am 31.7.1975 Flugblätter des „Indochina-Ausschusses Lindenberg" in Lindenberg/ Allgäu verteilt haben soll. In den Flugblättern soll u.a. zu einer Geldsammlung aufgerufen worden sein, die nicht genehmigt gewesen sein soll. Sie sollen sich am 1.8.1975 an dieser Geldsammlung in Lindenberg beteiligt haben.
- Sie sollen ferner im Juni 1977 für die „Antiimperialistische Aktionseinheit (KSV)" zu der Studentenparlamentswahl an der Universität Ffm. kandidiert haben.

Sollten Sie eine weitere Tätigkeit an der Universität Frankfurt über den 31.3. hinaus beabsichtigen, bitte ich Sie hierzu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme kann mündlich oder schriftlich erfolgen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, in Ihrem eigenen Interesse zu überlegen, ob Sie nicht von der Möglichkeit einer mündlichen Äußerung Gebrauch machen wollen. In diesem Fall vereinbaren Sie bitte einen Termin in mein

diesem Fall vereinbaren Sie bitte einen Termin mit meinem Büro (Tel. 7982241-44). - Die schriftliche Äußerung birgt die Gefahr der Unvollständigkeit in sich, so daß zur Ergänzung zusätzlich eine Stellungnahme angefordert werden müßte. Sie haben in diesem Fall auch - ebenfalls auf Antrag die Möglichkeit, sich eines Rechtsbeistandes zu bedienen. Dessen Tätigkeit ist jedoch auf Ihre Beratung und auf Verfahrensfragen beschränkt.

Die von Ihnen zu beantwortenden Fragen lauten:

1. Haben Sie als Anhänger der „Liga gegen den Imperialismus" am 31.7.1975 Flugblätter des „Indochina-Ausschusses Lindenberg" in Lindenberg/Allgäu verteilt?
2. Welche Organisation hat zu der nicht genehmigten Geldsammlung in Lindenberg aufgerufen?
3. Wurde wegen Ihrer Beteiligung an der nicht genehmigten Geldsammlung gegen Sie ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet?
4. Haben Sie als Anhänger des KSV für die „Antiimperialistische Aktionseinheit (KSV)" zu der Studentenparlamentswahl an der Universität Ffm. kandidiert?
5. Sind oder waren Sie Mitglied der „Liga gegen den Imperialismus", des KSV und/oder der KPD?
6. Haben Sie Funktionen in der „Liga gegen den Imperialismus", dem KSV und/oder der KPD ausgeübt?

   Wenn ja, welche?
7. Teilen Sie Aussagen, Ziele und Programme der „Liga gegen den Imperialismus", des KSV und der KPD? Wenn ja, uneingeschränkt?
8. Sind Sie bereit, sich durch Ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen zu bekennen und zu deren Erhaltung einzutreten?

Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß es im Rahmen der Prüfung Ihrer verfassungsgemäßen Eignung zu Ihren Lasten geht, wenn Sie die Frage nach der Mitgliedschaft in den vorgenannten Organisationen bzw. in der vorgenannten Partei nicht beantworten.

Außerdem hängt von dem Ergebnis dieser Prüfung Ihre Wei

Außerdem hängt von dem Ergebnis dieser Prüfung Ihre Weiterbeschäftigung im Dienst des Landes Hessen ab.

Mit verbindlichen Empfehlungen"

Diese Entwicklung, nach und nach sich an eine zunehmende Kontrolle, Überwachung des Studiums, zunehmende Leistungs- und Verhaltensanforderungen zu gewöhnen - in einem Klima von Unsicherheit und Überwachungen - ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen sind uns durch die permanente Verschärfung der Studienbedingungen - und da sind Anhörungsverfahren, Berufsverbote, Strafverfahren etc nur der sichtbarste Ausdruck, die Spitze des Eisbergs - die Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten an der Uni derartig versperrt, daß die Verhältnisse unerträglich werden.

....

Auch in den Verfahren gegen einzelne - wie bei Anhörungen, Strafprozessen - geht es zentral um den Effekt der Verschüchterung, der allgemeinen Unsicherheit, das Gefühl „Big Brother is watching you". Dieser neue Trend, exemplarisch an Einzelnen eine oppositionelle Bewegung abzuurteilen, zeigt sich z.B auch in den ersten Urteilen, die AStA-Vertreter persönlich haftbar machen (Göttingen), in der persönlichen Haftung von AKW-Gegnern (die Rechnungen von 10 Tausenden von Mark für Bulleneinsätze zugeschickt bekommen) usw.

Ziel dieser Maßnahmen: Daß an vielen Orten gar kein Widerstand mehr geleistet wird, die Repression schon verinnerlicht, vorweggenommen: Denkverbote, Selbstzensur, Selbstrepression. Daß selbst schon die Kandidatur auf der Liste zu einer Studentenparlamentswahl Grund von Anhörungen ist, wie im vorliegenden „Fall", oder eine Geldsammlung für ein Krankenhaus in Vietnam in „Lindenberg/Allgäu", zeigt die makabre Dimension der Schnüffeleien.

...

Deshalb unterstützen wir - unabhängig von politischen Differenzen zu den von Anhörungsverfahren Betroffenen - die Forderung nach der Einstellung aller Anhörungsverfahren und Gesinnungskontrollen, egal ob gegen Demokraten, Kommunisten, Anarchisten, Sozialisten ...



BRIEF VOM ZWEITEN JUNI

BERLIN
9. Februar

Wir veröffentlichen die gekürzte Fassung eines Briefes aus Moabit, in dem sich Mitglieder der „Bewegung zweiter Juni" Gedanken zum Tunix-Treffen machen.

VORWORT DER VERÖFFENTLICHER

Wie in allen linken Gruppierungen gibt es auch in den bewaffneten Gruppen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über den Weg auf dem man der Revolution am ehesten näher kommt. Während z.B. für die RAF der antiimperialistische Kampf im Vordergrund steht und sie ihre Hoffnungen auf die Kräfte der 3. Welt setzen, verknüpfen solche Bewegungen wie der 2. Juni und die RZ die Frage des militanten Widerstandes mehr mit den täglichen (hiesigen) Problemen des Lebens. Probleme, die wir alle haben können und die sich nicht lösen lassen., wenn man vor Gewaltanwendung zurückschreckt.

Die Verschärfung der Repression, Niederlagen und Krisen pflegen in unseren Gruppen die gegensätzlichen Positionen klarer zutage treten zu lassen. So auch in der Guerilla. Der folgende Brief aus dem Moabiter Knast stammt von dem Teil der Bewegung, die dem alten Konzept des 2. Juni treu geblieben ist, auch im Knastalltag. Das heißt, daß sich diese Gefangenen nicht in erster Linie als antiimperialistische fighter = Kriegsgefangene = Sonderstatus nach der Genfer Konvention sehen, sondern mehr als Leute wie du und ich, die bloß zu Durchsetzung bestimmter Interessen und Bedürfnisse etwas mehr gewagt haben als üblich und nun das Pech hatten, einzufahren — wie viele Leute wie du und ich.

"Wir bilden uns nicht ein, aus der "Geborgenheit" des Knastes heraus, die in den letzten Jahren für Kampf und Widerstand entstandenen Schwierigkeiten besser beurteilen zu können, als die Genossen, die sich im täglichen Kleinkrieg damit herumschlagen müssen. Aber ein paar kritische und selbstkritische Kleinigkeiten hoffen wir doch zur Diskussion beitragen zu können ...

Die Alternativen

Die einen, die sich Freiräume erkämpft zu haben glaubten, machten sich mit Eifer daran, sie mit Alternativprojekten zu füllen. In der Euphorie des scheinbaren Sieges übersahen sie, daß es unmöglich ist, aus den Zusammenhängen und Bedingungen der Gesellschaft auszuscheren, ohne die Bedingungen selbst zu ändern ... Was als Alternative zur Gesellschaft gedacht war, endet als Alternative zum Kampf. Das Widerstandsbewußtsein verkümmert zur Sozialarbeiterhaltung. Die Kompromisse zur Sache summierten sich zur Kopromittierung des Bewußtseins...

Der Marsch durch die Institutionen

Und wo sind die Marschierer durch die Institutionen? Sie haben sich angepaßt oder sind geflogen. Verändert haben sich nur die Marschierer, der Apparat dient der Reaktion wie eh und je. Was wahrscheinlich das einzig voraussehbare war. Denn wer von innen an die Schaltstellen der Institutionen gelangen will, muß erst einmal die Aufgaben des Apparates erfüllen – und er muß sie besser erfüllen als andere

Die Genossen übersehen, daß der Staat ein Instrument mit ganz bestimmten Funktionen ist. Die Funktion des bürgerlichen Staates ist es eben, die kapitalisitische Gesellschaftsordnung zu schützen und aufrechtzuerhalten...

Die lieben Widersprüche

Wir sagen nicht, daß es falsch ist, als Lehrer oder Sozialarbeiter in Schule oder Jugendheim zu versuchen, ein Bewußtsein für die eigenen Interessen zu wecken, Jugendlichen die Zusammenhänge ihrer beschissenen Situation klarzumachen, den Widerstand als Alternative zu Anpassung und Selbstaufgabe zu propagieren. Wir sagen, daß der Widerspruch zwischen aufgetragener Funktion und konsequenter revolutionärer Arbeit zu einem Punkt führt, an dem man sich vor lauter Taktiererei im Reformismus verliert, wenn man nicht bereit ist, auch die persönlichen Konsequenzen zu ziehen ...

Den Staat abschaffen — nicht reformieren

Kritisch auseinandersetzen müssen wir uns auch mit den Vertretern einer anderen Position, die besonders bei den Militanten und bei den bewaffneten Gruppen maßgeblich geworden ist, die Fixierung auf den Staat als das, scheinbar einzige, Grundübel, das nur zu beseitigt werden braucht und einer sozialen Neuordnung stünde nichts mehr im Wege. Diese Genossen verkennen, daß der bürgerliche Staat nicht die Ursache der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, sondern deren Wirkung. Und zwar nicht deren alleinige. :.

. Die geballte Macht der Desinformation durch Massenmedien, Schule und faschistoide Massenliteratur, die Manipulation durch Kontrolle von Vertreter-Organisationen, wie Gewerkschaften und sogen. "Massen-Parteien" die ideologische Verwirrspiele und das Angebot von Schein-Alternativen zur Ab- und Umlenkung von Unmut und Aggressionen, und vor allem die soziale Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Berufsverboten und Abschiebung von ausländischen Kollegen, sind nicht zu unterschätzende Mittel von Herrschaft ... Wir können nicht sagen: "Das Bewußtsein der Massen ist noch nicht so weit", sondern wir müssen uns fragen, wie dieses Bewußtsein Stück für Stück aufzubrechen ist ...

Unsere Isolation im Volk

An diesem Punkt haben wir aus der Guerilla zu fragen, inwieweit wir unsere Isolation nicht selber mitverschuldet haben. Sicherlich hat auch das Fehlen der öffentlichen Auseinandersetzung mit den anderen Teilen der Linken dazu beigetragen. Aus der Furcht heraus, der Staat könnte sie für die psychologische Kriegsführung und gegen uns nutzen, wurde Kritik abgetan und als Bullenpropaganda hingestellt ...

Kritik am RAF-Konzept

Die sich verschärfende Krise des Kapitalismus setzt auf allen Ebenen ein immer größer werdendes Potential frei, auf das es sich zu konzentrieren gilt. Die Aussage ist eindeutig, wenn Schmidt sagt, daß "den Terroristen heute die Grundlage entzogen werden muß, wenn nicht morgen das Heer der jugendlichen Arbeitslosen zu ihnen abgleiten (soll)", oder wenn Kohl feststellt, daß sie "verloren haben, wenn der Terrorismus in den nächsten 5 Jahren nicht restlos zerschlagen wird". Und die massive Aufrüstung des Staatsapparates erfolgt beileibe nicht wegen der derzeitigen schwachen – und sowohl ökonomisch als auch militärisch noch äußerst uneffektiven – Guerilla. Selbst wenn es sogar noch Linke gibt, die diesen Schwachsinn verbreiten...

Wir haben uns alle von den faschistischen Bomben in den Bremer, Hamburger und Kölner Hauptbahnhöfen distanziert. Wir haben alle und immer gesagt, die Aktionen und Politik der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, immer gegen die Herrschenden. Aber: wer sitzt da denn eigentlich in den Urlauber-Maschinen der Billigst-Reste nach Mallorca

Das Volk und die Guerilla

Der Genosse Werner Sauber hat im Januar 1975 in einer Analyse zum "anti-imperialistischen Konzept" folgendes geschrieben: ... Der Kampf muß aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten kommen, mit dessen Hilfe die Arbeiter mehr schlecht als recht unter den kapitalist. Belagerungszustand leben. Nur von dieser Alltagssituation aus konkretisiert sich jeglicher Widerstand. Wenn er stattdessen nur den imperialistischen Überbau angreift, ohne in den Fabriken und Stadtteilen verankert zu sein, kann der kapitalist. Staat ihn ohne große Schwierigkeiten mit rein polizeitaktischen Mitteln einkreisen und vernichten ... Die Verbürgerlichung eines großen Teils der Arbeiterschaft aufgrund ihres sozialen Aufstiegs bleibt dabei ebenso unberücksichtigt, wie andererseits die spezifische Situation von Frauen, Arbeitsemigranten, Arbeitslosen und Jugendlichen...

Alltägliches Widerstandsverhalten

Der zentrale Punkt ist, daß sich Kampf aus den "alltäglichen Widerstandsverhalten" herausbilden und entwickeln kann und muß.

Am deutlichsten wird dies bei den militanten Ansätzuen der Anti-KKW-Bewegung, bei denen vom Bauern bis zum Uni-Prof "alles" zu finden ist. ...

Legalität — wessen Legalität

Und natürlich wird an diesem Punkt von anderer Seite wieder die Frage nach Gewalt, Legalität und Illegalität aufgeworfen werden... Legalität ist keine feste Größe. Legalität ist eine Machtfrage. Im dritten Reich wurden Gesetze für alles geschaffen. Was passierte, geschah im Rahmen jener Legalität. Das ist heute nicht anders. Wer den Rahmen der Legalität immer achtet, achtet irgendwann die Legalität des Faschismus.

Wir sind doch nicht diejenigen, die bestimmen, was in diesem Staat legal ist ...

Wir sagen nicht, daß die legalen Möglichkeiten des Kampfes nicht genutzt oder nur vernachlässigt werden müssen. Sondern: daß nicht die bestehende Ordnung den Rahmen unseres Kampfes abstecken kann, sondern das Ziel: die Revolution. ..

Zur Gewaltfrage

Die Frage der Gewalt ist an sich schon wieder müßig. Die tägliche Lektüre einer X-beliebigen Zeitung macht deutlich, von wem die Gewalt ausgeht. Wir können niemanden daran hindern, die linke Wange hinzuhalten, wenn er auf die rechte geschlagen worden ist; die Illusion aber, daß er damit ein für alle mal sein Pensum hinter sich gebracht hätte, sollte inzwischen jeder aufgegeben haben ... "

VORWÄRTS MIT BAYERNS REPRESSIVER KULTURPOLITIK

MÜNCHEN
7. Februar

Am Montag, den 23.1.78 wurde im Münchener Werkstattkino der belgische Film VASE DE NOCES des Regisseurs Thierry Zeno vorgeführt.
Nach der Vorführung des Films beschlagnahmten die beiden Staatsanwälte Ernst Werner Schmalz und Wolfgang Simmer, die in Begleitung von 4 Polizisten erschienen waren, die einzige Kopie des Films, mit der Begründung, der Film sei 'harte Pornographie'.
Am Tag darauf wurde von Richter Sporrer eine Verfügung gegen diesen Film erlassen, damit ist der Film vorläufig verboten.

Am Mittwoch, 25.1.78 wurde die Wohnung des deutschen Verleihers des Films, PAP-Kunstagentur, Karlheinz u. Renate Hein, Kirchenstr. 15, 8 München 80, von drei Polizisten, Plank, Kirchmeier und Eichinger, nach weiteren Kopien des Films durchsucht. Staatsanwalt Schmalz hatte die völlige Beschlagnahme des Filmarchivs der PAP-Kunstagentur angeordnet, die die drei Beamten bereitwillig durchführten. An die 60 Kopien wurden mitgenommen, darunter UN CHIEN ANDALOU und L'AGE D'OR von Luis Bunuel, Filme von Andy Warhol, Kurt Kren, Dieter Rotz u.a.

Der in München verbotene Film VASE DE NOCES wurde vom belgischen Unterrichtsministerium produziert, gewann den ersten Preis auf dem Experimentalfilmfestival in Knogge 1974/75, erhielt den Preis der Autoren beim 10. nationalen Filmfestival von Belgien, war offizieller belgischer Beitrag bei der semaine de la critique beim Filmfestival in Cannes 1975, lief auf den Filmfestivals von Los Angeles und Montreal und wurde vom modern art museum in New York eingeladen.

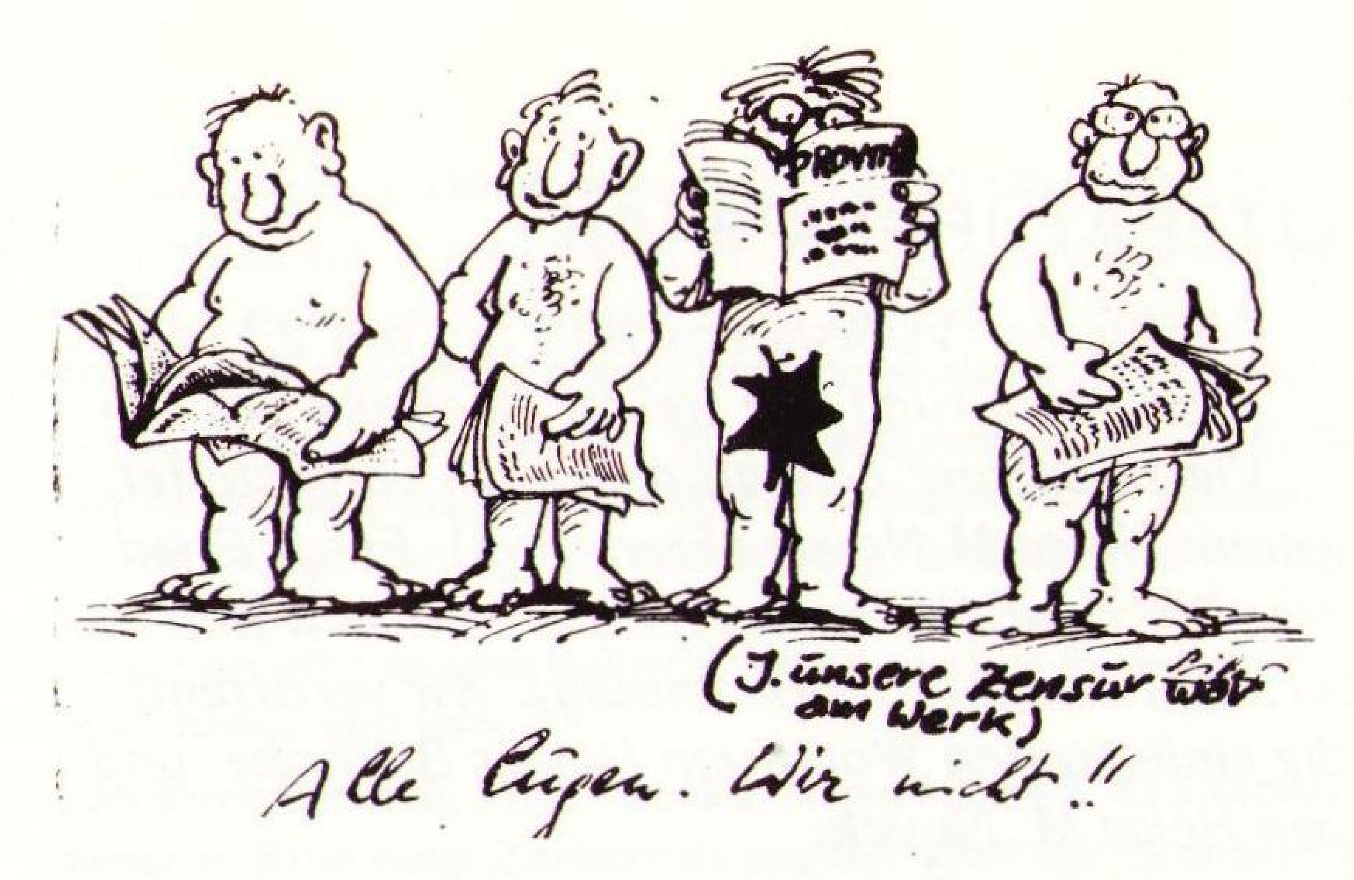
Wir wissen, daß dieser Film nicht 'harte Pornographie' ist, sondern Kunst. Aber das nützt natürlich nichts. Richter Sporrer besteht darauf, daß dieser Film 'harte Pornographie' ist, und deshalb ist er verboten.

Am 31.1.78 erhielt die PAP-Kunstagentur einen Brief von Richter Sporrer, sie könne sich jetzt einen Teil der aus dem Archiv beschlagnahmten Filme abholen, da diese bereits (auf ev. Verstöße gegen das Pornographiegesetz) untersucht worden seien. Sollten die Inhaber der PAP-Kunstagentur nicht bereit sein, die Kopien selbst abzuholen, müßten sie mit einer Lieferzeit bis zu zwei (2) Wochen ! rechnen, da z.Z. das Personal 'überlastet' sei. Eine Frechheit, die sich der von uns mitfinanzierte Beamtenapparat erlaubt, aber es besteht wohl keinerlei Möglichkeit, gegen diese Leute rechtlich vorzugehen.
Noch am 13.1.78 hieß das Motto einer Veranstaltung der Münchner SPD im Holiday Inn, auf der u.a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann sprach: KULTUR BRAUCHT FREIHEIT.

Die wirkliche Praxis zeigte sich wieder einmal nur knappe zwei Wochen später.

Kontaktadresse:
Werkstattkino, Fraunhoferstr. 9, 8 München 5, Tel.: 089/2607250





TRIKONT VERLAG WEGEN HERAUSGABE DES BOMMI-BUCHES VERURTEILT

MÜNCHEN
8. Februar

Im August letzten Jahres hob der Bundesgerichtshof den Freispruch für Gisela Erler und Herbert Rütten vom Trikont-Verlag wegen der Herausgabe des Bommi-Buches „Wie alles anfing" auf. Jetzt verurteilten die Münchner Richter Wawak, Schrödler und Streicher mit zwei entmündigten Schöffen, die das Buch nicht einmal in die Hand nehmen durften, die beiden Trikontler zu je 1500,— DM Geldstrafe. Dazu kommen noch etwa 50000 Mark Prozeßkosten. Im neuen Münchner Blatt steht, was davon zu halten ist:

„Der Trikont Verlag wird weiter dieses und andere Bücher herausgeben, wenn er sie für wichtig hält. Wenn das Geld für die Prozeßkosten nicht zusammenkommt, ist dies keine Finanzfrage, sondern eine politische Frage. Eine Zensur wird nicht akzeptiert, da helfen keine Urteile und keine Staatsanwälte."

Im Namen der Karl Marx Buchhandlung (Frankfurt) und des Verbandes des linken Buchhandels hat Dany Cohn Bendit folgende Erklärung abgegeben:

Nach der Verurteilung des Trikont-Verlages wegen der Herausgabe des Buches „Wie alles anfing" von Bommi Baumann erklären wir als Mitherausgeber der neuen Auflage folgendes:

Nach dieser Justizposse erscheint es den Herausgebern für dringend notwendig, die Vertreibung des Buches „Wie alles anfing" von Bommi Baumann zu verstärken.

Deswegen werden wir in den nächsten Wochen vor Schulen, Universitäten, Verkaufs- und Informationsstände einrichten, denn nur der offensive Vertrieb kann die politische Auseinandersetzung mit diesem Staat und seiner Justiz auf eine andere Ebene heben als die jetzige. Als Mitherausgeber der zweiten Auflage solidarisieren wir uns mit dem Trikont-Verlag und erklären, daß wir mit den identischen Absichten die Herausgabe vorangetrieben haben wie dieser Verlag.

Es erscheint uns als Treppenwitz, die zweite Auflage als zulässig anzusehen und die Herausgeber der ersten zu verurteilen.
In Deutschland wurde immer mit vielerlei Maß gerichtet.

Trotz des Urteils wird dieses Buch in Deutschland, Ost und West, tagtäglich in allen Buchhandlungen erhältlich sein. Wir fordern alle interessierten, engagierten, zukünftigen Käufer auf, dieses Buch in allen Buchhandlungen zu bestellen. Selbstverständlich wird der finanzielle Erlös dem Trikont-Verlag zufließen.

Wer sich in Gefahr begibt, kommt nicht darin um, wer sich einschüchtern läßt, verliert seine Glaubwürdigkeit!

Das Urteil, das heute gesprochen wurde, ist ein Beweis für die Verlogenheit des Staates und seiner Justiz. Um mit Orwell zu sprechen: Alle Menschen sind gleich, die Linken nur ein wenig weniger!

Im Namen der Karl-Marx-Buchhandlung und des Verbandes des linken Buchhandels — Dany Cohn-Bendit'

BREMER LITERATURGESPRÄCH

BREMEN 8. Februar *Die Bremer Volkshochschule hat am 23. Januar unter Leitung von Heiner Boehnke das Vierte Bremer Literaturgespräch veranstaltet. Teilnehmer waren: Helga M. Novak (Frankfurt), Erich Fried (London), Peter Brückner (Hannover), Hans-Heinrich Baumann (Wuppertal), Klaus Briglip (Hamburg). Wir veröffentlichen davon die einleitenden Worte von Heiner Boehnke und den Beitrag von Helga M. Novak:*

„Zur Vorgeschichte dieser Veranstaltung: Die im Herbst 1977 unter dem Namen „Gerlinger Posse" eingegangene Begebenheit trug entscheidend zur Durchführung dieser Veranstaltung bei. Damals bereitete die Volkshochschule (VHS) in der Kleinstadt Gerlingen (Schwaben) eine Autoren-lesung mit der Schriftstellerin Luise Rinser vor. Sie wurde aber schon nach kurzer Zeit wieder ausgeladen, da die Zeitschrift „Quick" sie als Terroristen-Sympathisantin denunzierte; zur Vorbereitung gehörte auch eine eingehende Beratung mit dem Bremer Literaturwissenschaftler Wolfgang Emmerich. Frage an alle Volkshochschulen in der BRD, „ob sie (die VHS) vom Klima der Ängstlichkeit in die Sackgasse der Selbstzensur gerieten? " Wollenberg benannte ganz konkret hierarchische Eingriffe aus vorgesetzten Bürokratien in die Programmgestaltung einzelner Volkshochschulen, die zur Absetzung bestimmter Veranstaltungsplanungen geführt haben.

Ein Abgeordneter der CDU in der Bremer Bürgerschaft forderte am 9.12.77 eine personelle Säuberungsaktion an der Bremer Volkshochschule, dies mit der Behauptung, die sachlich fundierte Arbeit einiger Dozenten werde durch extrem linke Kräfte behindert, die an Stelle von Weiterbildung politische Agitation betrieben.

BALLADE VON EINEM ERDACHTEN TOD

Vor fünf Jahren habe ich ein Bauernhaus gekauft mit meinem Freund, seinem Bruder und dessen Frau. Dieses mußte und das gehört zu den Folgen der Ballade, vor zwei Monaten wieder verkauft werden. Das Bauernhaus war von drei Seiten vom DDR-Gebiet umgeben.

1974 Aktion Winterreise: Zu dieser Zeit waren alle vier in Frankfurt mit Wissen des gesamten Dorfes. 26.11.74, morgens 50 schwerbewaffnete Polizisten umstellen das Haus mit der Aufforderung per Megafon: Werfen sie die Waffen weg und kommen sie mit erhobenen Händen heraus. Es rührte sich natürlich nichts und die Polizei setzte zum Sturn an. Dies konnte aber in letzter Minute vom Bürgermeister abgewendet werden, da er einen Schlüssel für dieses Haus hatte (zum Zähler ablesen, Wasser, Strom). Nach erfolgloser Suche, natürlich ohne Durchsuchungsbefehl, wurden Bücher beschlagnahmt und Listen mitgenommen. Nachdem wir nach 14 Tagen wieder zurückkamen, wurden wir von der Polizei in die Kreisstadt gebracht, um erkennungsdienstlich behandelt zu werden. Bald darauf wurde meinem Freund damit gedroht, im Laufe einer politischen Diskussion in der Dorfschenke, ihn auf das Minenfeld zu werfen.

Das ganze Dorf zog nach der Fußballweltmeisterschaft an die Grenze, wo mehrfach das Deutschlandlied gesungen wurde. Danach suchte ich im Dorf jemanden, der mir dies alles auf ein Tonband sprechen würde. Aus der Ballade und dem Original-Tonbandbericht verfaßte ich ein Hörspiel, welches zuerst 1976 in Stutgart, dann im Juni 1977 im bayrischen Rundfunk übertragen wurde. Nicht das Dorf, sondern der Grabfeldbote wurde namentlich genannt. Darauf begann eine Hetzkampagne von einem Heimatdichter. Von der Ballade ausgehend ließ man mit der Polizei die Leiche suchen.

Ansonsten wurden wir im ganzen Landkreis die Terroristen genannt. Die Nachbarn wurden nach Gesprächen und politischen Äußerungen von uns gefragt. Darauf als Entschuldigung vom Bürgermeister, es habe ja einer von uns einen Antrag auf Besuch bei einem politischen Gefangenen gestellt.

Schönes Land,
ganz ohne Honig in den Bäumen,
den gemeinen Tod lindern Spiele und Brot.
Schönes Land, wo die Blasorchester überschäumen.
Ein Grenzdorf und alle Bauern sitzen tobend vor dem TV.
bloß einer von ihnen schweigt
und steckt sich die Finger in die Ohren.
Deutschland verliert gegen Deutschland,
das kann nicht gut gehen.
Die Bauern sind geladen
und nehmen sich den schweigenden Gast vor.

Raus mit der Sprache,
fingen sie an zu brüllen,
aber er schwieg weiter und hat den Verdacht erregt,
daß er sich lustig die Hände reibt, im Stillen,
wenn einmal nur
und sei es im Spiel
die Gegenpartei siegt.

Sie redeten von Verrat
und als er einfach nicht mitmachte
rückten sie immer näher
und drohten mit der Minenwippe.
Er wußte nicht was das ist
und trank sein Bier und lachte.
Der Tod zwischen Vater- und Vaterland
hatte ihn schon auf der Schippe.

Sechs Bauern, die haben ihn von dem Stuhl auf den Boden gezerrt.
Sie griffen seine Hände,
die Beine, Rockschösse und munter —
er fand das noch lustig
und hat sich kaum gewehrt —
trugen sie ihn zum Dorf hinaus,
sein Kopf hing runter.

Zwischen den Bauern sein Leib,
baumelnd wie eine Hängematte.
Er schaukelt und schleift und hängt durch
als ihm der Feldweg die Kleider vom Rücken geschabt hatte
straffte er sich noch einmal
zu einem tränenerstickten Fluch.

Talwärts, bergab, fallenlassen, aufklauben
und wieder rauf und singend
durch den ersten flachgemähten Streifen.
Dem Mann rissen längst Haut und Sehnen auf,
sah man die Bauern ihn durch die Grenzzäune schleifen.
Schon nähern sie sich dem letzten Metallzaun
und ohne Hast
fangen sie an
was sie die Minenwippe nennen.
Hin und Her — und hin und her —
schleudern sie ihre müde Last.
Endlich lernt der halbtote Mann
deutsche Vaterlandsliebe kennen.
Nachdem sie ihn noch kurz über ein Maulwurfhügel gezogen,
haben sie den fast nackten, bewußtlosen Mann,
fest angepackt und haben ihn mit Schwung
und im hohen Bogen
rübergeworfen auf das Minenfeld,
wie einen leblosen Sack.

Die Sonne war lange untergegangen
als er zu sich kam
und mit krauchen und hüpfen,
mit Storchengang und Spitzentanz,
seinen freundlosen Rückweg nach Westen in Angriff nahm.
Von Osten blendete ihn ein Scheinwerfer mit Licht an.

Er tanzte die ganze Nacht
aber er kam nicht zurück.
Zwischen Läusekraut, Eiternessel und Teufelsabbiß
ging der Mann in die Luft
und flog in Stücke wie jene Märchenfigur,
die sich mitten entzwei riß.

Schönes Land,
ganz ohne Honig in den Bäumen,
den gemeinen Tod lindern Spiele und Brot.
Schönes Land,
wo die Blasorchester überschäumen.
erschienen 1975



ID BIBLIOGRAPHIE - ID BIBLIOGRAPHIE - ID BIB

Trikont Verlagskollektiv, Kistlerstr. 1, 8000 München 90
* Indian Rebel. Das Leben einer Stadtindianerin; Bobbi Lee. 10.00. Geschichte einer am Rande der weißen kanadischen Welt aufgewachsenen Indianerin. Uschi sagt, das Buch sei toll.
* Da gibt es noch ein Buch über Kinder und Kindheit als dauernden Zustand. Der Autor heißt Scherer kosten tuts 18.00 aber den Titel kann ich nicht mehr nennen, weil irgend ein Lump das Buch aus dem Bibliographikasten gemopst hat ! Skandal !

Initiativgruppe P.P. Zahl, Myliusstr. 58a, 6000 Frankfurt
* "Aus Anordnung von Oben". Berichte und Dokumente zur Situation der politischen Gefangenen in deutschen Haftanstalten. Berichte vom Vollzug während und nach der Kontaktsperre. Meist von den Gefangenen und Anwälten geschrieben. Preis mal wieder unbekannt, kann aber nicht allzu viel sein. (87 Seiten)

az Verlag, Alexanderstr. 49, 6000 Frankfurt/M 90
* Mann bleibt Mann - oder die Last mit der Lust. Erlebnisse, Gedanken Gefühle, Phantasien. Dies Buch nahm seinen Ausgang von einer Diskussion in der Zeitung az - die andere zeitung.

Verlag 1977 Christa Gramm, Kapuzinerstr. 28, 6500 Mainz
* Tag für Tag zehn Tote. Wir sind mit dem Gesehenen sehr zufrieden. Fussballweltmeisterschaft Argentienien und die nationale Sache. Meldungen und Zusammenhänge aus dem Argentinischen Fußball und Folterland.

Chr. Gauke Verlag, Obere Kaspule 25, 3400 Göttingen 1
* Spinnfäden für brechende Köpfe. Texte zum Sicherheits&Ordnungs-Syndrom. ; Hendrik Bicknaese, 9,00. Lürick - Agitprop - Satire zum Thema Zensur, 'sanfter' Terror und massives Saubermannstum.

Clio - c/o Frauenbuchvertrieb, Mehringdamm 32-34, 1000 Berlin 61
* Clio - eine periodische Zeitung zur Selbsthilfe für Frauen. Gibt es seit 1976 und bringt Beiträge zu Abtreibung, Selbsthilfekliniken, Bevölkerungspolitik , Sterilosation u.ä. 3.- pro Ausgabe. Ebenso beim Frauenbuchvertrieb gibt es eine Selbsthilfemappe über Selbstuntersuchung, Temperaturkurven usw.

Aragon Buchvertrieb, Willi Klauke, Arnulfstr. 41, 413 Moers 1
* Szenarie. Eine neue Zeitschrift aus der Welt der Literatur der Gedichte und Kurzgeschichten. Kostet 1,50 in Briefmarken.

Utupua Filmproduktion, Gustav Müllerstr. 36, 1000 Berlin 62
* Die Filmergruppe setzt sich aus ehemaligen und noch-Studenten der Deutschen Film und Fernsehakademie zusammen und beginnt ihre Produktion mit einem Film: Zur Diskussion über die Haftbedingungen in der BRD. Mit einem Interview mit Karl Heinz Roth. Ab Februar soll ein Verleihkatalog erscheinen.

Gleichzeitig bin ich der Meinung, daß wir die ganzen einzelnen Filme der linken Vertriebe nicht im vollen Umfang vorstellen sollten. Die Leute die mit Kino arbeiten , kennen die Kataloge der Vertriebe und den anderen ist erst mit einem Film gedient, der im Kino oder sonstwo gezeigt wird. Drum hier nochmal die Adressen der anderen beiden linken Vertriebe, für die die sich laufend informieren lassen wollen:
Basis Film Verleih, Finckensteinallee 32 1000 Berlin 45 ,
Zentrl Film Verleih, Karl Muck Platz 9, 2000 Hamburg 36

Brief an die Führerscheinstelle:

PRÜFEN SIE MEINE GEISTIG-CHARAKTERLICHEN MÄNGEL

PIRMASENS
6. Feb. 78

Vorwort des Verfassers:
"Ich lege Euch eine Kopie eines hochoffiziellen Briefes bei, den ich aus gegebenem Anlaß an die Zulassungsstelle in Pirmasens und an die (erzreaktionäre) Lokalpresse geschickt habe. Vielleicht könnr Ihr ihn abdrucken mit dem Vorschlag, daß möglichst viele Leser und Genossen ihre jeweilige Stadtverwaltung mit ähnlichen Schreiben bombardieren ... "

1.2.78

An die
Stadtverwaltung Pirmasens
Zulassungsstelle
Dankelsbachstr.
6780 Pirmasens

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 5.12.77 entzog das Straßenverkehrsamt Soest dem Dichter und Schriftsteller Peter Paul Zahl die Fahrerlaubnis. Er verbüßt zur Zeit eine 15jährige Haftstrafe, Dauer: bis 1987. In der Begründung konstatierte der leitende Kreisrechtsdirektor Prinz zu Waldeck bei Herrn Zahl "geistig-charakterliche Mängel" die den Führerscheinentzug nötig machten.

Zwar verfüge ich nicht wie Herr Zahl über einen richterlichen Bescheid, daß ich "unser Staatswesen hasse", doch teile ich Ihnen hier mit, daß mir in diesem Land und dieser Gesellschaft vieles nicht paßt, daß ich Mißstände erkenne, daß mich Zustände empören und daß ich bereit bin, gegen gewisse Sachverhalte, Erscheinungen und Verhältnisse zu kämpfen.

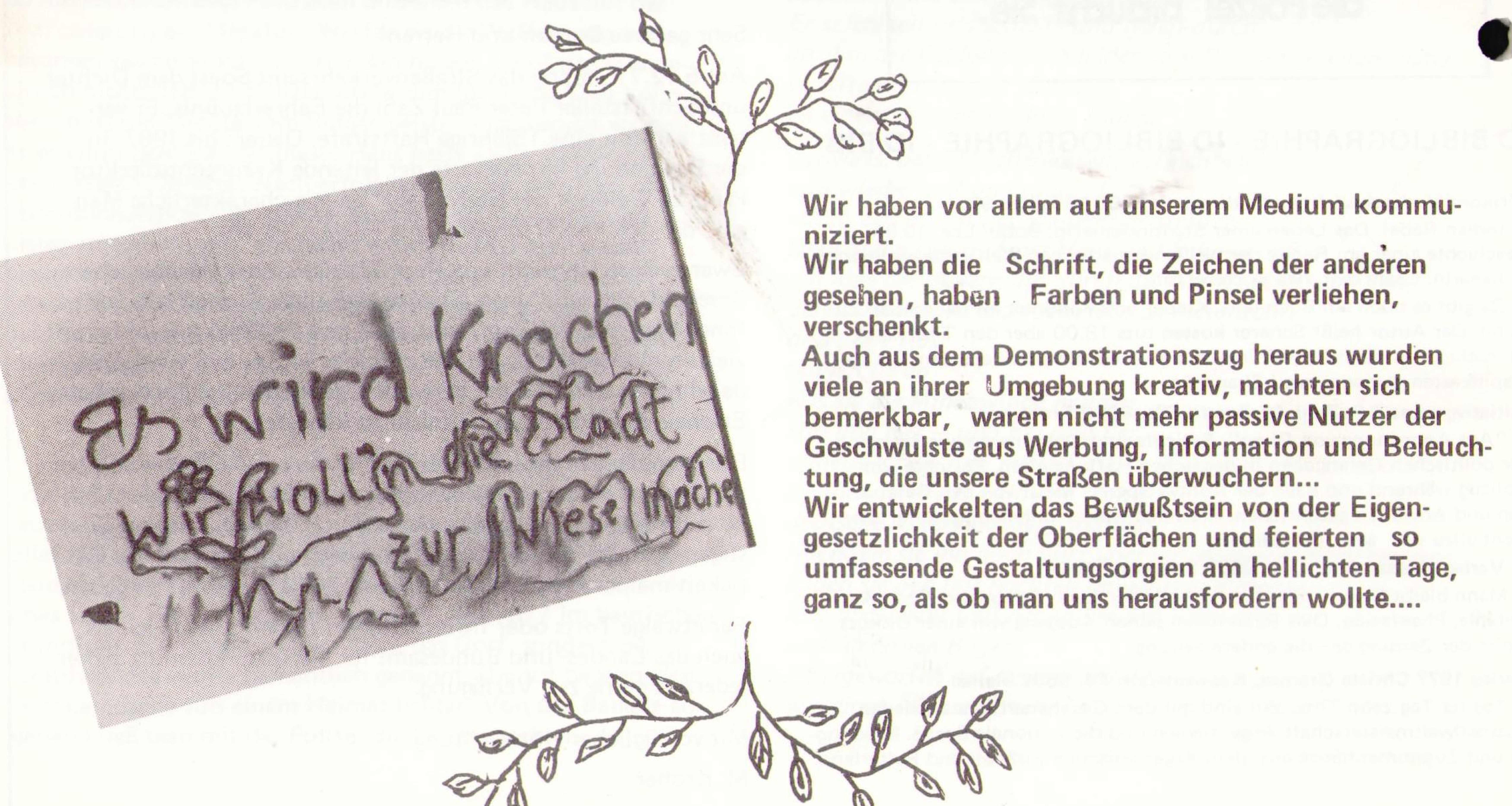
Durch meine staatsbürgerliche Loyalität sehe ich nun auch bei mir Zweifel an der Rechtmäßigkeit meines Führerscheins. Ich bitte Sie daher als ausstellende Behörde, meine etwaigen geistigen-charakterlichen Mängel zu prüfen und mir über die Gültigkeit meiner Fahrerlaubnis (Nr. 477/74) Auskunft zu geben.

Für etwaige Tests oder Informationen stehen sowohl ich als auch das Landes- und Bundesamt für Verfassungsschutz sicher jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

M. Kröher

WANDMALEREI im TUNIX



Wir haben vor allem auf unserem Medium kommuniziert.
Wir haben die Schrift, die Zeichen der anderen gesehen, haben Farben und Pinsel verliehen, verschenkt.
Auch aus dem Demonstrationszug heraus wurden viele an ihrer Umgebung kreativ, machten sich bemerkbar, waren nicht mehr passive Nutzer der Geschwulste aus Werbung, Information und Beleuchtung, die unsere Straßen überwuchern...
Wir entwickelten das Bewußtsein von der Eigengesetzlichkeit der Oberflächen und feierten so umfassende Gestaltungsorgien am hellichten Tage, ganz so, als ob man uns herausfordern wollte....



Du nahmst teil an kollektiven träumen
das andere hinzukamen sich in deinem rücken versammelten war
das erste was du an reaktionen herausfordertest
sie beobachteten dein tuen rieten wie der satz den du begonnen hattest wohl weitergehen würde, lieferten dir ideen...

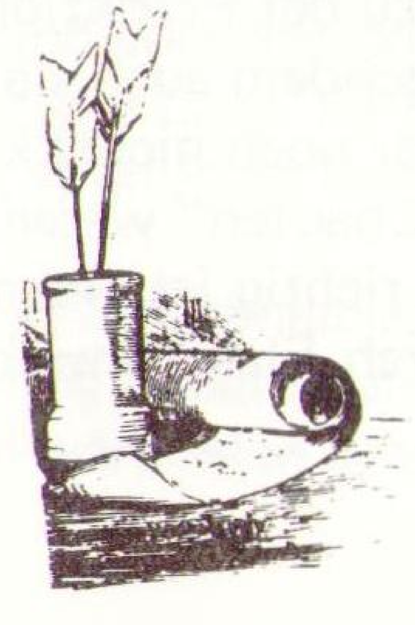
aber - du mußtest dich gegen die linken selbstzensoren behaupten
unsere phantasie war nicht mehr nur auf die einbildung bezogen
erorberte sich die wirklichkeit
begannen jetzt dinge zu malen die jede versöhnung mit dem bestehenden
zerstören und wie gequälte nach glücklicherer subjektivität suchen.

die Sumpf
blüten
euerer
TRÄUME
in die
NEONZON
EN der
entfremd
eten
ZENTREN

das kleine
Gespenst







WARNUNG AN ALLE JUGENDVERTRETER UN D BETRIEBSRÄTE VOR ANRUFEN VON ANGEB– LICHEN REDAKTEUREN DER FRANKFURTER RUNDSCHAU

STUTTGART
8. Februar

Ich bin Jugendvertreter in einem großen Stuttgarter Metallbetrieb. Wir erhielten am Donnerstag, den 2.2.78 einen Anruf im Betrieb von einer Frau, die sich als Redakteurin der Baden-Wütembegg-Redaktion der Frankfurter Rundschau (FR) ausgab, Sie sagte, sie mache eine Artikelserie der FR über die Jugendvertreterwahl und möchte von uns Auskünfte über die Zusammensetzung der Jugendvertretung, die auftretenden Probleme in unserer Amtszeit und über die Auszubildenden, die wir vertreten. Da wir am Telefon grundsätzlich keine Auskünfte geben, haben wir für Montag, den 5.2.78 einen Termin mit der 'Redakteurin' vereinbart, wo diese dann nicht erschienen ist. Wir haben daraufhin angerufen bei der im Telefonbuch angegebenen Redakteurin der FR in Stuttgart und erhielten die Auskunft, daß die Kollegin nicht bei uns angerufen hat und daß es diese Artikelserie der FR überhaupt nicht gibt. Außerdem erfuhren wir, daß es vor kurzem schon eine ähnliche Telefonaktion gegeben hat, wo im Namen der FR bei verschiedenen ASten während des Streiks vertrauliche Informationen und Papiere angefordert wurden, die nie bei der FR-Redaktion angekommen sind.

Wir haben umgehend die Bezirksleitung der IG-Metall informiert und warnen alle betrieblichen Funktionäre davor, solche telefonischen Auskünfte zu geben. Und wenn ein Pressevertreter mal was von uns will, Presseausweis zeigen lassen und in der Redaktion anrufen, ob es den Redakteur überhaupt gibt.

GEGENDARSTELLUNG

Vom Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Frankfurter Str.42, 6078 Neu-Isenburg

Gemäß Paragraph 08/15 des Hessischen Pressegesetzes verlangen wir folgende Gegendarstellung zu dem Artikel – Silvester – Prügelei im JUZ –, erschienen im id Nr. 213 vom 21.1.78.

In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, daß "... kurz vor 24 Uhr erst einer, dann 4 oder 5 JUZ-Besucher aud die Straße gingen und Bierflaschen auf Autos warfen und anhielten." Das ist falsch, wahr ist vielmehr, daß um 24 Uhr die Mehrzahl der 200 Besucher des JUZ tradtitionsgemäß auf die B 3 gingen, dabei keineswegs wahllos Bierflaschen auf Autos warfen, sondern langsamfahrende Autos durchwunken, als dann aber Potenzbolzen mit 'ner wahnsinnigen Geschwindigkeit in die Leute fuhren, und viele sich nur noch durch gewagte Hechtsprünge in Sicherheit bringen konnten, sind gegen diese Autos Flaschen geflogen, wobei halt einige auch ihr Ziel verfehlten und in Schaufensterscheiben flogen.

Falsch ist (Zitat): " ... – obwohl die Mehrheit nicht mit dem Demolieren von Autos und Fensterscheiben einverstanden war – es niemand geschafft hat, die fünf Chaoten daran zu hindern." Richtig ist vielmehr, daß die Mehrheit schon verstand, warum die in die Leute rasenden Autos beschmissen wurden, und es auch akzeptierten, daß ein Teil dagegen war, stimmt, waren aber in der Minderheit und zählen zu der Franktion der Schalftabletten- und Körnerfresser, die nachdem auch sie Prügel durch die Bullen bezogen haben, immer noch nichts kapiert haben. Falsch ist weiterhin, daß es "fünf Chaoten" waren, die ausschließlich Flaschen geworfen haben, richtig ist vielmehr, daß sehr viele Leute ihrer Empörung durch Flaschenwerfen Luft gemacht haben.

Falsch ist weiterhin die Behauptung (Zitat): "Erst gegen 1.15 Uhr trafen 46 Mann Einsatzpolizei aus Offenbach und Darmstadt ein. Wahr ist vielmehr, daß zwischen 70 unf 80 Bullen der MP da waren.

Als Schluß noch was zum ID selbst. Die Frau, die diesen schlimmen Artikel geschrieben hat, ist von jemand von euch angehauen worden, was zu schreiben. Wir finden das falsch, daß ihr, wenn ihr Interesse an einem Arktikel über eine bestimmte Sache habt, x-beliebige Leute anhaut – charakterisiert aber eure Informationspolitik. Naheliegender wäre ja wohl gewesen, sich direkt an das JUZ zu wenden anstatt eure wertvolle Seitenzahl mit so einem gemixten Gewäsch von Halbwahrheiten, Unterstellungen und offiziellem Polizeibericht zu füllen.

Anmerkung des ID:

Der Artikel ist so entstanden, daß jemand von uns wußte, daß diese Frau im JUZ war, daß sie "betroffen" war, und ihr sagte (was in solch einem Falle jede(r) von uns tut), "schreib doch mal was".

Jetzt schreiben – in der Gegendarstellung - ebenfalls Betroffene, daß alles ganz anders war, und ich würde glatt wetten, es gibt Leute, die dabei waren, die es nochmal anders erfahren, wahrgenommen haben.

Es kann nicht darum gehen, daß WIR rausfinden, wer denn nun Recht hat (wohin diese Suche nach der Wahrheit führt, sieht man an der bürgerlichen Presse: dort hat noch immer der Recht, der mehr zahlt); wir vertrauen (kritisch) auf die Authenzität der subjektiven Schilderungen, nehmen beide Versionen ernst.Der Widerspruch, der sich in den unterschiedlichen Schilderungen der Betroffenen ausdrückt, wird so zum Wider spruch unter den Betroffenen selbst. Er ist auf Papier nicht zu lösen, er wird hier höchstens deutlich und läßt sich dadurch bearbeiten, klären.



DER ABGESTÜRZTE SATELLIT BEDROHT EIN INDIANERVOLK

KÖLN
6. Februar

Presseerklärung der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Am Dienstag, 24.1.78, 12 Uhr MEZ stürzte ein Nuklear-Satellit über Nordwest–Canada im Bereich des Großen Sklavensees ab. Über die Folgen verbreitet die internationale Presse sich widersprechende Nachrichten. Auf jeden Fall stellt die durch den Unfall auftretende radioaktive Strahlung für dieses große Gebiet eine lebensbedrohende Gefahr dar.

Entgegen des bisherigen offiziellen Meldungen ist das Gebiet nicht menschenleer, sondern der Lebensraum von ca. 20.000 Indianern - der Dene Nation. Seit Beginn der 70er Jahre kämpfe die Dene Indianer gegen den kanadischen Staat, um die Unabhängigkeit ihrer Nation und das alleinige Verfügungsrecht über ihr Land.

Die Dene sind eines der letzten Indianervölker, die in ihrer traditionellen Lebensweise relativ unbeeinflußt von der westlichen Zivilisation geblieben sind.
Sie weigern sich, unsere Zivilisation anzunehmen, da sie erkannt haben, daß dies für sie keine Überlebensmöglichkeit bietet, sondern seelische Verödung und Untergang ihrer Kultur bedeuten würde.
Seit Jahren planen die USA zusammen mit der kanadischen Regierung, eine Gaspipeline von Alaska über West-Kanada in das Gebiet der großen Seen zu legen, mitten durch die Dene Nation. Bis an ihre Grenzen ist die Pipeline zu beiden Seiten bereits fertiggestellt. Sie wird an den Stellen ihres Verlaufs den Naturkreislauf mit Sicherheit stören und schließlich vernichten; ganz zu schweigen von den Begleiterscheinungen, die die Bauarbeiten mit sich bringen, wie Alkoholismus, Prostitution und Kriminalität. Dessen sind sich die dort lebenden Indianer bewußt und es ist ihnen bis jetzt gelungen, den Weiterbau der Pipeline auf juristischem Wege zu blockieren. Die Dene haben der kanadischen Regierung qualifizierte Alternativvorschläge zur Verlegung der Pipeline vorgelegt.

Eine radioaktive Verseuchung hat zwangsläufig eine Evakuierung der Indianer aus ihrem angestammten Land zur Folge, wodurch im Zuge der staatlichen Entsorgungsmaßnahmen der Bau der Pipeline möglich wird. Damit wäre eine der letzten noch intakten Indianerkulturen zum Untergang verurteilt.

Die Dene bestehen auf selbst organisierten Prüfungen und evtl. Entsorgungsmaßnahmen, um nicht übervorteilt zu werden. Sie benötigen die weltweite Unterstützung durch Solidaritätsbekundungen und finanzielle Hilfen.

Das Volk der Dene fordert, daß die internationale Presse über ihre Probleme und ihre Notlage informiert.

Kontakt:

Eva Wieschke, Josefstr. 32, 5 Köln 1, Tel. 0221/32 76 87,
Spendenkonto: PSchKt. Hamburg 7400, Stichwort: Dene

SCHWERER UNFALL IN DER FRANZÖSISCHEN ATOMFABRIK LA HAGUE

LA HAGUE
Januar 1978

Ein Arbeiter aus La Hague schildert im folgenden Text alltägliche Probleme und Gefahren der Wiederaufarbeitung von hochaktiven Brennstäben aus Leichtwasserreaktoren:

„La hague beginnt mit der Wiederaufbereitung von Brennstäben aus Stade" schrieb der Weserkurier im Dezember. Die große Bonner Atomkoalition kann also aufatmen, Frankreich löst unsere Müllprobleme, bis mit der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben die hiesige Atomindustrie fest auf eigenen Beinen steht. Wie steht es damit?

Tatsächlich werden seit einem Monat in La Hague Brennstoffe aus Leichtwasserreaktoren aufbereitet. Zu diesem Zweck wurde eigens eine neue Halle in Betrieb genommen: HAO, d.h. Hoch-Aktive-Oxyde. 4 Tonnen der hochgiftigen, neuen Brennstoffe könnten täglich darin aufbereitet werden, erklärte seinerzeit die Betreiberfirma COGEMA. Heute steht fest,daß sie schlicht gelogen haben. Man hat begonnen, aber man wird damit nicht fertig. Wir verdanken den folgenden Bericht einem Arbeiter aus La Hague, der nicht länger schweigen will, der sich entschlossen hat, den Mund aufzutun.

Innerhalb des einen Monats wurden in HAO ganze 9 Tonnen Brennstoff aufgebareitet, das sind pro Tag 300 kg. Der Grund dafür sind ständige Pannen, die jedesmal Pausen von mehreren Stunden oder Tagen nach sich ziehen.

Das Abklingbecken unterhalb von HAO macht enorme Schwierigkeiten. Aufgrund der hohen Rutheniumkonzentration färbt sich das Wasser trüb. Ionenaustauscher mußten eingebaut werden, um das Ruthenium einzufangen.

Die Ableitungen von Krypton und Tritium sind ungeheuer hoch. Wir erinnern daran, daß Ruthenium von den Algen aufgenommen und konzentriert wird, über die Nahrungskette kommt es in die Muskeln des Menschen. Tritium reichert sich in flüssigen Stoffen an (Wasser, Milch) es kann im menschlichen Körper die Stelle von gewöhnlichem Wasserstoff einnehmen, der ein wichtiger Grundstoff für unseren Körper ist.

Eine Untersuchung von Algen, die am 28.11.1977 in der Gegend von St.Germain des Vaux durchgeführt wurde, ergab, daß ein Kilogramm Algen mit 14 100 picocurie Ruthenium verseucht ist.

Am 5.Dezember 1977, 40 Minuten nachdem man mit dem Zerschneiden des Brennstoffs und seiner Auflösung in siedender Salpetersäure begonnen hatte, wurde festgestellt, daß mit der Säurelösung etwas nicht stimme. Die laufenden Arbeiten mußten sofort eingestellt werden. Was war passiert? Um das verständlich zu machen, müssen wir kurz erklären, wie in La Hague das Zerschneiden und Auflösen vor sich geht.

Die Brennstoffe kommen bei uns an als viereckige Bündel von etwas mehr als drei Meter Länge, jedes Bündel besteht aus 225 Brennstäben, zwei Platten halten die Stäbe an den Enden zusammen.

Man schneidet nun zuerst die Fußplatte ab. Sie fällt in eine Lade und wird zum Endlagersilo geschafft. (Der Silo faßt 2250 m^3 und ist nebenbei gesagt nur für fünf Jahre gebaut, danach soll ein neuer kommen). Wenn die Platte entfernt ist, zerschneidet man die einzelnen Stäbe in 4 cm lange Stücke. Die Hüllen, die den Brennstoff enthalten, fallen dann in siedende Salpetersäure. Die Säure löst Uran und Plutonium und verwandelt diese in Uran- und Plutoniumnitrat. Anschliessend nimmt man die ganze Soße und schafft sie in die Abteilung zur Trennung von Uran und Plutonium. Die Hüllenteile, die sich nicht aufgelöst haben, werden mithilfe eines korbartigen Siebs am Boden des Lösungsmittels aufgefangen und in ein Abklingbecken unterhalt von HAO gesteckt. Von da aus transportiert man sie in Loren zur Lagerung ab. Das klingt alles ganz einfach. Aber tatsächlich ist es schrecklich kompliziert, weil ja die Brennstoffe radioaktiv verseucht sind.
An diesem Tag nun blockiert auf halbem Weg die Lade, die die untere Platte des Bündels aufnimmt: Sie hatte sich von der Schnecke, die sie antreibt, gelöst. Die Sicherheitsvorrichtungen sind aber mit der Bedienungsachse verbunden und nicht mit der Lade. So konnte niemand festellen, daß sie nicht an ihren Platz zurückgekehrt war.

Das Zerschneiden dauerte 40 Minuten, aber das Niveau der Lösung in dem Behälter stieg nicht so an, wie es normal gewesen wäre. Man unterbrach sofort die Arbeit und entnahm

eine Probe, um die Konzentration der Lösung in dem Behälter zu kontrollieren. Man mußte schlicht zur Kenntnis nehmen, daß das schon zerschnittene Uran nicht darin enthalten war.

Wo war es geblieben? Schnell angestellte Berechnungen zeigten, daß 100 kg Uran verschwunden waren. Sicher waren sie irgendwo, wenn auch nicht da, wo sie sein sollten. Wo suchen? Klar in der Lage. Tatsächlich, da lagen die 100 kg. Zum Glück war es nicht mehr....
Weitere 80 kg und wir hätten das gehabt, was man einen Kritikalitätsunfall nennt. Das Personal hätte keine Zeit mehr gehabt wegzulaufen und wäre infolge der plötzlichen starken Strahlung auf der Stelle tot gewesen.

Wie aber jetzt weiter? Wie sollte man das zerschnittene Uran, das neben dem Lösungsmittelbehälter lag, wieder aufsammeln, wo es doch unmöglich ist, sich in die Nähe des Haufens zu begeben? Ein Gedanke kam auf, nur ein Ingenieur konnte auf so etwas kommen. Vielleicht lag es auch an der Nähe des Weihnachtsfests, wo ja alle Welt den Kopf voll hat von Kindergeschenken:
Man bastelt ein kleines Kehrblech, einen Handfeger und eine Schaufel, um aufzufegen, was gefallen war. Da sah man dann die Arbeiter, wie sie mit Kehrblech, Harke und Schaufel hantierten... aber nicht lage, und das ‚Material' fiel samt Kabel, das es zusammenhielt, in die Lösung. Heute ging aber auch alles schief, das Manöver wurde immer komplizierter. Wie lange würde HAO außer Betrieb bleiben?

Jetzt nicht lange gefackelt: Man zieht den Korb samt allem, was für eine gute Wiederaufbereitung nötig ist — Kehrblech, Harke und Feger — aus der Lösung, kippt das Ganze in eine Mülltonne aus rostfreiem Edelstahl und evakuiert Behälter und Inhalt Richtung Silo, mithilfe derselben kleinen Schaufel, die diesmal auch nicht reinfällt.
Flott geht die Arbeit weiter, bis zum nächsten Unfall...

HAO funktioniert nicht, das steht fest —
Aber warum nicht?

Sicher liegt es auch am schlechten Anfangskonzept, aber vielleicht existieren noch ernstere Gründe?
Genau an der Stelle, wo wir jetzt stehen, stellten die Amerikaner die Wiederaufbereitung ein, warum? Sie hatten doch kompetente Spezialisten und an Geld fehlte es auch nicht. Gibt es bei der Aufbereitung sehr heißer Oxydbrennstoffe vielleicht doch unüberwindbare technische Schranken, nicht zu bewältigende Probleme?

Wir werden es bald wissen, am 4.2. 1978 läuft das ministerielle Dekret zur Einrichtung von HAO ab, in einem guten Monat also. Die Cogema muß bis zu diesem Termin 60 t Brennstoff aufbereitet haben — bei einem Tagesdurchschnirr von 300 kg eine Unmöglichkeit —. Schafft sie es nicht, kann die Genehmigung zur Wiederaufbereitung im industriellen Maßstab nicht erteilt werden, außerdem wäre sie die Betriebsgenehmigung für HAO los.

Wird man an dieser Stelle aufhören?
Adieu Superphenix Tschüs Atomindustrie
Wird man die Vorschriften wirklich anwenden?

Vielleicht muß die Bevölkerung da ein bischen nachhelfen, ein ganz klein bischen."

Comitè contre la pollution atomique dans la hague

LIBERTÄRE WEGEN BRANDANSCHLAG VERHAFTET

BARCELONA 7. Februar Sonntag, den 15.1.1978 brannte das bekannte barcelonische Tanz-, Kabarett- und Speiselokal Scala vollkommen nieder. Entstanden war der Brand durch ein Paket — gefüllt mit Molotow-Cocktails —, das von einer Gruppe von — anfangs hieß es 5, später dann 7 jungen Leuten — in die Eingangshalle der Scala geworfen wurde, nachdem sie die Glastüren des Eingangs zertrümmert hatten. In den Flammen fanden 4 Arbeiter, die sich zum Zeitpunkt des Attentats in der Scala aufhielten, den Tod und rund 500 Beschäftigte und Arbeiter der Scala verloren ihren Arbeitsplatz.

Am Vormittag desselben Sonntags hatte die erste, seit Ende des Bürgerkriegs genehmigte Demonstration der CNT (Confederation National del Trabajo) stattgefunden. An ihr beteiligten sich ungefähr 5000 Menschen, hauptsächlich Arbeiter, alt und jung gleichermaßen vertreten. Diese Demonstration sollte noch einmal in aller Öffentlichkeit auf die Haltung der CNT zu den, in den ersten Februarwochen stattfindenden „elecciones sindicales" (Gewerkschaftswahlen) hinweisen. In diesen „elecciones sindicales" soll für jeden Betrieb eine Art Betriebsrat („comite de empresa) gewählt werden, der nicht abberufbar für die Arbeiter des Betriebs für 4 Jahre im Amt bleibt. An diesen Wahlen beteiligen sich alle an Parteien angeschlossene Gewerkschaften von der sozialdemokratischen UGT über die kommunistischen Commissiones obreras bis hin zu den maoistischen CSUT und SU. Die CNT dagegen ruft zur Stimmenthaltung auf, sie vertritt die „asamblea", die Vollversammlung der Arbeiter eines Betriebs auf der jeweils von der Gesamtheit der Belegschaft die Vertreter und Sprecher, jederzeit abwählbar, delegiert werden — eine Form, die sich schon bei den Arbeitskämpfen während der Diktatur Francos und der nachfolgenden Übergangszeit bewährt hat hat.

Diese Demonstration der CNT verlief völlig friedlich und diszipliniert und löste sich auch am Ende des genehmigten Wegs auf. Einige kleinere Gruppen wollten zwar zum Modelo, dem Männergefängnis Barcelonas, in dem sich ein Großteil der Häftlinge im Hungerstreik befand, weitermarschieren, um ihre Solidarität zu bekunden, wurden aber sehr schnell von der Polizei zerstreut, wobei es zu einigen Auseinandersetzungen kam. Am selben Abend und am nächsten Tag begann nun die Hexenjagd: die Demonstration und das Attentat auf das Scala wurde in einem Teil der öffentlichen Berichterstattung entweder indirekt vermengt (z.B. „El Noticiero Universal" in seinem Titelblatt vom 16.1.) oder gar die CNT als Urheberin des Attentats benannt, wie in einer Sendung des spanischen Fernsehens.

Am Mittwoch, dem 18.1., gab die „Direccion Superior de la Policia" die Festnahme von 9 Libertären bekannt. In der dazu veröffentlichten Note heißt es:„Nachdem die ersten Nachforschungen von Spezialbeamten dieser Jefatura Superior und von anderen der „Direccion General de Seguridad" Madrids durchgeführt worden waren, kam man zu dem Schluß, daß die Tat von einem in der CNT gebildteten Kommando ausgeführt worden sein könnte, daß die Mitglieder dieses Kommandos gleichzeitig auch Militante der Federacion Anarquista Iberica und der Juventudes Libertarias seien wovon die erstgenannte Organisation (FAI) als Ziel die Entwicklung einer sozialen und revolutionären Bewegung hat .... und sich aus speziellen Gruppen und Einzelpersonen zusammensetzt, die daran glauben, daß Gewalt und Terrorismus der CNT, der sie — als bewaffneter Arm — engst verbunden ist, in allen ihren Zwecken behilflich ist." Dann folgte der Polizeinote die Aufzählung der Festgenommenen, von denen drei als mutmaßliche Täter, drei als mögliche Verbindungsleute und Organisatoren bezeichnet werden, die restlichen drei wegen anderer am selben Sonntag begangener Gewalttaten. Als einzige Beweise dienten und dienen noch immer einige in den Wohnungen einiger der Festgenommenen aufgefundene Benzinkanister und Flaschen voller Schwefelsäure, welche zum Anfertigen von Molotow-Cocktails verwendet werden können.

Hatte die CNT schon vor dem Erscheinen der Polizeinotiz in einer der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Zeitungsanzeige all diese Beschuldigungen als unzutreffend und absurd zurückgewiesen und ihren Widersinn durch die Tatsache, daß 75% der Arbeiter der Scala Mitglieder der CNT sind, aufgezeigt, so wies der derzeitige Generalsekretär des Regionalkomitees der CNT von Katalonien diese im Polizeibericht genannten Beziehungen zwischen CNT und FAI als völlig aus der Luft gegriffen zurück u und wertete sie als organisierten Angriff und Diskretitierung der CNT als politischer Kraft. Die CNT hat Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen die „Direccion Superior de la Policia", den „El Noticiero Universal" und das spanische Fernsehen erstattet. Sie fordert eine Richtigstellung in den öffentlichen Medien und vom spanischen Staat einen Schadenersatz in Höhe von 100 Millionen Peseten (ungefähr 35 000 DM), die sie den Hinterbliebenen der bei dem Attentat Getöteten überlassen will.

DC UND KPI WOLLEN DIE "VERBANNUNG" FÜR POLITISCH MOTIVIERTE GEWALTTÄTER EINFÜHREN

ROM/FRANKFURT
7. Februar

Im italienischen Parlament liegt zur Zeit ein Gesetzentwurf vor, der die Verbannung für "politisch motivierte Gewalttäter" vorsieht. Was heißt "Verbannung"? Die Verbannung bedeutet die Deportierung oder Einweisung eines Kriminellen in einen sicheren Ort (Dorf oder Insel). Diese Maßnahm wurde erstmals im Faschismus eingeführt und gegen Widerstän ler angewandt. Seit 1945 wurde sie in Italien nur gegen gefährliche Mafiosi verhängt; heute soll sie auch für politisch motivierte Gewalttäter (Autonomisten und Faschisten) geltend gemacht werden. Sie soll als Strafgesetz vom italienischen Parlament verabschiedet werden: DC und KPI machen sich dafür stark!

Gegen diesen Gesetzentwurf haben sich mehrere Intellektuelle, Künstler und fortschrittliche Politiker mit persönlichen Stellungnahmen gewandt. (Veröffentlicht in Lotta Continua, 28.1.78).
Am 4. Februar demonstrierten in Rom Studenten gegen diese Gesetzes vorlage (confino) und gegen das immer noch bestehende Demonstrationsverbot in der Stadt. Dabei wurde auch die konkrete Forderung nach Freilassung derjenigen Genossen aufgestellt, die genau vor einem Jahr festgenommen wurden [illegible]d bisher vergeblich auf ihren Prozeß warten.

AUSNAHMEZUSTAND IN TUNESIEN

PARIS/FRANKFURT
7. Feb. 78

Die Ereignisse des 26.1.78

Die Gewerkschaft UGTT (Union generale des travailleurs tunisiens), die mit ihrer halben Million Mitgliedern die einzige in Tunesien ist, hat ein paar Tage davor den Generalstreik angekündigt. Es kam zu einem Blutbad mit 150 Toten und ca. 800 Verletzten.

Darstellung der politischen Verhältnisse

Der Staatspräsident "le combattant supreme", 74 Jahre alt, einer der Gründer der einzigen zugelassenen Partei "parti socialiste destourien" (PSD, die das öffentliche Leben bestimmt) konnte bisher jegliche Art von Opposition ohne großes Aufsehen ausschalten.

Im Laufe der Regierungszeit wurde die PSD zu einer bürokratisch erstarrten Organisation, die eng mit der herrschenden Klasse zusammenarbeitete und die Integration des Landes in das westliche System ermöglichte. In der Zeit zwischen 1956 bis 1977 gab es immer wieder Divergenzen innerhalb der Partei über den weiteren Weg. Das Regime setzte alle Methoden ein, um Gegner seiner Politik auszuschalten, es sah in B. Jussef (Bougibas Compagnon während de Widerstandes) seinen Kontrahenten. Er wurde in Frankfurt im Hotel National Anfang der sechziger Jahre durch den tunesischen Geheimdienst ermordet. Die reaktionären Kräfte behielten die Oberhand und verhafteten 1969 B. Salah (ehemaliger Wirtschafts- und Erziehungsminsiter). Masmoudi und Mestiri wurden von ihren Ministerposten enthoben, weil sie liberale Politik versuchten durchzusetzen.

Staatliche Willkür, Folter und Korruption kennzeichnen die innenpolitische Atmosphäre Tunesiens. 1956 von Frankreich unabhängig geworden, ist es heute wirtschaftlich sehr stark abhängig vom Ausland.

Im Laufe des Jahres 77 hat sich die Lage derart zugespitzt, daß es zu einer massiven Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung kam. Streik waren das Ergebnis dieser Situation: z.B. Eisenbahnerstreiks im Oktober 1977, Lehrerstreiks im November 1977. Die Arbeiter fordern bessere Arbeitsbedingungen, Schaffung von Arbeitsplätzen höhere Einkommen. Im Dezember 77 wäre die Mehrheit der 13 000 Bergarbeiter in Südtunesien in den Streik getreten, wenn die Regierung nicht schnell mit Geld und Versprechungen beruhigt hätte. Ein anderer Konflikt in der Textilfabrik von Ksar Ellal wurde auch schon im vorigen Oktober mit Hilfe des Militärs beseitigt. Daraufhin wird der Innenminister Belkhoja von seinem Amt enthoben,weil er seine Kritik an der Regierung verstärkte und die Gewerkschaft unterstützte. Andere Entlassungen folgten. Einige gemäßigte Minister solidarisierten sich, indem sie kündigen, was aber der Regierungspartei ermöglichte, neue Minister zu ernennen, die diese Politik des harten Kurses noch förderten.
Ab dann zeichnen sich die Fronten klarer ab: Einersetis die Regierung mit den harten Männern des Regimes, die sich auf die Partei stützen mit ihren 1400 Zellen im Land, auf der anderen Seite die UGTT, die mit ihren 500 000 Mitgliedern mit unbefristeten Streiks in den wichtigsten Wirtschaftssektoren (u.a. Phosphatbergwerke) drohen. Überrascht von den ungünstigen internationalen Reaktionen auf den härteren politischen Kurs, beunruhigt durch die Entschiedenheit der UGTT geht die Regierung einige Kompromisse ein, die den offenen Konflikt nur verschieben. Die UGTT kündigt einen Generalstreik am 26.1.78 an, einerseits als Reaktion auf die Angriffe der Regierung gegen ihre Mitglieder oder Lokale, andererseits wegen der Ungeduld der Basismitglieder. Diese haben Habib Achour, den Generalsekretär der UGTT dazu gedrängt, seinen einflußreichen Posten innerhalb der Regierungsparteiaufzugeben. Von daher verfügt die Regierung nicht mehr, wie es jahrelang der Fall war, über die kompromißlerische Bereitschaft ihrer ehemaligen Regierungsmiglieder, die die direkte Konfrontation immer vermieden hatte. Dafür liebäugelt die Gruppe "Mouvement des Democrates sociaux" mit der UGTT, unter den Parolen "Pluralismus, Amnestie, Demokratisierung" Diese Gruppe ist insofern attraktiv, weil sie den Mangel an einer offizeillen Linken in Tunesion zu kompensieren versucht. Viele Linke sitzen im Gefängnis oder leben im Exil.

Zu der Eskalation der Ereignisse gehört auch der Verhaftung des Generalsekretärs der UGTT in Sfax wegen "diffamierender Aussagen gegen die Regierung", die allerdings in einer geschlossenen Versammlung gefallen waren. Der Text dieser Rede soll

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonenntten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag

von Mitgliedern der Regierungspartei gestohlen und in deren Zeitung Al Amal veröffentlicht worden sein. Auf die verschiedensten Provokationen der Regierung hin ist der Generalstreik auf einer Pressekonferenz angekündigt worden. in Anwesenheit von Otto Kersten (Generalsekretär der CISL) internationaler Bund der freien Gewerkschaften) der den Dialog zwischen Premierminister Nouira und der UGTT wieder ermöglichen sollte. An diesem Tag, 24.1., kam es schon zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wo 68 Demonstranten von den BOP (Brigaden für die öffentliche Ordnung) verhaftet wurden.

Am Donnerstag, dem 26.1., war Tunis schon sehr früh durch Streik und Polizeisperren lahmgelegt worden. Militärbusse standen schon bereit. Die Leute versammelten sich in allen Stadtvierteln, die Atmosphäre unter den Demonstranten war auch sehr gespannt. Die Zentrale der UGTT wurde von der Polizei umzingelt. Der Generalsekretär der UGTT soll in einem Anruf den Premierminister darum gebeten haben. den Polizeiaufwand zu reduzieren. sonst würde es in einem Blutbad enden. (Die Regierung stützt sich u.a. auf diese Tatsache ihrer Anklage gegen Achour und die UGTT als Anstifter des Ganzen.) Das Militär unter der Führung von Ferchichi griff ein. Über die Zahl der Toten und Verletzten wird sehr verschieden berichtet.

Mindestens 12 Mitglieder des Vorstandes der UGTT sollen am 26. Januar bei der Räumung des Gewerkschaftsbüros verhaftet worden sein, wo drei Vorstandsmitglieder, Kheireddine Sahli, Hassen Hamoudia und Mohammed Ben Ezzedine, in den Hungerstreik getreten waren. Die Medien verbreiteten eine diffamierende Kampagne gegen die Anstifter des "Komplotts". Die UGTT dementiert solche Anschuldigungen wonach die Demonstranten sich in ihren Räumen bewaffnet haben sollen. Sie redet von Provokateuren der Regierung und besteht auf dem sozialen und gewerkschaftlichen Charakter des Streiks. Dieser Streik scheint die Form einer Wutexplosion der Basismitglieder und der Bevölkerung angenommen zu haben. Die politischen Initiativen von der Seite der UGTT fehlen. Die Regierung arbeitet daran, die "Extremisten" von der UGTT zu entfernen, die sich nach Premierminister Nouira an deren Spitze emporgearbeitet haben.

Offiziell soll es mehr als 100 Verhaftete geben. Darunter 720 Arbeiter, 60 Arbeitslose, ca. 20 Lehrer. In allen Städten in Tunesien soll es Razzien gegeben haben. 92 Leute in Tunis sind schon verurteilt worden zu Strafen zwischen 3 Monaten und 2 Jahren Gefängnis. In anderen Städten sind Leute bis zu 5 Jahren verurteilt worden. Zwei Gründungsmitglieder der Liga für Menschenrechte, die auch Mitglieder der UGTT sind, sind verhaftet worden. Die Liga für Menschenrechte verlangt die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Im Ausland finden zur Zeit viele Solidaritätsdemonstrationen statt.

Aus Liberation (27.12. – 7.8.24.26.27.28.31. Januar, 1.2.3. Februar 78, Le Monde und einem Flugblatt des AStA.

wir wollen hier raus!
mit mehr viel Lohn!